



# Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Metall: Mindestforderungen und kürzere Arbeitszeiten \* Pan Africanist Movement gegründet \* Aktionen gegen Rep-Parteitag in Rosenheim \* Freudenberg: Kampf gegen Frauenlöhne \* Diskussion: „Negativer Patriotismus“

Nummer 2 / 11. Jahrgang

19. Januar 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Rechte formiert sich zum Angriff

Schönhuber hetzt beim Republikaner-Parteitag gegen Gewerkschaften, Ausländer, Juden

Die Rechte in der BRD von FAP bis CDU/CSU formiert sich. Arbeitsteilig und mit gegenseitiger Unterstützung operieren diese Kräfte mit dem gemeinsamen Ziel: ein Großdeutschland. Dazu haben sie ihr Operationsgebiet auf

die DDR ausgedehnt. Das CDU-Blatt „Rheinischer Merkur“ machte mit der Schlagzeile auf: „Wir mischen uns ein!“ Der Bundesparteitag der Republikaner beschloß vor wenigen Tagen in Rosenheim „Wiedervereinigung jetzt!“

Die Verbindungen von Konservativen und Faschisten werden in politischen Positionen immer enger und fließender. Die CDU erkennt weder die DDR noch die polnischen Westgrenzen an, redet davon, daß die „deutschen Minderheiten“ in Polen mehr Rechte benötigen und stellt fest, daß nur ein Friedensvertrag Endgültiges entscheiden kann. Durch solche Positionen fühlen sich die Republikaner mehr als ermuntert und unterbreiten sehr konkrete Vorschläge, welche Dinge ein solcher Friedensvertrag regeln soll. In ihrer Rosenheimer Erklärung fordern sie, daß die „ost-deutschen Provinzen Schlesien, Pommern, West- und Ostpreußen“ aus den Staatsgebieten Polens und der Sowjetunion herausgelöst werden, „in den deutschen Staatsverband zurückkehren“ und einen „Autonomiestatus“ besitzen sollen. Deutsche würden sich dann dort wieder ansiedeln. „Deutschland“ geht bei den Republikanern noch weiter. In ihrem Programm veröffentlichen sie eine Landkarte mit der Bemerkung, daß ein Anschlußverbot Österreichs rechtswidrig sei und daß eine „gesamtdeutsche Regierung“ den Anschluß der CSSR prüfen müsse. Die Republikaner stützen sich dabei auf die Politik, die die Bundesregierung mit der Eingliederung Österreichs in den EG-Binnenmarkt betreibt.

Auf 100 000 Flugblättern in der DDR haben die Republikaner ihre völkischen und rassistischen Positionen zusammen mit französischen Faschisten von Le Pen verbreitet. Diesen Weg ebnete Kanzler Kohl, indem er in Dresden eine Kundgebung durchführte, auf der sich auch Faschisten aus der BRD sammeln konnten. Der Faschist Michael Kühnen hatte inzwischen seinen ersten Auftritt in der DDR und bereitet die Gründung einer „nationalen Protestpartei“ vor.

Die personellen Verbindungen von Konservativen und Faschisten werden immer enger: Seit dem 1.1.1990 ist der frühere Bonner Korrespondent der „Welt“, Ralf Lorenz, Chefredakteur des Parteiorgans „Der Republikaner“. Der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Voigt wurde Anfang Januar auf dem Landesparteitag der Republikaner in NRW zum Landesvorsitzenden gewählt. Der Landesvorsitzende der Republikaner in Schleswig-Holstein Emil Schlee veröffentlichte in der national-revolutionären Zeitung „Europa Vorn“ einen Artikel. Herausgeber des Blattes ist M. Rouhs, früherer NPD-Bundestagskandidat, der angeblich aus der REP-Partei ausgeschlossen wurde, obwohl zur gleichen Zeit in deren Parteiorgan eine einseitige Anzeige für diese Zeitschrift erschien. Diese Zeitschrift erschien jetzt mit einem vierfarbigen

Umschlag und Interviews mit Flottenadmiral Elmar Schmähling.

Aggressiv erklärte Schönhuber auf dem Bundesparteitag: „Das Motto heißt ab heute nicht mehr Verteidigung, es heißt Angriff und nochmals Angriff.“ Schönhuber hetzte gegen die Gewerkschaften und gegen den Zentralrat der Juden, bezeichnete sie als „Lumpen“, „Gangster“ und „Verbrecher“. Er kündigte an, daß die Republikaner den DGB vor Gericht verklagen werden wegen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse mehrerer Einzelgewerkschaften gegen Mitglieder der Republikaner. Dieser Angriff kam nicht überraschend, hatten die Republikaner doch schon im Entwurf ihres neuen Programms die Vernichtung der IG Medien gefordert. Einer solchen Hetze schloß sich die CSU im letzten „Bayernkurier“ geschickt an, indem sie auf den Antifaschismus eindrosch und erklärte: Der Antifaschismus „solle die Gleichheit der verbrecherischen Qualität von Stalinismus und Nationalsozialismus verschleiern“. Faschistische Provokationen und Übergriffe werden weiter zunehmen in der BRD und der DDR. Auf dem Landesparteitag der Republikaner in NRW trat unseres Wissens zum ersten Mal eine Ordnertruppe der Republikaner uniformiert in ockergelben Fliegerjacken auf. — (jöd)



Die Bundesregierung will bis 1.1.1996 auf alle Fernmeldeleistungen der „Telekom“ schrittweise Mehrwertsteuer einführen (Drs. 11/6174). Finanzminister Waigel rechnet mit einer Milliarde Mark Mehreinnahmen pro Jahr. Nach der drastischen Anhebung der Porto- und Paketgebühren 1989 wäre das die zweite große Teuerungsmaßnahme der „modernisierten“ Post. Bild: Aktion der Postgewerkschaft 1989.

## Panama soll US-Kolonie werden

Panamas Gewerkschaften protestieren gegen die Invasion

Obleich die von den US-Truppen in Panama installierte Regierung Endara mehrmals erklärt hat, Panama sei dankbar für die „Befreiung“ durch die US-Invasion, gibt es viele Anzeichen, die dafür sprechen, daß sich die USA als regelrechte Kolonialmacht in Panama installieren wollen. Die US-Militärs haben verbreiten lassen, selbst die Regierungsarmee sei froh gewesen, den nun in den USA unter rechtlich äußerst zweifelhaften Umständen inhaftierten General Noriega los zu sein. Deshalb sei ihr zunächst erbitterter Widerstand auch so schnell erlahmt. Dies hat aber wahrscheinlich ganz andere Gründe.

Die USA haben mit ihrem seit März 1988 Jahren andauernden Wirtschaftsboykott auch wichtige Einnahmequellen des Staates Panama beschlagnahmt. Nach dem Vertrag von 1977, den die US-Regierung unter Carter mit der damaligen panamaischen Regierung Torijos abgeschlossen hatte, war die Kanalgesellschaft verpflichtet, Steuern für die Benutzung des Kanals an die panamaische Regierung zu zahlen. Dies ist seither nicht geschehen. Außerdem haben die US-Unternehmen in Panama, vor allem Banken, seit dem Beschluß des US-Senats über Wirtschaftsboykott alle Steuerzahlungen in Panama eingestellt. Die Kanalsteuern und die Steuern ausländischer Unternehmen, vorwiegend aus den USA, machten aber über 50 Prozent der staatlichen Einnahmen aus. Die panamaische Regierung war seit März 1988 nicht mehr in der Lage, die Löhne und Gehälter im öffentlichen

Dienst ordentlich zu zahlen, ein Großteil der Armee hatte seit einem Jahr keinen Sold erhalten, die 150 000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhielten höchstens ein Drittel ihrer Gehälter ausgezahlt. Unter den Bedingungen ist es kaum verwunderlich, wenn die panamaische Armee teilweise dem Aufruf der US-Armee folgte, ihre Waffen gegen 150 US-Dollar einzutauschen, zumal der US-Dollar seit 1904 die halboffizielle Währung in Panama ist.

Das Vorgehen der USA in Panama deutet jedoch darauf hin, daß die Armee auch weiterhin mit anticolonialistischem Widerstand rechnet. Die US-Armee ist nicht nur in Städten entlang der Kanalzone tätig, sondern hat das ganze Land besetzt. In jeder größeren Stadt haben US-Spezialtruppen in Nacheinsätzen die örtliche Polizei und Armee entwaffnet und neue Verwaltungen installiert. Obleich die USA einen Teil ihrer Armee abziehen, sollen weiterhin US-Truppen im Innern des Landes stationiert bleiben. In Santiago hat die US-Armee auf unbestimmte Zeit die Polizeigewalt übernommen.

Der panamaische Gewerkschaftsbund CONATO verlangte am 11. Januar den Abzug der US-Truppen. Er wirft den USA „Repression und Revanchismus“ vor. Der Gewerkschaftsverband erklärte, die USA beabsichtigten, den Kanalvertrag von 1976 außer Kraft zu setzen und Panama erneut zu kolonialisieren.

Quellenhinweis: Newsweek 15.1.90; International Herald Tribune v. 13.1.90; Archiv der Gegenwart März 1988, S. 32007 ff — (uld)

## Kampuchea: Fortschritte der Roten Khmer / USA drohen



In Kampuchea machen die Einheiten der Widerstandskoalition, insbesondere die Roten Khmer (Bild) rasche Fortschritte. Battambang, die zweitgrößte Stadt des Landes, ist stark um-

kämpft. Um den Vormarsch der Roten Khmer zu stoppen, fordern die USA gemeinsam mit anderen Staaten die Einsetzung einer UN-Administration und „freie Wahlen“. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D

### Ergebnisse der VSP-Delegiertenkonferenz

Die VSP führte am 13./14.1. eine a.o. Delegiertenkonferenz durch. Etwa 60 Delegierte berieten unter anderem über die Entwicklungen in Osteuropa, über die Ergebnisse der Vereinbarungsverhandlungen zwischen BWK, FAU/R und VSP, über die Aufgaben im Bundestagswahlkampf und gegen die Formierung der faschistischen Parteien. Als Gäste waren u.a. die vom BWK benannte Kommission für die Verhandlungen über eine gemeinsame Standortbestimmung, Vertreter der MLDP und der Volksfront anwesend. Auf Seite 2 veröffentlichen wir einen ersten Bericht der VSP über ihre Konferenz. — (rül)

### Neues Ausländergesetz: Aktionen werden vorbereitet

Am 15. Februar wird der Entwurf für das neue Ausländergesetz im Bundesrat beraten. Man muß damit rechnen, daß die Bundesregierung an ihrem Vorhaben festhält, das Gesetz im Eilverfahren noch im Mai zu verabschieden. Aus diesem Grund bereiten Aktionseinheiten in verschiedenen Städten Protestaktionen gegen dieses reaktionäre und ras-

sistische Gesetz vor. Die türkische Organisation DİDF ruft dazu auf, am Samstag, den 10. Februar Demonstrationen in Bremen, Hamburg, Westberlin, Duisburg, Frankfurt und Stuttgart durchzuführen, und fordert alle antifaschistischen und demokratischen Organisationen und Leute auf, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Die Landesregierungen können den Gesetzentwurf durch ihre Ablehnung zu Fall bringen. — (uld)

### Kurdenprozeß: Verteidiger stellen Befangenheitsanträge

Im Kurdenprozeß vor dem Düsseldorf OLG haben die Angeklagten und ihre Verteidigung ihren Antrag auf Einstellung des Verfahrens im wesentlichen beendet. Rechtsanwalt Bremer wies in der Verhandlung am 9.1. darauf hin, daß die Verteidigung von der Bundesanwaltschaft ständig weiteres Aktenmaterial nachgeliefert erhalte, die BAW also während des laufenden gerichtlichen Verfahrens ihre Ermittlungen fortsetze. Andere Verteidiger wiesen das Gericht erneut darauf hin, daß einigen Angeklagten von ihren Kontrollrichtern Verteidigungsunterlagen verweigert werden. Das Gericht bestritt dies nicht,

lehnte aber den Antrag auf Unterbrechung der Verhandlung, bis die Verteidigungsunterlagen der Angeklagten vervollständigt sind, dennoch ab. Darauf beantragten die Verteidiger die Ablehnung des Gerichts wegen Befangenheit. — (rül)

### Roma: Land NRW will bald mit Abschiebungen beginnen

Das ist die offizielle Antwort der Landesregierung auf die zahlreichen Protestaktionen, die mehrere hundert in Nordrhein-Westfalen lebende Roma seit dem 19. Dezember 1989 durchführten. Die Landesregierung hatte den bis zum 18.12. bestehenden Abschiebestopp aufgehoben. Etwa 1000 Roma besetzten aus Protest dagegen in der Nacht vom 6. bis 7. Januar den Kölner Dom und führten am 9./10. Januar einen „Bettelmarsch“ von Köln zur Landesregierung durch. In Essen sollen nach dem 8.1. 200 Roma ausgewiesen werden. Die Roma in NRW gründeten einen Roma-Flüchtlingsrat, um sich gegen die Schikanen zu wehren. Dieser weist darauf hin, daß es nun kein einziges Bundesland mehr gibt, in dem die von den Nazis verfolgten Roma bleiben können. — (uld)

### Langer Donnerstag wird widersprüchlich eingeschätzt

Die letzte Meldung im „Handelsblatt“ dazu stammt vom Bundeswirtschaftsministerium: „Langer Donnerstag ein ‚voller Erfolg‘“. Auch die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) und „selbst die Gewerkschaften“ räumten inzwischen den Erfolg ein. Dagegen hieß es am 19.12. im „Handelsblatt“ von seiten der HDE, aus den Umsatzzahlen, die im Oktober höher waren als im Vorjahr, lasse sich kein Erfolg des Dienstleistungsabends ablesen, da 1988 der Umsatz im Oktober besonders niedrig gewesen war. Was von seiten der Gewerkschaft als „Erfolg“ eingeräumt wird, ist die Tatsache, daß es trotz der Protokollnotizen in den Tarifverträgen dem Einzelhandel in den großen Städten gelungen ist, die Spätöffnung durchzusetzen — das meint wohl auch das Bundeswirtschaftsministerium mit Erfolg. Von allen Seiten wird betont, daß die Beschäftigten gut dabei wegkommen seien mit Zuschlägen nach 18.30 Uhr und Sonderfreizeiten. Das gilt es allerdings zu überprüfen. In kleineren Orten wird ab Januar die Spätöffnung abgeschafft, der Umsatz bleibt völlig aus. — (AGD/brg)

**Aktuell in Bonn****Verfassungsschutz**

Bundesinnenminister Schäuble (CDU) wandte sich laut Presseberichten (15.1.) gegen Vorschläge aus den Reihen der SPD, die DKP nicht mehr durch den Verfassungsschutz überwachen zu lassen. Diese sei „verfassungsfeindlich“ und habe „immer noch 30000 Mitglieder“, auch wenn sie „weniger Geld von der SED“ erhalte. Außerdem forderte er die DDR auf, ihre Spionagetätigkeit einzustellen, „noch vor Abschluß der Vertragsgemeinschaft ihre Agenten zurückzuziehen“. Der Spitzenkandidat der Grünen in NRW, Michael Vesper, forderte die Auflösung des Verfassungsschutzes noch vor den Landtagswahlen in NRW am 13. Mai.

**Gentechnik: Verfassungsänderung**

Bundesregierung und Bundesrat beantragen eine Änderung von Art. 74 GG, um dem Bund Gesetzgebungskompetenz auch in zahlreichen mit der Gentechnik verbundenen Fragen zu verschaffen. Als Gebiete, bei denen Bundesgesetze nötig seien, nennt die Bundesregierung: „... die Frage einer Beschränkung der Genomanalyse in den vorgeburtlichen Lebensstadien auf bestimmte schwere Erbkrankheiten und entsprechende Risikogruppen ... Ferner stellt sich die Frage einer Begrenzung von Art und Umfang genetischer Analysen bei Neugeborenen ... Fragen der Festlegung des Erfordernisses persönlicher Einwilligung des Betroffenen in die Durchführung einer Genomanalyse ... Möglichkeiten experimenteller oder therapeutischer Eingriffe in die menschliche Genstruktur ...“ (Bt.-Ds. 11/6155)

**Notstands-Novellen**

Die Bundesregierung hat eine Änderung des (Notstands-)Ernährungssicherstellungsgesetzes vorgelegt und ein „Ernährungsvorsorgegesetz“ angekündigt. Ziel ist, „Regelungen ... der Versorgung bei friedenszeitlichen Versorgungskrisen“ im „Ernährungsvorsorgegesetz“ zusammenzufassen und das Ernährungssicherstellungsgesetz entsprechend zu ändern. Das „Ernährungsvorsorgegesetz“ soll staatliche Notstandsmaßnahmen u.a. im Fall von Reaktorunfällen und ähnlichen Katastrophen ermöglichen. Zu ihrer Vorbereitung können weitreichende Meldepflichten und Erfassungen angeordnet werden, Lebensmittellisten ausgegeben werden usw. Im Augenblick liegt erst der Antrag zur Änderung des Ernährungssicherstellungsgesetzes vor (Ds. 11/6156).

**Atomtransporte**

Die Sprecherin des Bundesumweltministers Töpfer, Marlene Mühe, räumte am 13.1. ein, daß Atomüll vielfach ohne Genehmigung und mit falschen Mengenangaben transportiert wird. Verantwortlich dafür ist die „Nuclear Cargo + Service“ (NCS), eine Tochtergesellschaft der Bundesbahn, vom Bundesumweltministerium zur Garantie der Sicherheit bei Atomülltransporten eingesetzt. Laut Meldung des „Spiegels“ arbeiten bei NCS auch 58 ehemalige Beschäftigte der Hanauer Firma „Transnuclear“, deren Fuhrpark NCS ebenfalls übernommen hat.

**Balkanpolitik**

Anfang Januar hielt sich der FDP-Vorsitzende Graf Lambsdorff in Bulgarien auf. Im FDP-Presseamt war zu lesen, daß die seit 90 Jahren bestehende „Bauernpartei“, die dem Block der mit der KP regierenden Parteien angehörte, nun der liberalen Internationale beitreten will. Außenminister Genscher (FDP) trifft am 15.1. Mitglieder der neuen Regierung in Rumänien, am 16.1. Vertreter der Rumäniendeutschen, Bischof Klein in Siebenbürgen und Pfaff, den Sprecher der Banater Schwaben in Temeschburg. Genscher äußerte vor der Reise „Zweifel“, ob viele Rumäniendeutsche nach dem Sturz der Ceausescu-Regierung bleiben würden. Am 18.1. will er für einen Tag nach Sofia.

**BDI-Steuerexperte**

Der BDI hat seit 1.1.90 einen neuen Hauptgeschäftsführer: Dr. Ludolf-Georg von Wartenberg, früher u.a. Vorstandsmitglied des Zentralverbands der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer und Direktor der Hannover Rückversicherungs AG. In Bonn war er zuletzt CDU-MdB und Obmann im Finanzausschuß — einer der „Drahtzieher“ von Kohls Steuerreform. Der Mann kann dem BDI bei der Reform der Unternehmensteuern sicher helfen.

**DDR: EG-Beitritt?**

Bundesaußenminister Genscher lobte am 12.1. in Bonn den Präsidenten der EG-Kommission, Delors, als „großen Europäer“. Dieser hatte ihm zugesichert, der DDR stünden „drei Wege“ zur EG offen: über die „Assoziierung“, als eigenständiges Mitglied oder im Rahmen einer deutschen Wiedervereinigung. Genscher forderte unter Verweis auf die Vergünstigungen für den „innerdeutschen Handel“ den Erhalt des „Sonderstatus der DDR gegenüber der EG“. Die Beitrittssperre zur EG bis 1993 gelte nicht für die DDR.

**Was kommt?**

Am 20.1. treffen in Dublin die EG-Außenminister zusammen. Am 24.1. will Bundeswirtschaftsminister Haussmann den Jahreswirtschaftsbericht 1990 vorlegen. Am 26.1. und 30.1. soll die Entscheidung über den von Daimler-Benz und Bundesregierung gemeinsam betriebenen Aufbau eines Endmontagewerks für den Airbus in der BRD fallen. Am 28.1. sind im Saarland Landtagswahlen. Am 15.2. berät der Bundesrat erstmals über Schäubles Ausländergesetzentwurf. Vom 19.3. bis 11.4. soll laut Ankündigung Kohls von Anfang Januar eine Konferenz über „europaweite Wirtschaftszusammenarbeit“ in der BRD durchgeführt werden, zu der alle europäischen Staaten eingeladen sind.

**Wie weiter mit „vereinigen statt spalten“?**

Bericht über die außerordentliche Delegiertenkonferenz der VSP am 13./14. Januar

Drei Themenkomplexe waren für diese außerordentliche Delegiertenkonferenz der VSP, die am 13. und 14. Januar in Essen stattfand, vorgesehen: Wertung und Beschlüsse zu den Vereinigungsbemühungen von BWK und VSP, antifaschistischer Kampf und Kampagne gegen die Reps und Bundestagswahlen.

Doch als anfangs noch nicht genügend Delegierte eingetrudelt waren, um die Konferenz beschlußfähig zu machen, wurde zusätzlich eine Diskussionsrunde über die Lage in der DDR und die Aufgaben der BRD-Linken in diesem Zusammenhang auf die Tagesordnung gesetzt und durchgeführt — ein entsprechender Antrag lag sowieso vor.

In vielen Fragen gab es hier differenzierte Einschätzungen, unterschiedliches Problembewußtsein und natürlich das Bedürfnis nach weiterer Klärung angesichts der nach wie vor rasanten Entwicklung, der immer deutlicheren Differenzierung in den Oppositionsgruppen und der scharfen Wendungen in der Politik der SED-PDS. Obwohl die VSP noch keine ausführliche Diskussion zur „nationalen Frage“ geführt hat — und einige Delegierte hierbei doch etwas Nachdenklichkeit vermißten, insofern die deutsche Teilung sich auch gegen die Massen richtete und die reine Abwehrhaltung gegen den Wiedervereinigungstaukel zu Hilflosigkeit führen könne — waren sich doch alle einig in der Verteidigung der Souveränität der DDR gegen die BRD, die großnationale Offensive und das westliche Kapital und in den Aufgaben der besonderen Solidarität mit den oppositionellen Linkskräften.

Zu den Vereinigungsbemühungen mit dem BWK legte die Konferenz mit großer Mehrheit (42 für einen entsprechen-

den Antrag, 9 dagegen, 3 Enthaltungen) fest, daß „die unmittelbaren Vereinigungsbemühungen mit dem BWK nicht fortgeführt werden, vor allem weil keine Aussicht besteht, daß es in der für die VSP wichtigen Frage der Standortbestimmung/Selbstverständnis zu einer ausreichenden Verständigung kommt.“ Neue Probleme in diesem Zusammenhang ergaben sich aus der unterschiedlichen Reaktion beider Organisationen auf die Herausforderungen durch die Umwälzungen in den osteuropäischen und vergleichbaren Ländern und durch die jüngsten krisenhaften Entwicklungen, aber auch Verständigungsversuche, in der Linken hiezulande. Für die VSP darf die notwendige antiimperialistische Sichtweise nicht dazu führen, daß die Kritik an falschen Positionen innerhalb der Massenbewegungen, die sich gegen die sie unmittelbar betreffende Unterdrückung richten, die Abgrenzung von den erschütterten Partei- und Staatsapparaten und der von ihnen zu Unrecht beanspruchten und deshalb diskreditierten „Sozialismus“-Konzeption überlagert.

Aus Sicht des BWK — der mit einer Delegation vertreten war und Gelegenheit hatte, ausführlich in die Debatte einzugreifen — besteht das inhaltliche Problem eher darin, daß die VSP in Sachen Kampf gegen die Wiedervereinigung nicht genug Klarheit habe, worauf sich auch die umstrittene Passage im Entwurf einer gemeinsamen programmatischen Erklärung bezog. Diese Meinung teilte die Konferenz nicht. Dagegen wurde das Anliegen des BWK, den Entwurf einer programmatischen Erklärung als inhaltliche Grundlegung für die weitere Kooperation zu verabschieden, von einer Mehrheit der Konferenz posi-

tiv aufgegriffen, die nicht hinter den erreichten Stand der Verständigung zurückfallen wollte und den Rückschlag der Bemühungen als Niederlage wertete. Die ordentliche Delegiertenkonferenz der VSP im Juni wird sich damit befassen.

Eine relativ kleine Minderheit kritisierte den Abbruch des Vereinigungsprozesses scharf, eine größere Minderheit („Plattform“) sah es so, daß er um einiges früher hätte abgebrochen werden sollen. Die Delegiertenkonferenz im Juni wird die Frage zu behandeln haben, wie es mit der angestrebten Überwindung linker Zersplitterung weitergehen soll, auch im größeren Rahmen der neuen Lage in der Linken insgesamt.

Am Samstagabend spielten, sangen und rezitierten Gritt Moßmann, Walter Moßmann und Joschi Krüger aus Anlaß des 75. Geburtstags von Jakob Moneta: „Glasbruch 1848 — Birth of a Nation. Prolog: Deutsche Nachgeburt 1989“. Die Begeisterung vieler Delegierter über diesen Abend, der nicht zuletzt die Versülzung der fortschrittlichen Bewegung in deutschen Ländern mit nationalistischer Tümelei und Männerbündelei zum Thema hatte, war sicher nicht verärgert, als Genossinnen die weitgehende Abwesenheit feministischer Inhalte bei den Entschließungstexten zur Antifa-Arbeit kritisierten. Beschlossen wurden eine Kampagne gegen die Reps und für das umfassende Ausländerwahlrecht, bei Kontroversen in Fragen der Einschätzung und Akzentsetzung.

Zur Bundestagswahl beschloß die Konferenz die Fortsetzung der Bemühung um ein linkes Wahlbündnis, bei Ausschluß von Alleinkandidatur sowie reinen Wahlabsprachen oder Wahlkartellen. Auch eine Kandidatur unter Hegemonie der Rest-DKP („offene Listen“), wie sie der BWK zuletzt befürwortete, wurde abgelehnt.

— (mke, VSP)

**Nachtrag:** Auf Anregung der „Politischen Berichte“ tragen wir hier eine Information nach, die in dem ursprünglich für die SoZ geschriebenen Artikel aus Platzgründen nicht aufgeführt wurde. Im Rahmen der ausführlicheren Dokumentierung des Konferenzverlaufs werden die VSP-Mitglieder sie im VSP-Rundbrief nachlesen können:

Delegierte der Ortsgruppe Kiel der VSP berichteten auf der a.o. ZDK der VSP über ihre enge Zusammenarbeit und ihre programmatischen Diskussionen mit dem Landesverband des BWK in Schleswig-Holstein. Die (aus wenigen Mitgliedern bestehende) Ortsgruppe kritisiert den Abbruch der Verhandlungen mit dem Ziel des Zusammenschlusses auf Bundesebene und strebt einen Zusammenschluß mit dem BWK auf Landesebene unter Wahrung der gleichzeitigen VSP-Mitgliedschaft an. — (Red. Politische Berichte/mke)



Demonstration gegen Republikaner in Opladen am 13.11.1989

Foto: B. Maus

**Industrielle Reservearmee hochflexibel gemacht**

Bundesanstalt für Arbeit besorgt den Kapitalisten beschleunigten Umschlag der Arbeitskraft

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen bleibt trotz guter Konjunktur mit rund zwei Millionen hoch, etwa acht Prozent aller Lohnabhängigen sind

ohne Beschäftigung — aber der erste Eindruck eines nur träge oder kaum auf die Verbesserung der Wirtschaftslage reagierenden Arbeitsmarktes trügt.

Tatsächlich haben sich, wie ein genauer Blick in die von der Bundesanstalt kürzlich vorgelegte Arbeitsmarktstatistik für 1989 zeigt, Verschiebungen bei der Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskräften ergeben, die auf das Angebot zurückwirken, d.h. entsprechende Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeitslosen bewirken.

Die Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskraft stieg absolut: Gut 350000 Lohnabhängige mehr als im Jahr davor wurden beschäftigt, die Gesamtzahl der Erwerbspersonen stieg damit auf knapp 28 Millionen, so viele wie noch nie in der Geschichte der BRD. Ein beträchtlicher Teil dieser zusätzlichen Einstellungen beruht aber auf einer stoßartigen, nicht dauerhaften Ausdehnung der Geschäfte. Die Zahl der Stellenvermittlungen durch die Arbeitsämter stieg 1989 gegenüber dem Vorjahr um rund 15 Prozent auf über zwei Millionen pro Jahr; einschließlich der nicht über die Arbeitsämter vermittelten sollen im vergangenen Jahr etwa sechs Millionen Beschäftigungsverhältnisse neu abgeschlossen worden sein — das ist fast ein

Viertel aller Arbeitsverhältnisse! Ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten befindet sich also im fließenden oder stockenden Wechsel zwischen mehr oder minder befristeten Arbeitsverhältnissen und mehr oder minder langer Arbeitslosigkeit.

War vor einigen Jahren häufig die technische Umwälzung in Produktion und Verwaltung ein Grund für die Kapitalisten, um sich „von Mitarbeitern zu trennen“, werden Entlassungen inzwischen zunehmend vorgenommen, um verbrauchte Arbeitskraft auszutauschen. Soweit zusätzlich eingestellt wird, ist das oft für Tätigkeiten, bei denen die vorhandene Maschinerie am Wochenende oder in der Nacht laufen soll. Hinweise dafür: Die Arbeitsmarktstatistik meldet einen deutlichen Rückgang der Zahl der jugendlichen Arbeitslosen (unter 20jährige: minus 17 Prozent), bei eingefahrenen Produktionsprozessen kann die verhältnismäßige Unerfahrenheit von Neueingestellten genutzt werden, um die Intensität hochzuschrauben, und die Lohnzahlung kann außerdem gedrückt werden. Auch

die Zahl der arbeitslosen Ausländer ist gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent zurückgegangen, ebenfalls ein Indiz, daß die Kapitalisten häufiger Beschäftigte für schwerste Arbeit zu schlechtesten Bedingungen suchen. Gleich dagegen blieb die Zahl der älteren Arbeitslosen (ca. 106000), obwohl mit 63000 noch mehr als im Vorjahr vorzeitig in Rente gingen.

Die durch den Geschäftsgang der Kapitalisten erzeugte starke soziale Differenzierung auf dem Arbeitsmarkt wird durch Regierungspolitik gezielt befördert. Mit dem Lockruf, hier sei das „Tor zur Freiheit“, und einigen finanziellen Anreizen aus der Arbeitslosenversicherung wurde die moderne Entsprechung des Sklavenmarktes kräftig aufgefüllt. Schätzungsweise 200000 Aus- und Übersiedler aus der DDR und anderen Ländern Osteuropas ließen sich 1989 in Arbeitsverhältnisse in der BRD lotsen, weitere 260000 waren Ende Dezember arbeitslos und bildeten damit immerhin über zwölf Prozent des den Kapitalisten zur Auswahl stehenden Arbeitsmarktes. — (alk)

**Merchants-Kampf geht weiter**

Kein Einlenken der Bank trotz 55 000 Mark Verlust am Tag

Wie berichtet, wird seit dem 18. Dezember 1989 bei der Frankfurter Zentralverwaltung und in einigen Filialen der Merchants Bank, der US-Militärbank aus Indianapolis, mit Unterbrechungen gestreikt. Es geht um die Übernahme des 4,6%-Abschlusses aus dem Bankgewerbe sowie gegen Samstags- und Sonntagsarbeit.

Vom 22.12. auf den 23.12. wurde der Streik für eine 23stündige Betriebsversammlung ausgesetzt, die wie üblich zweisprachig abgehalten wurde. Auf der Versammlung sprach sich die große Mehrheit für eine Fortsetzung des Kampfes aus. Am 27.12. wurde der Streik überraschend durch die Gewerkschaft bis zum Jahresende fortgesetzt. Im Streik waren ebenfalls die Filialen Darmstadt und Kaiserslautern.

Am 2.1. rief die HBV zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, um die Taktik der Geschäftsleitung zu durchbrechen, mit Streikbrechern die Arbeit aufrecht zu erhalten. Mit einem Arbeitsgerichtsverfahren wurde die Information des Betriebsrates über diese „Neueinstellungen“ erzwungen sowie das gegen die Betriebsräte verhängte Hausverbot zurückgeschlagen.

Die Streikbrecher konnten nicht verhindern, daß die Bank pro Streiktag al-

lein ca. 55000,- DM Zinsverlust machte (dies erklärt sich aus der Unmöglichkeit für die Bank, die sonst durchschnittlich am Tag vorhandenen Liquiditätsreserven von ca. 500000 US-Dollar beim US-Schatzamt zu deponieren). In den Kasernen war keine Information über den Kontostand mehr möglich. Um ihre Kunden nicht zu verprellen und den Schein von Normalität zu wahren, zahlten die Kassierer jedem Soldaten ohne Kontoprüfung größere Geldmengen aus. Das Chaos in der Buchhaltung wurde täglich größer, kurzfristige Änderungen von EDV-Programmen wurden notwendig.

Seit 2.1. wird der Kampf wieder im Betrieb weitergeführt. Die HBV-Kollegen arbeiten teilweise neben den Streikbrechern. Das Betriebsklima ist entsprechend. Das Management gibt dennoch nicht nach. Schröder (der Renegat von ÖTV, DAG und Aktion Cockpit) gibt als Personalchef die Parole aus, die Personalabteilung sei noch im Streik und könne deshalb den Betriebsrat nicht gemäß den gesetzlichen Bestimmungen informieren. Offenbar ist der Schaden für die Bank noch nicht so groß, daß die Rückendeckung vom US-Verteidigungsministerium für das Management fallen würde. — (gst, AGD)



35-Stunden-Woche, Regelarbeitszeit nur von Montag bis Freitag, Beschränkung von Überstunden, aber ebenso von Schicht- und Nachtarbeit — das verlangt auch ausreichende Einkommen für alle in der Normalarbeitszeit!

## Kampf für höhere Löhne und kürzere, erträgliche Arbeitszeiten für alle

**Tariffbewegung Metallindustrie eröffnet / Gelingt es, Mindestforderungen durchzusetzen?**

In der Metallindustrie hat mit den ersten Verhandlungen die Tariffbewegung 1990 begonnen. Der Unternehmerverband Gesamtmetall will niedrige Lohnabschlüsse und freie Hand bei der Arbeitszeit. Die IG Metall fordert Lohnerhö-

hungen zwischen 8 und 9% mit Mindestforderungen zwischen 170 und 200 DM (außer Niedersachsen und Bayern), 35-Stunden-Woche, Regelarbeitszeit Montag bis Freitag, Abwehr von Leistungsverdichtung. — (ahn, rok, ros, cls)

Es ist eine in der IG Metall verbreitete Meinung, daß die Lohnseite der Tariffbewegung 1990 eher einfach sei, die Arbeitszeitfrage im Unterschied dazu schwierig, daß man sich deshalb vor allem auf die Arbeitszeitforderungen konzentrieren müsse, während die Lohnforderungen — überspitzt gesagt — selber ins Ziel finden. Das ist ein Irrtum und läßt sich auch mit Äußerungen aus dem Unternehmerlager, man solle sich dieses Jahr auf Lohnfragen konzentrieren, keineswegs begründen.

Energisch vertritt Gesamtmetall, daß die Lohnentwicklung sich an der Produktivitätszunahme, konkret 3%, zu orientieren habe. Der Unternehmerverband lehnt ab, daß gestiegene Lebenshaltungskosten und gewachsene Belastungen der letzten Jahre im Lohn einen Ausgleich finden. Erst recht lehnt er ab, daß auch niedrigverdienende Beschäftigte einen ausreichend hohen Lohnabschluß haben sollen. Die Lohnentwicklung soll die existierende Spreizung der Einkommen vertiefen und die Löhne und Gehälter stärker an den Expansionserfolg der Unternehmen binden. Formen von Investivlohn, bei dem ein Teil des Lohns im Unternehmen verbleibt und der Stärkung der Kapitalbasis dient, sind im Unternehmerlager erörtert worden und könnten in die Verhandlungen eingeführt werden. Die Argumentation von Gesamtmetall wäre etwa: Die Beschäftigten bekämen aktuell weniger auf die Hand, aber die Ausdehnung der Unternehmen in die EG und in die DDR eröffne ganz neue Perspektiven für das Fortkommen von karrierebewußtem, loyalem, dem Unternehmen treu dienendem Personal. Wer sich aus dem Kuchen dieser neuen Märkte und Anlagensphären nicht sein Stück herauschneide, sei selber schuld.

Da ist wichtig, daß die Tarifforderungen der IG Metall bei Lohn und Arbeitszeit auf erträgliche Verhältnisse für alle Beschäftigten abzielen. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Mindestforderungen bei Lohn und Gehalt sind allerdings — trotz der positiven Entscheidung der meisten Tariffkommissionen — in der IG Metall bisher geteilt. Es wird aber schnell deutlich werden, daß die IG Metall und alle der Gewerkschaftsbewegung verbundenen Kräfte entweder die Tariffbewegung als eine große solidarische Auseinandersetzung mit spürbarem Nutzen für alle Lohnabhängigen führen können oder aber als Störenfriede am großen deutschen und europäischen Einheitswerk isoliert und abgekanzelt werden.

Im folgenden einige Gesichtspunkte zur Begründung der Lohnseite der Tarifforderungen:

### Bosch: Stimmung für Streik, aber schwierige Bedingungen

Seit Jahren laufende Sonderschichten haben die Kraftreserven der Arbeiter verbraucht. Forderungen nach Neueinstellungen und weniger Überstunden verbinden sich zunehmend mit der Forderung nach höherer Entlohnung.

Das Bosch-Werk Feuerbach ist ein

Niedriglohn- und ein Schichtbetrieb. 15% der Arbeiter produzieren im Dreischichtbetrieb, 70% in Zweier-Wechselschicht. Arbeitsplätze in Normalarbeitszeit sind in der Produktion dünn gesät. Die tarifliche Eingruppierung ist niedrig, zwei Drittel der Arbeiter in der Produktion sind an- oder ungelern. 1989 häuften sich Besuche auf dem Betriebsratsbüro, um Höhergruppierungen zu erreichen. Ganze Bandbelegschaften legten dafür die Arbeit nieder. Vor allem forderten sie die Abschaffung der „Frauenlohngruppe zwei“. In dieser Lohngruppe sind im Werk Feuerbach nur Frauen eingruppiert. Die Lohngruppe eins ist im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden 1978 nach Streiks auf das Niveau der Lohngruppe zwei angehoben worden.

Der jahrelange Kampf für Höhergruppierungen zeigte Wirkung. Während 1977 in Feuerbach noch 1800 Frauen in dieser Lohngruppe arbeiteten, waren es im Oktober 1988 ca. 600 und Ende letzten Jahres nach umfassenden Neubewertungen 250. Allerdings benutzt die Geschäftsleitung die Höhergruppierungen zur Spaltung: Einige in den Werkstätten kommen „in den Genuß“, andere nicht. Oft entscheidet der Meister mit der Arbeitszuweisung, wer welche Lohngruppe erhält.

Im Oktober 1989 ergriffen gewerkschaftliche Vertrauensleute die Initiative für eine Sonderzahlung von 1200 DM. Der Gesamtbetriebsrat der Robert Bosch GmbH setzte sich daraufhin mehrmals für eine höhere Prämienzahlung ein „wegen der erhöhten Anforderungen an die Mitarbeiter“ und wegen des „guten Geschäftsergebnisses des Jahres 1989“. Die Geschäftsführung lehnte dies zwar ab, erhöhte jedoch die Betriebsrenten und die Rentenanwartschaften.

Also bleibt den Beschäftigten jetzt nur der Kampf für die Durchsetzung des Mindestbetrages von 200 DM, um die nötige umfassende Lohnerhöhung durchzusetzen. Aber einfach sind die Bedingungen keineswegs: Die große Mehrheit der Produktionsarbeiter hat ausländische Nationalität und ist gesellschaftlicher Ausgrenzung unterworfen. Die Propaganda des deutschen Nationalismus verunsichert sie zunehmend. Ein bewußter gewerkschaftlicher Widerstand dagegen ist nötig.

### Gegenbeispiel Daimler-Benz?

„Mit einem Festgeldabschluß würde der Daimler einen Haufen Geld sparen“ — mit diesen Worten begründete ein Mitglied der Tariffkommission, Beschäftigter bei Daimler-Benz, seine Stellungnahme gegen eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen, für eine reine Prozentforderung. Solche Äußerungen müssen dann wieder für die Behauptung herhalten, bei Daimler-Benz gäbe es für Mindestforderungen keine Basis. Und ohne Daimler-Benz gehe kein Tariffkampf.

Zunächst: Eine reine Festgeldforderung wurde nur vereinzelt erörtert, meistens eine Prozentforderung mit einem

Mindestbetrag, bei der Daimler-Benz nichts „sparen“ würde. Weiter aber: Könnte eine Lohnstrategie Erfolg haben, die sich lediglich an Verhältnissen in einem Konzern orientiert und die Bedürfnisse von Hunderttausenden in anderen Branchen, Kleinbetrieben usw. rücksichtslos beiseiteschiebt?

Und schließlich: Auch bei Daimler-Benz arbeiten z.B. in Stuttgart-Untertürkheim in den Lohngruppen 3 bis 5, also unterhalb des Ecklohns im analytischen Lohnsystem, 225 Männer und 640 Frauen (Zahlen vom Frühjahr 1989). Nun mag eingewandt werden, Daimler-Benz zahle die Lohnerhöhungen auf den Effektivlohn und da könne ein Prozentbetrag mehr sein als der Mindestbetrag auf den Tariflohn. Aber schon nach dem letzten Tariffabschluß wollte die Unternehmensleitung nur noch auf den Tariflohn erhöhen, und diese Absicht ist nicht vom Tisch.

### Bezirksfrauenausschuß zum Lohn

Nachhaltige Unterstützung für einen hohen Lohnabschluß und für eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen kommt aus den gewerkschaftlichen Frauenausschüssen. Im Bezirksfrauenausschuß Stuttgart wurde bereits im August letzten Jahres die Frage diskutiert, ob eine Mindestforderung erhoben werden soll. Die für Tariffpolitik und Frauenarbeit zuständige Bezirkssekretärin bekannte, es sei ein Fehler gewesen, daß selbst der Bezirksfrauenausschuß 1987 auf die Aufstellung einer Strukturforderung verzichtet hatte, aus Angst, an Glaubwürdigkeit zu verlieren, wenn wieder nur ein Prozentabschluß durchgesetzt würde.

In der Diskussion wurde von sehr vielen Verwaltungsstellen berichtet, daß neben der Forderung nach einer hohen Lohnerhöhung auch eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen verlangt werde, meistens in Form eines Mindestbetrags, aber auch als Sockel plus Prozent oder als reine Festgeldforderung.

Entgegen der Argumentation der Mehrheit der Stuttgarter Bezirksleitung, man dürfe die jetzige Tarifrunde nicht noch mehr überfrachten, wurde im Bezirksfrauenausschuß zur Begründung der Mindestforderungen u.a. angeführt: Die fehlende Strukturforderung habe in der Tarifrunde 1987 im Frauenbereich demobilisierend gewirkt. Wenn jetzt zum zweiten Mal kein Festgeld gefordert würde, bestehe die Gefahr, daß das Bewußtsein über die Notwendigkeit der Anhebung der unteren Lohngruppen bei den Kollegen verloren gehe. Andere sagten: Die Einstellung zu Festgeld- bzw. Sockelbestandteilen sei in der Facharbeiterschaft nicht mehr so negativ, weil die Schere zwischen Facharbeitern und Ingenieuren immer weiter auseinandergehe. Außerdem: Man müsse dauerhafte Strukturveränderungen fordern, um dem begehrten zu können, daß die Unternehmer mit einem hohen Prozentangebot ohne Arbeitszeitverkürzung schnell zu einem Abschluß kommen wollen. Die Glaub-

## Steuerreform 1990 und Tariffbewegung

„Die dritte Stufe der Steuerreform ist gezündet“, verkündet Minister Waigel als Neujahrsbotschaft. „7,5% höhere Nettolöhne“ prophezeien die „Fünf Weisen“ für 1990. Was stimmt?

Zweifelloos kann der Nettoverdienst eines „bundesdeutschen Durchschnittsverdieners“ mit derzeit 3405 DM brutto diesen Monat um 4,9% bis 5,1% höher liegen als im Dezember 1989. Denn die Monatslohnsteuertabelle 1990, dem Jahr der Bundestagswahl, sagt im Vergleich zum Vorjahr folgendes aus: Wer z.B. 1800 oder 2600 bzw. 3000 DM brutto hat, dem werden in Steuerklasse (StKl.) I/IV ab Januar 61 bzw. 68 und 82 DM weniger an Steuern abgezogen; in StKl. III/2 sind es 29 bzw. 87 und 105 DM. „Mitverdienende Ehegatten“ (StKl. V) haben bei z.B. 2000 DM brutto eine Steuerersparnis von 66 DM. Wer als besserverdienender Arbeiter (LGr. VIII, 146,6% Akkord) 3600 DM bzw. als Angestellter (T 5 mit 9,7% Leistungszulage) 4600 DM brutto im Monat verdient, hat in StKl. III/2 eine Steuersenkung von 122 bzw. 123 DM. In StKl. I/IV sind es von einem Monat auf den andern 122 bzw. 206 DM.

Die IG Metall hat per Tariffabschluß nur einmal für größere Teile der Mitglieder derartige nominelle Lohn- und Gehaltserhöhungen von netto 100 oder mehr Mark im Monat durchsetzen können: 1974, beim mit 11,6% prozentual drittbesten, absolut betrachtet höchsten Tariffergebnis der Nachkriegsgeschichte (bei damals 6,8% Preisanstieg). Es brachte dem genannten Akkordarbeiter bzw. Angestellten seinerzeit brutto 197 bzw. 253 DM; netto in StKl. III/2 damals 128 bzw. 153 DM, in StKl. I/IV ebenfalls 101 bzw. 117 DM. Der höchste Tariffabschluß der 80er Jahre (6,8%) ergab für den betreffenden Arbeiter bzw. Angestellten (mit heute 3600 bzw. 4600 DM) am 1.2.1980 (Inflationsrate 3,9%) brutto 169 bzw. 201 DM. Netto bedeuteten dies in StKl. III/2 107 bzw. 138 DM. In StKl. I/IV waren es 80 bzw. 84 DM netto.

Was die Steuerreform 1988 betrifft, war sie für die Masse der Lohnabhängigen tatsächlich kaum wahrnehmbar: In StKl. I/IV betrug die Monatsentlastung erst ab 3300 DM Bruttoeinkommen 40 DM. In StKl. III/2 wurden sogar bis 4450 DM nur 9 DM „nachgelassen“. Wenn aber diesmal ab sofort eine beträchtliche Zahl der Beschäftigten durch Steuersenkung zunächst 100 bis 150 DM netto mehr auf der Abrechnung hat, liegt die spalterische Wirkung dieser Reform, vor allem im Hinblick auf die laufende Lohnbewegung, auf der Hand. Ohne entsprechende Gegenpro-

paganda läuft die IGM Gefahr, bei der Verteidigung des Lohnstandards weiter an Bedeutung zu verlieren. Manchem Arbeitszeit-Vorkämpfer höherer Funktionsebene mag dies durchaus nicht unlegen erscheinen. Um aber nicht derart geschwächt in die kommende Auseinandersetzung zu gehen, wird es umso mehr darauf ankommen, sich im Detail mit der Steuerentwicklung zu befassen und Fakten dagegensetzen.

\* Allein was die Lohnabhängigen in der Vergangenheit durch heimliche Steuererhöhungen im Zusammenwirken von Progression und Inflation bluten mußten, ist kaum mehr hereinzuholen. Laut Monatsbericht Oktober der Bundesbank nahmen die Lohnsteuern z.B. im ersten Halbjahr 1989 um 7,2 Mrd. DM (9,6%) auf 81,7 Mrd. DM zu, 40% des gesamten Steueraufkommens.

\* Im Schnitt mußten Arbeitnehmer 1989 im Monat 591 DM an Lohnsteuer abführen. Die Beiträge für die Sozialversicherungen lagen mit 482 DM um 3,4% höher als im Vergleichszeitraum 1988 (BDA-Jahresbericht 1989). Die durchschnittliche Abgabenquote ist trotz zwei Steuerreformen laut Globus-Kartendienst (Nr. 8054) inzwischen auf 34,9% gestiegen, 1980 waren es 30%. Auch 1990 wird die Quote mit ca. 31,7% bei weitem nicht mehr auf diesen Stand sinken.

\* Ganz zu schweigen davon, daß ebenfalls erhöhte Verbrauchs-, KFZ- (12,6%), Mineralöl- (21%), Versicherungs- (45%) u.a. indirekte Steuern nicht auf dem Lohnstreifen zu sehen sind. Genausowenig die den „Durchschnittshaushalt“ mit über 40 DM monatlich belastende Gesundheitsreform, die auch nicht in die Inflationsrate eingeht.

Während ein Manager (10000 DM Gehalt) jetzt 604 DM Steuern sparen darf, sind es bei Beschäftigten mit 2100 DM brutto (LGr. II, 16% Zulage) 60 DM, über die Jahresentlastung sogar nur 34 DM im Monat. Dem oben zitierten Angestellten in T 5 blieben z.B. 1980 von der 6,8%-Tarifierhöhung netto 40,1%. Heute wären es 53,8%. Beschäftigten in LGr. II dagegen blieben vor zehn Jahren netto 62,8% von ihrer Erhöhung. Heute würde sie sich nur noch zu 59,4% auswirken. Auch die Steuerreform ist so ein Grund, die für 14 der 18 IGM-Tarifgebiete beschlossenen Mindestforderungen von 175 bis 200 DM auch umzusetzen. Andernfalls droht den unteren Lohngruppen bei z.B. in Baden-Württemberg 3,7% amtlicher Inflationsrate auch 1990 erneut Reallohnverlust. — (aro/aus: Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1/90)

würdigkeit der IG Metall sei viel stärker gefährdet, wenn die Festgeldkomponente nicht einmal mehr als Forderung erhoben würde.

In der Tariffkommissionssitzung vom 30.11.1989 wurde drei von vier Stunden lang offen und kontrovers darüber diskutiert, ob Mindestforderung oder nicht. Die Bezirksleitung empfahl die Vertagung der Veränderung der Einkommensstruktur auf 1991. Während dies Vertreter der größten Verwaltungsstellen Mannheim und Stuttgart (Daimler-Benz, SEL) unterstützten, sahen es über zehn Redner anders. Eine erste Abstimmung endete dann 78:70 „für eine Strukturforderung“. Für den nun von der Bezirksleitung eingebrachten Vorschlag 8,5%, mindestens 200 DM, waren anschließend 142, dagegen sechs.

### Gegen Überstunden

„Umwandlung der Mehrarbeit in zusätzliche Arbeitsplätze“ — so lautet der Titel einer Untersuchung der IG Metall über Mehrarbeit in der bayerischen Metallindustrie. Danach ist 1988 die Mehrarbeit bei Arbeitern wieder um 16,3% auf 561000 bezahlte Überstunden/Woche, das sind 1,1 Überstunden je bayerischem Metallarbeiter angestiegen. Vor allem im Maschinenbau erhöhte sich die Mehrarbeit um 22,1% auf 1,6 Std./Woche/Arbeiter.

Die Untersuchung geht von der Feststellung aus, daß nur ca. 13% der von Mehrarbeit betroffenen Arbeiter sich aus finanziellen Gründen auf Überstunden angewiesen fühlen, der Großteil dagegen der Anordnung von Überstunden aus betriebspolitischen Gründen Folge leisten muß. Hinter den 13% dürften sich aber die unterschiedlichsten Lebensumstände und Zwänge zur

Mehrarbeit verbergen, die in bestimmten Abteilungen oder auch Betrieben wohl bedeutend stärker wirken und die geforderte drastische Einschränkung der Mehrarbeit problematisch machen.

Zulässig sollen nach der Forderung der IG Metall in Bayern künftig nur noch zehn Überstunden/Monat sein bei obligatorischem Freizeitausgleich ab der sechsten Stunde (bisher 20 Überstunden mit der Möglichkeit des Freizeitausgleichs ab der 16. Stunde). Sicher ist es dabei klug, daß die IG Metall Bayern parallel eine Erhöhung der Mehrarbeitszuschläge fordert: Über den normalen Mehrarbeitszuschlag von 25% hinaus ab der zweiten Mehrarbeitsstunde/Tag 50% Zuschlag (bisher ab der elften Stunde/Tag); an arbeitsfreien Tagen ab der fünften Überstunde 50% Zuschlag (bisher ab der siebten Überstunde/Woche). Die Forderung nach Erhöhung der Zuschläge begründet sich aus dem gesundheitszerstörerischen Charakter von Mehrarbeit.

Wäre die Einschränkung der Mehrarbeit plus eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden/Woche durchgesetzt, müßte ein Akkordarbeiter in Bayern mit 17,20 DM/Stunde (LG 5), der auf Überstunden angewiesen ist, bei einer im monatlichen Durchschnitt um 19,7 Stunden verkürzten Arbeitszeit (8,7 Stunden Arbeitszeitverkürzung, elf Überstunden) trotz vollem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung (6%/Stunde) einen Lohnverlust von 223,44 DM brutto hinnehmen. Nur eine gleichzeitige kräftige Lohnerhöhung (ebenso ideal mit 9% angenommen) könnte das Ziel „Mehrarbeitsbeschränkung“ in diesem Fall realistisch machen. 9% Lohnerhöhung würden die monatlichen Lohnverluste ausgleichen und brutto 4778 DM Lohnerhöhung bewirken.

## Internationale Umschau



Mehr als 250 000 Menschen demonstrierten am 3. Januar in Ostberlin gegen die zunehmenden faschistischen Auftritte und Aktionen innerhalb der DDR. Faschisten hatten u.a. das Ehrenmal der sowjetischen Soldaten in Treptow geschändet. SED-PDS, das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Vereinigte Linke, die Blockparteien der Volkskammer und viele andere Organisationen und Initiativen riefen zu dieser Demonstration auf. Nicht vertreten waren die meisten oppositionellen Gruppen des „Runden Tisches“. Sie warfen der SED-PDS vor, mit dieser Kundgebung gegen den Neofaschismus Wahlkampf zu betreiben. SED-Vorsitzender Gregor Gysi griff die Infiltration durch BRD-Faschisten an: „Wenn wir die Souveränität dieses Landes bewahren wollen, dann dürfen wir ihnen den Eintritt nicht gestatten.“ — (mal)

### Rumänien: Militär mit immer mehr Macht

In Rumänien übernimmt das Militär immer mehr Machtfunktionen. In der Provinz Temesvar hat das Militär offiziell alle politischen und zivilen Verwaltungen übernommen. Auch in anderen Bezirken soll das Militär die Verwaltung mehr und mehr übernehmen. Gegen die verhafteten Anhänger der Regierung Ceausescus haben vor Militärgerichten Schnellverfahren begonnen. Gegen deren Urteile ist keine Berufung zugelassen. Am 12.1. verkündete der amtierende Staatschef Ilescu, die KP Rumäniens sei ab sofort verboten. Drei Tage später hob er das Verbot wieder auf. Nun soll am 28.1. eine Volksabstimmung über die Wiedereinführung der nach der Hinrichtung Ceausescus aufgehobenen Todesstrafe und über ein KP-Verbot entscheiden. — (rül)

### Albanien: Ex-König ruft zum Aufstand

Der ehemalige König von Albanien, inzwischen in Südafrika Rohstoffhändler und Landbesitzer, hat über Rundfunk und Fernsehen die albanische Bevölkerung zum Aufstand aufgerufen. Gegenüber der imperialistischen Presse erläuterte er, „der Widerstand sei paramilitärisch organisiert; er habe ihn mit Waffen versorgt“ (FAZ, 10.1.90). Der Aufruf scheint lächerlich, wird aber nicht nur von Südafrika unterstützt. Albanische Exilgruppen haben an das Europaparlament um Hilfe appelliert. In Paris hat der „Königshof“ ein Büro mit diplomatischen Vorrechten. — (rül)

### Azania: Polizei richtet Massaker unter Streikenden an

27 Tote und zahlreiche Verletzte: das ist das Ergebnis eines Streikbrechereinsatzes gegen die seit Mitte November streikenden Eisenbahnarbeiter der staatlichen Transportgesellschaft SATS. SATS hatte in der zweiten Januarwoche unter dem Schutz der rassistischen Polizei etwa 1 000 mit Schusswaffen bewaffnete Streikbrecher aufgeboden und gegen die Streikenden gehetzt. Die Polizei ermunterte die Streikbrecher bei ihrem Vorgehen. SATS hat seit Beginn des Streiks versucht, die Eisenbahnarbeiter zu provozieren. Gewerkschaftsmitglieder wurden mit Gewalt am Besuch von Streikversammlungen gehindert, teilweise kurzfristig ins Gefängnis gesperrt. Die Gewerkschaft der Eisenbahn- und Hafenarbeiter SARHWU (South African Railway and Harbour Workers Union) will einen monatlichen Lohn von mindestens 1 500 Rand durchsetzen, dies ist das nach ihrer Einschätzung das Minimum für einen Lohn, der zum Leben reicht. Außerdem fordert sie die Wiedereinstellung von 400 entlassenen Gewerkschaftsmitgliedern. SATS verweigert inzwischen jegliche Verhandlungen mit der Gewerkschaft und droht mit der Entlassung von mehreren tausend Arbeitern. SARHWU hat nun Vertreter von Kirchen und politischen Organisationen um Unterstützung bei den Gesprächen mit der SATS gebeten. — (uld)

### Aussperrung bei BASF/USA nach fünfeinhalb Jahren gebrochen

Die längste Aussperrung in der Geschichte der USA, die sich gegen 370 in der OCAW gewerkschaftlich organisierte Produktionsarbeiter und Handwerker im BASF-Werk Geismar/Louisiana richtete, endete mit einem Erfolg der Arbeiter. Begonnen hatte die Angriffsaussperrung vor Auslaufen des Haustarifs am 15.6.1984. Die BASF wollte Lohnkürzungen, Verschlechterung der Krankenversicherungsleistungen und Abbau der gesicherten Arbeitsplätze durchsetzen. 1987 konnten die Produktionsarbeiter wieder ins Werk, allerdings zu den von der BASF diktierten Bedingungen. Weiterhin ausgesperrt blieben damals die 110 Handwerker, zu denen 70 % der betrieblichen OCAW-Funktionäre gehörten. Nun konnte die OCAW neben der Wiedereinstellung der Handwerker einen Dreijahresvertrag durchsetzen mit Lohnsteigerungen zwischen 2 und 3,5 %, höheren Zuschüssen zur Krankenversicherung, einer Vereinbarung über vorgezogenen Ruhestand, teilweisen Ausgleich für die 66monatige Ausfallzeit und über strengere Sicherheitsbestimmungen. Die OCAW führt ihren Erfolg auf eine neue Taktik zurück: Sie suchte das Bündnis v.a. mit Umweltinitiativen. So strengte sie mehrere Umweltverfahren gegen die BASF an, blockierte mit den Initiativen zusammen den Bau einer Giftmüllverbrennungsanlage, die Rodung eines Waldgrundstücks für die Hauptverwaltung der BASF/USA und den Bau einer 50-Mio.-\$-Investition. Ferner deckte die OCAW den Computerelexport der BASF nach Südafrika auf und erzwang dessen Verminderung. Hinzu kam ein Boykottaufruf, der nun zurückgenommen wurde. Das Brechen der Aussperrung ist auch ein wichtiger Erfolg gegen das „union-busting“, die Vernichtung der Betriebsgewerkschaften. — (tht)



Mit der Entsendung von Elitetruppen nach Baku hat die sowjetische Regierung auf schwere Unruhen in den Republiken Aserbeidschan und Armenien reagiert. In Baku sollen mehrere Armenier von aufgeputschten Aserbeidschanern gelyncht worden sein. Die armenische Regierung hat nach Massendemonstrationen den Ausnahmezustand über die Hauptstadt Eriwan verhängt. Vor Wochen hatten bewaffnete Aserbeidschaner die Aufhebung der Grenzbefestigungen zwischen dem sowjetischen Aserbeidschan und den iranischen Siedlungsgebieten der Aserbeidschaner gefordert (Bild). Offenbar sind auf aserbeidschanischer Seite islamisch-reaktionäre Kräfte an den Unruhen beteiligt. In armenischen Zeitungen wird auch der Türkei vorgeworfen, die Unruhen zu schüren. — (rül)

### Großbritannien: Streik der Krankenwagenfahrer dauert an

Seit dem 19. November streiken die Fahrer und Besatzungen von Krankenwagen landesweit. Sie fordern eine Lohnerhöhung von mindestens 7,5 % bei einer Laufzeit von höchstens zwölf Monaten und — das ist der wichtigste Teil der Forderung — die Eingruppierung in die gleichen Lohngruppen wie die Feuerwehrleute. Das würde eine Erhöhung ihrer Löhne um etwa 25 % Prozent bedeuten. Sie argumentieren, daß sie sowieso in den meisten Fällen mit den Feuerwehrleuten zusammenarbeiten und die Regierung durch die Eingruppierung der Krankenwagenbesatzungen als „weniger qualifiziert“ einen Zustand von ungleichen Löhnen für gleiche Arbeit schafft. Die Löhne der Krankenwagenbesatzungen sind außerdem niedriger als die der Krankenschwestern, obwohl die Besatzungen Erste Hilfe und medizinische Notversorgung leisten müssen. Der große Unterschied zwischen den Einkommen der Krankenwagenbesatzungen und den Feuerwehrleuten resultiert aus einem Abkommen von 1986. Seitdem werden die Krankenwagenbesatzungen mit Monatsgehältern statt wie bis dahin im Stundenlohn entlohnt. Das hat zur Folge, daß die zahlreichen Bereitschafts- und Überstunden nicht mehr bezahlt werden und die meisten Krankenwagenbesatzungen innerhalb eines Jahres Lohnneinbußen von 20 % und mehr hinnehmen mußten. Die Regierung beharrt auf ihrem Angebot von einer Lohnerhöhung von 9 % bei 18monatiger Laufzeit. Dieses Angebot ist in einer landesweiten Urabstimmung Anfang Januar von den Krankenwagenfahrern abgelehnt worden, obwohl die Regierung alles daransetzt, den Streik zu zerschlagen. Sie versucht, den Streik durch den Einsatz von Polizei und Armee zu brechen, und hat Gerichtsurteile erwirkt, die den Krankenwagenfahrern verbieten, einen Notdienst aufrecht zu erhalten, indem die Versicherung für Fahrzeuge und Fahrer gekündigt, die Benutzung von Notrufnummern und Fahrzeugen verboten wird. Versuche, Krankenwagen durch die Armee zu beschlagnahmen, verteilten die Fahrer bisher durch Streikposten, die rund um die Uhr Wache stehen. In einigen Städten haben die kommunalen Verwaltungen zusammen mit den Krankenwagenfahrern Notdienste organisiert. — (uld)

### El Salvador: Regierung gibt Priesterorde zu

Präsident Cristiani von El Salvador hat in einer kurzen Radio- und Fernsehansprache eingeräumt, daß die Ermordung von sechs Priestern am 16.11. 1989 auf dem Gelände der Zentralamerikanischen Universität in El Salvador von Angehörigen einer Eliteeinheit der Streitkräfte geschah. Die Regierung hatte ursprünglich versucht, die Morde der Befreiungsbewegung FMLN anzuhängen. Nach Protesten hatte sie dann aber eine Untersuchungskommission gebildet, der auch Vertreter der USA und Spaniens angehören. Mehrere Mitglieder der Eliteeinheit sollen inzwischen verhaftet sein. Ihre Auftraggeber sind weiter im dunkeln. — (rül)

## Kurzarbeit bei GM, Ford, Chrysler

### US-Konzerne zwingen 117 000 Beschäftigte zu Kurzarbeit

Die seit langem angekündigten Werkschließungen für die ersten beiden Januarwochen bei den drei großen US-Automobilproduzenten — General Motors, Ford und Chrysler — waren noch nicht vorüber, als letzten Donnerstag schon neue bzw. verlängerte Kurzarbeit angekündigt wurde. General Motors hatte 22 seiner 31 Montagewerke mit 75 000 Arbeitern geschlossen. Ford hatte 25 400 Arbeiter in elf von 16 Montagewerken nach Hause geschickt. Insgesamt waren 127 000 Arbeiter von der Kurzarbeit betroffen. Die verlängerten Werkschließungen bis 22. Januar treffen rund 57 000 Montearbeiter.

Seitdem im Oktober mit der Einführung der 1990er Modelle die äußerst günstigen Kreditangebote der Autokonzerne (0 bis 3 % Zins) ausliefen, sind die Autoverkäufe drastisch gefallen. In der zweiten Dezemberhälfte waren die PKW-Verkäufe von General Motors, Ford und Chrysler 26 % niedriger als im Jahr zuvor. Die Verkäufe von Kleinlastern und Minibussen waren um 9,6 % höher — Ford und Chrysler lockten mit Billigfinanzierung für diese Sorte von Autos. Für das ganze Jahr verzeichneten die „großen Drei“ 5,8 % weniger Fahrzeugverkäufe als 1988. Die Produktion der US-Autoproduzenten sank 1989 jedoch nur um 3,2 % auf 10,8 Mio. Die Finanzlage und die Verschuldung der meisten Haushalte in den USA

ist sehr angespannt. Eine große Zahl der Lohnabhängigen ist ständig bei den Kreditkartenbanken in Schulden. Für die große Anschaffungen wie Autos ist einfach nicht mehr Geld da, und Lockvögel wie Autoanschaffungskredite mit Niedrigstzinsen haben nur Einfluß am Zeitpunkt des Kaufs, aber wenig auf die Zahl der verkauften Autos. Das Geschäft ist nicht nur bei Autos im Einzelhandelsverkauf gestiegen 1989 um 5 % gegenüber 1988, der niedrige Anstieg seit dem Rezessionsjahr 1982. Auch das Weihnachtsgeschäft war schwach, gute Verkaufszahlen gab es nur bei preisgünstigen Sonderangeboten. Die Rezessionsrufer sind natürlich gleich zur Stelle, und die Autokapitalisten geben sich ganz ungewohnt unoptimistisch. Immerhin war 1989 das siebte beste Jahr in der Geschichte der Autoindustrie, das Vergleichsjahr 1988 war das zweitbeste. Der Grund für diese Bescheidenheit — für diesen Sommer stehen die Tarifverhandlungen für die Autoindustrie an. In den letzten Tarifverhandlungen 1987 hatte die Arbeitsplatzsicherheit an oberster Stelle gestanden. Der neue Vertrag verbietet Werkschließungen und Kurzarbeit oder Entlassungen außer bei sinkenden Verkäufen. Arbeitsplatzsicherheit schien erreicht. Nun schließen die Kapitalisten nicht mehr Werke, sie legen sie still. — (her, ger)

## DDR: Infiltration zeigt Wirkung

### Westliche Provokationen heizen die Situation an

Mehrere tausend Menschen haben am 15. Januar die Zentrale des Amtes für Nationale Sicherheit (NaSi) in Ostberlin gestürmt, Mobiliar vernichtet und Mitarbeiter des Amtes bedroht. Die oppositionellen Gruppen hatten zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen. Als die gewaltsamen Übergriffe bekannt wurden, versuchte Ministerpräsident Modrow mit Unterstützung der Gruppen des „Runden Tisches“, die Eskalation zu beenden. Das gelang, die Demonstranten zogen sich aus den Gebäuden der ehemaligen Staatssicherheitsbehörde (Stasi) zurück.

Die Regierung Modrow erklärte im Vorfeld, den Staatssicherheitsdienst nicht zu reorganisieren und auch keinen Verfassungsschutz zu installieren. Diese Aufgaben würden in Zukunft von der Volkspolizei wahrgenommen. Die Politisierung der Polizeikräfte wird dazu führen, öffentliche Ordnungsaufgaben erledigen zu müssen, nicht gerade eine erfreuliche Perspektive.

Doch trotz dieser von der DDR-Regierung angekündigten Schritte kam es zu den gewaltsamen Ausschreitungen. Schon am 8. Januar mußten Volkspolizisten gegen westliche Faschisten in

Ostberlin einschreiten, die unter anderem jede Menge Propagandamaterial der Republikaner verteilten. Am 11. Januar zerrissen Faschisten während einer Demonstration gegen die SED und den Stasi mehrere DDR-Flaggen und grölten das Deutschlandlied.

Gegen eine Eskalation der Auseinandersetzungen innerhalb der DDR sprechen sich auch die oppositionellen Gruppen des „Runden Tisches“ aus. Sie unterstützen aber nicht die antifaschistischen, gegen westliche Infiltrationen und Provokationen gerichteten Demonstrationen und Kundgebungen in der DDR, an denen sich Hunderttausende beteiligten (s. Bildmeldung). Am 14. Januar demonstrierten mehrere hunderttausend Menschen, um der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu gedenken. An den antifaschistischen Kundgebungen beteiligten sich zahlreiche Kräfte, die sich gegen imperialistische Einmischung, Neofaschismus und für eine souveräne DDR aussprachen: SED-PDS, Blockparteien der Volkskammer, das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, FDJ, Vereinigte Linke, einige Mitglieder der SPD (vormals SDP) und andere Gruppen. — (mal)

## Einwanderungsdekret in Kraft

### Italien: Rassistische Aktivitäten und Widerstand

Seit dem 31.12.1989 ist das Gesetzesdekret der Regierung über die Einwanderung (s. „Pol. Berichte“ 1/1990) in Kraft. Erstes Ergebnis: Tausende bisher illegal lebender Leute kamen in der ersten Januarwoche zu den Polizeipräferen, um sich registrieren zu lassen und die Aufenthaltsberechtigung zu beantragen, in Mailand schon am ersten Tag, an dem die Antragstellung möglich war, mehr als 2 000, in Turin 1 500. Die Reaktion der Behörden machte aber schnell deutlich, daß die schikanöse Behandlung der ausländischen Arbeiter keineswegs der Vergangenheit angehört. Wurden in Mailand gerade noch 400 Anträge entgegengenommen und die anderen vertröstet, so wurde in aller Regel (Bologna, Rom, Neapel usw.) die Annahme verweigert und auf später verwiesen. Begründung: Ein Erläutern des Rundschreibens des Innenministeriums sei noch nicht angekommen.

Die fortdauernden Behördenchikanen ermuntern ausländische, rassistische Kräfte, verstärkt hervorzutreten. Im Norden hat eine „Lombardische Liga“ angekündigt, daß sie Hunderte von Änderungsanträgen stellen will, falls die Regierung das auf ein halbes Jahr befristete Dekret im Parlament in

ein Gesetz umwandeln lassen will. Außerdem will sie für diesen Fall Unterschriften für einen Volksentscheid sammeln. In Pomigliano d'Arco in der Nähe von Neapel haben zur selben Zeit bewaffnete Maskierte einige marokkanische Arbeiter angegriffen und zwei davon lebensgefährlich verletzt.

Die Einwandererorganisationen und gewerkschaftliche Körperschaften verstärken ihren Widerstand gegen Rassismus, Ausländerentrechtung und staatliche Schikanen. In Pomigliano d'Arco haben die Mitglieder der Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UILM erklärt, daß sie „die Initiative zur Unterstützung der immigrierten Arbeiter gegen alle Diskriminierungen verstärken, damit sich derartige Vorfälle in unserem Land nicht wiederholen“. In Venedig haben die Gewerkschaftsdelegierten der städtischen Polizisten in einem Schreiben an Bürgermeister und Magistrat dagegen protestiert, daß die ausländischen „fliegenden Händler“ verfolgt werden: „Die Antworten der Polizei sind in ethischer Hinsicht falsch und in praktischer Hinsicht völlig unnütz. Wir wurden zu Menschenjägern benutzt...“

Quellenhinweis: L'Unità, 4.1.-12.1. — (rok)

Noch während der laufenden Intervention in Panama haben die USA Kriegsschiffe in Richtung auf die kolumbianische Küste in Marsch gesetzt. Der Flugzeugträger „John F. Kennedy“ und der Kreuzer „Virginia“ werden vermutlich am 19.1. die kolumbianische Küste erreichen, drei weitere Kriegsschiffe sollen zu ihnen stoßen. Damit wächst die Gefahr einer direkten militärischen Intervention der USA in Kolumbien oder im benachbarten Peru unter dem Vorwand der „Bekämpfung des Drogenhandels“, einer Intervention, die sich in Wirklichkeit gegen die Befreiungsbewegungen und linken Kräfte in diesen Ländern richtet. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem Bericht des kolumbianischen Dichters García Márquez, der im Oktober in einer kolumbianischen Zeitung erschien und der Redaktion der „Politischen Berichte“ übersetzt zur Veröffentlichung angeboten wurde. — (hel, rül)

Anfang Oktober dieses Jahres enthüllte die kolumbianische Presse eines der bestbewährtesten Geheimnisse des Landes: Seit mindestens einem Jahr verhandelt autorisierte Delegierte der Regierung mit den Drogenhändlern, den Narkotrafikanten.

Der erste Versuch fand bereits im Mai 1984 statt, als Pablo Escobar, der Chef des Medellín-Kartells, mit Alfonso López Michelsen, dem früheren Präsidenten der Republik, Kontakt aufnahm in einem Hotel in Panamá, um dem damaligen Präsidenten Belisario Betancur im Namen aller kolumbianischen Narkotrafikanten-Gruppen eine Botschaft zu übermitteln:

Sie versprachen, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen, das Kokain zu kommerzialisieren, ihr immenses Vermögen in nationale Industrien einzubringen, und zwar gemäß den bestehenden Gesetzen, und alsdann gemeinsam mit der Regierung die schwere Last der externen Verschuldung zu tragen.

Als Gegenleistung verlangten sie keine Amnestie; sie wollten nur in Kolumbien vor Gericht gestellt und nicht an die USA ausgeliefert werden. Dabei war die Amnestie damals in Kolumbien an der Tagesordnung, sie war der Lorbeerzweig, den der Präsident Betancur vom ersten Tag seiner Regierungsübernahme an der bewaffneten Opposition angeboten hatte, die seit 30 Jahren in den Bergen vegetierte.

So war Präsident Betancur nur konsequent, als er das Angebot der Narkotrafikanten mit Erleichterung aufnahm. Die führende Tageszeitung „El Tiempo“ aber veröffentlichte die — bis dahin vertraulichen — Hintergründe der

## Über die Hintergründe des Drogenkrieges G. Márquez: Was geschieht in Kolumbien?

Zeitungsbericht des kolumbianischen Dichters über Drogenhandel und US-Einmischung

Verhandlungen und rief damit die Öffentlichkeit zum Widerspruch auf, bis daß der Präsident Betancur glaubte, den Rückwärtsgang einschalten zu müssen, ohne eine Alternative anbieten zu können. Damit verlor das Land eine gute Gelegenheit, sich einen Großteil der Schrecken zu ersparen, die es heute erfahren muß. Es besteht jetzt Anlaß anzunehmen, daß die Sabotage der Verhandlungen von den USA inspiriert worden war aufgrund jenes antikomunistischen Deliriums des Präsidenten Reagan. Der US-Botschafter Mr. Tams scheint für die USA geplant zu haben, im Schatten der Bekämpfung der Drogenmafia aus ihnen und den Guerrillas eine einzige Sache zu machen: die Narko-Guerilla. Der Rest wäre dann gewesen, Truppen nach Kolumbien zu schicken mit dem Vorwand, die einen zu bekämpfen und sie in Wirklichkeit gegen die anderen, die Guerrillas einzusetzen.

Wir Kolumbianer fragen uns, ob der von den Narkos vorgeschlagene Waffenstillstand ehrlich gemeint war. Ich glaube: ja. Sie sagten damals wörtlich: „Wir ziehen ein Grab in Kolumbien einer Zelle in den USA vor.“

Sie befürchteten natürlich die Auslieferung. Ich glaube, daß der tiefere Grund kulturellen Charakters war. Die Narkos waren aufgrund ihres Ursprungs und ihrer Formation nicht darauf vorbereitet, im Ausland zu leben. Ihre Schätze à la Ali Baba waren für sie an keinem anderen Ort der Welt in ihrem Sinne wirklich nützlich. Sie wollten die phantastischen Reichtümer, die sie angesammelt hatten, lebend und lebendig mit ihren Kumpeln, Freunden und Verwandten genießen, in der ihnen gewohnten Sprache der unteren sozialen Schichten und beim Verzehren der Gerichte der kreolischen Küche, zubereitet auf den einheimischen Herden ihrer Kindheit. Was ihnen fehlte, war ein Platz in der Gesellschaft.

Indessen erfuhren sie zu jener Zeit keine ernsthafte Strafverfolgung; jeder, der es gewollt hätte, hätte sie damals vom Polizisten an der nächsten Ecke verhaften lassen können. Zudem genossen sie Prestige im Volke aufgrund ihrer aufwendigen Stiftungen in den Armenvierteln ihrer Kindheit.

Carlos Lehder — zur Zeit in den USA und dort zu 135 Jahren Gefängnis verurteilt — eröffnete damals eine Diskothek für Jugendliche und kümmerte sich nicht um die entsprechenden ökonomischen Verluste; er errichtete eine Statue für John Lennon. Er gab eine nationalstisch ausgerichtete Zeitung in grüner Farbe heraus, der Farbe der „hierba“.

Dann kam als eines der ersten Verbrechen an Prominenten die Ermordung des Justizministers Rodrigo Lara Bonilla im April 1984. Es folgte die Ermordung von mindestens 800 Mitgliedern der Union Patriótica, einer linksorientierten Partei, und ihres Kandidaten Jaime Pardo Leal, und der Mord an dem unvergessenen Guillermo Cano, Direktor der Tageszeitung „El Espectador“.

Die Richter, deren Gehalt gerade zum Leben reichte, aber nicht, um ihre Kinder angemessen zu erziehen, standen vor dem Dilemma, entweder sich zu verkaufen oder zu sterben. Bewundernswert und tief bewegend: mehr als 40 — wie auch zahlreiche Journalisten und Funktionäre — zogen den Tod vor!

Ich glaube, man hat bisher nicht den politischen und sozialen Hintergrund ausreichend beachtet: Ein Kolumbien, groß und unglücklich, nach mehreren Jahrhunderten eines archaischen Feudalismus, seit 30 Jahren Guerrillas ohne Ausweg und eine ganze Geschichte von Regierungen ohne Volk.

Es war gar nichts Ungewöhnliches, als die Narkos damals, trotz ihrer schweren Verbrechen, Aussöhnung erbaten in einem Land, wo nur sehr wenige der großen Vermögen ihre Erbsünde verheimlichen können.

Im Lauf der sechziger Jahre hatte indessen die FARC, Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, als militanter Arm der kommunistischen Partei im Gebiet des Magdalena-Medio Guerrillafronten errichtet, um die verelendeten Bauern vor der grenzenlosen Gier der Großgrundbesitzer zu schützen. Aber die ursprünglichen Ziele der FARC degenerierten nach und nach über Entführungen und Erpressungen zu simplen Finanzierungsmaßnahmen jenes Krieges.

Die Großgrundbesitzer, verzweifelt aufgrund dieser Bedrohungen, organi-

sierten Privatarmeen, die als sogenannte Selbstverteidigungsgruppen von der Regierung legalisiert wurden. So war dies anfangs eine reine Kampagne zwecks Vernichtung des Kommunismus, wurde jedoch später ausgeweitet gegen Viehdiebe, Bettler und Homosexuelle.

Infolge der zunehmenden Unsicherheit verarmten die — kleineren — Viehzüchter und nahmen mit den Narkos Kontakt auf, die begierig waren, ihren Überfluß an Gewinnen ins Spiel zu bringen.

Aus dieser Allianz entstand im Magdalena Medio ein weites Imperium von 50000 Quadratkilometern, zweimal so groß wie El Salvador und im höchsten Grade bewaffnet. All dies geschah 300 Kilometer vom Präsidentenpalais entfernt. Die Narkos brachten außer ihrem Geld unternehmerische Technik und ein unbestreitbares Talent für geschäftliche Unternehmungen ein. Die vorerst handwerklich elementar organisierte „violencia“ wurde wissenschaftlich modernisiert. Paramilitärisch messianisch ausgerichtete Schulen für Killer und Büttel wurden organisiert, geleitet von mit reinem Gold bezahlten Söldnern aus London und Tel Aviv.

Aus diesen Schulen gingen die sogenannten „Scicarios“ hervor, Jugendliche aus den Elendsvierteln der Städte; sie brachten in den letzten Jahren Terror und Tod über das Land.

So ergab sich als eine nicht wieder gutzumachende Ironie der Dialektik, daß jene soziale Revolution, die die FARC ursprünglich geplant hatte, zum Gegenteil führte, nämlich zu einer Welt für sich, ohne jegliche Gewähr für das Leben und für die Sicherheit der Menschen und mit einer rechtsextremen Ausrichtung.

Unsere kolumbianische Gesellschaft ist drogenabhängig. Nicht etwa im Hinblick auf Drogensüchtige — dies ist kein alarmierendes Problem in Kolumbien —, sondern infolge einer viel pervertierten Droge: dem leicht zu verdienenden Geld. Industrie, Handel, Banken, Politik, Presse, Sport, Wissenschaft und Künste, selbst Teile des Staatsapparates sind mit wenigen Ausnahmen, und oft ohne sich dessen bewußt zu sein, darin verstrickt.

Die drei größten Drogenhändler verfügen, jeder einzeln, über jeweils mehr als 3 Milliarden Dollar. Derartige Vermögen begnügen sich nicht mit materiellen Belangen; sie dringen ein in die dunkelsten Winkel des Bewußtseins und des menschlichen Willens. Wie in einer freudianischen Besessenheit kaufen die Narkos Land, Land, Land und immer mehr Land, als wollten sie die ganze Landkarte aufkaufen, und damit gleichzeitig die Kondore, die Flüsse, den Glanz des Goldes und das Blau der Meere, damit sie keiner je vertreiben könne, wo einzig sie leben wollen.

Neben diesem Delirium hatten sich entfernte Hoffnungen an den Präsidentschaftskandidaten Luis Carlos Galán geknüpft, Hoffnungen auf eine Erlösung, an die inzwischen niemand mehr glaubt. Seine geradezu rituell vollzogene Ermordung auf einem öffentlichen Platz inmitten von 18 Leibwächtern stellte die Regierung vor das Gespenst enormer Verantwortung. Das Erstaunlichste bei all dem ist vielleicht die grenzenlose Bereitschaft der Kolumbianer, sich an alles zu gewöhnen, an das Gute wie an das Schlechte, und die Erwartung einer Wiedergesundung, eine Hoffnung, die an das Übernatürliche grenzt. Manche, darunter die Weisesten, scheinen sich gar nicht bewußt zu sein, in einem der gefährlichsten Länder der Welt zu leben. Das Leben in Kolumbien geht weiter, und vielleicht ist es gerade dann am wertvollsten, wenn es um das tägliche Überleben geht.

Die USA beschuldigen Kolumbien der Nachlässigkeit in der Drogenbekämpfung, während gleichzeitig auf den Straßen ihrer Städte mehr Drogen offen angeboten werden als auf den unseren. Die finanzielle Hilfe, die Kolumbien aus den USA erhält, kann sich hingegen nicht im Entferntesten mit jener messen, die in acht Jahren offiziell und versteckt den Contras in Nicaragua gewährt worden ist, etwa zwei Milliarden Dollar. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß diese Hilfe an Kolumbien erhöht wird, solange Präsident Barco daran festhält, keine amerikanischen Truppen — und sei es auch offiziell nur zur Bekämpfung der Drogenmafia — zuzulassen.

Das Schlimmste in dieser Lage ist, daß es keine Alternative zu geben scheint, es sei denn, es ergäbe sich wieder einmal eine jener unvorhersehbaren Verrücktheiten, die Lateinamerika immer noch vor dem totalen Zusammenbruch bewahrt haben.

Quelle: Auszug aus einem Bericht von García Márquez in der kolumbianischen Zeitung „El Heraldo“, Oktober 1989; eigene Übersetzung

## Panafrikanistische Bewegung gegründet

Südafrika/Azanla: Schwerpunkt der PAM ist der Kampf in den Bantustans und auf dem Land

Anfang Dezember gründeten in Soweto etwa 6000 Vertreter verschiedener Organisationen und örtlicher Gruppen die Panafrikanistische Bewegung (Pan-Africanist Movement — PAM) als legale azanische Organisation. Ihre Hauptaufgabe sieht die Organisation im Kampf gegen Landraub und nationale Unterdrückung.

An der Gründung nahmen unter anderem Vertreter der Azanian Youth Unity, der African Women Organisation, der Pan Africanist Student Organisation, der Mafube Arts Commune und einiger Gewerkschaften, die dem Dachverband NACTU angehören, teil. Die Gründung von PAM ist eine politische Offensive der afrikanistischen Kräfte der azanischen Befreiungsbewegung gegen die Versuche des Siedlerregimes, die Befreiungsbewegung zu spalten und Teile des Befreiungskampfes an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Gründungskonferenz wählte ein aus sechzehn Männern und Frauen bestehendes Nationales Exekutivkomitee. Ihm gehören unter anderem an: der Präsident M. C. Makwethu, der als Bauer in der Transkei lebt. Über dieses Exekutivkomitee berichtet die südafrikanische Zeitung „Weekly Mail“: „PAM ist die erste Befreiungsbewegung, deren Präsident während seiner Amtszeit in einem Homeland lebt ... Makwethu ... war der erste PAC-Vorsitzende in der westlichen Kapregion und stand an der Spitze der Anti-Paß-Demonstration 1960 in Sharpeville ... 1968 wurde er zu acht Jahren Gefängnis auf Robben Island verurteilt wegen fortgesetzter Unterstützung einer geachteten Organisation ... Nach seiner Entlassung kehrte er in die Transkei zurück, wo er in der Landwirtschaft anfang ... Der Generalsekretär ... ist Benny Alexander ... Während er in einem Arzneimittelunternehmen in Wynberg arbei-

tete, wurde er Vertrauensmann der Black Health and Allied Workers Union, einer unabhängigen Gewerkschaft, und koordinierte viele Streiks der Gesundheitsarbeiter. Alexander wurde 1986 Mitglied der juristischen Abteilung der South African Black Municipal and Allied Workers Union ... Einige der PAM-Führer haben ebenfalls lange Zeit auf Robben Island verbracht. Der stellvertretende Generalsekretär Philemon Tefu erhielt 1963 eine lebenslange Freiheitsstrafe, weil er Mitglied einer geachteten Organisation (des PACs, d. Red.) war. Er verbrachte 22 Jahre im Gefängnis ... Der Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit Benny Moella, wurde im Juni dieses Jahres (1989) aus Robben Island entlassen, nachdem er seine zweite Gefängnisstrafe hinter sich gebracht hatte.“

Die Gründungskonferenz sprach sich für verbindliche Sanktionen und die vollständige Isolierung von Südafrika aus. Sie wandte sich gegen Verhandlungen zwischen Befreiungsbewegung und dem rassistischen südafrikanischen Siedlerregime. Für Verhandlungen bestünde keinerlei Grundlage: „Die Frage, wem gehören die Ressourcen des Landes, ist die Grundlage des Konflikts — die Regierung ist weit davon entfernt, dem zuzustimmen, und so gibt es keinen Raum für Verhandlungen und der Kampf muß fortgesetzt werden“, erklärte Benny Alexander auf der Konferenz. Grundlagen für Verhandlungen bestünden erst, wenn die Regierung

verschiedene Gesetze und Bestimmungen ersatzlos aufgehoben habe. Diese sind: das Gesetz über die Bevölkerungsregistrierung (Population Registration Act), in dem die rassistische Zuordnung der Einwohner Südafrikas vorgeschrieben wird; die Landgesetze (Land Acts) von 1913 und 1936, in denen die Enteignung der afrikanischen Einwohner Südafrikas und das Verbot für Afrikaner, Land zu besitzen, festgeschrieben sind; das Gesetz über die Bantu-Erziehung (Bantu Education Act), in dem die minderwertige Schulausbildung für Afrikaner vorgeschrieben wird; das Dreikammersystem des Parlaments, in dem die südafrikanischen Siedler die politische Entrechtung der „Schwarzen“ und die rassistische Sortierung nach „Farbigen“, „Indern“ und Weißen verankert haben; die Bantustans oder Homelands, mit deren Einrichtung die Rassistenregierung die Ausbürgerung der afrikanischen Bewohner Südafrikas aus dem eigenen Land betreibt. Diese Gesetze und Maßnahmen seien die „fünf politischen Säulen der Apartheid“, über die nicht verhandelt werden könne, sondern die beseitigt werden müßten, bevor über Verhandlungen gesprochen werden könne.

In einer Entschließung stellte die PAM fest, die „derzeitige Euphorie über Verhandlungen“ ist „ein Resultat internationaler Politik der Wiedernäherung der Supermächte, verursacht durch den ökonomischen Umbau der UdSSR ... Das Ergebnis davon bedeu-



Landarbeiter in einem Homeland. „Mit der Errichtung der Homelands ist ein System des Feudalismus zurückgekehrt, und wir müssen erneut von einem Bauernproblem sprechen“, erklärte die PAM.

tet für den African National Congress dramatische Kürzungen in militärischer und materieller Hilfe und schwindende Hoffnung für einen erfolgreichen bewaffneten Kampf. Sie müssen verhandeln, um zu überleben, und müssen dies tun, ohne ihr Gesicht zu verlieren.“

In einem Interview mit der südafrikanischen Zeitung „City Press“ (CP) erläutert das Gründungsmitglied C. Ngcukana, stellvertretender Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes NACTU, zur Gründung von PAM:

„CP: Warum wurde PAM gegründet?“

Ngcukana: Es wurde gegründet, um Afrikanisten die Richtung zu weisen und um unsere Leute auf der politischen Ebene auf der Grundlage des Panafrikanismus vorwärtszubringen. Wegen der Abwesenheit des PAC haben diejenigen, die sich dem Panafrikanismus verpflichtet sehen, keine Organisation im Inneren des Landes ...

CP: PAM hat herausgestellt, daß sie nicht der interne Flügel des PAC ist.

Wie ist die Beziehung zum PAC?

Ngcukana: PAM ist eine öffentliche und legale Organisation in Südafrika, während der PAC eine geachtete Organisation ist. PAM ist der ideologische Mitstreiter des PAC, obgleich sie weder eine Front für den PAC ist noch irgendeine Absicht hat, den PAC zu ersetzen.

CP: Was sind die Differenzen zwischen PAC und PAM?

Ngcukana: Der PAC hat einen militärischen Flügel und PAM hat so etwas nicht ... Wir glauben, daß bewaffneter Kampf und friedliche Methoden in keinem Konflikt miteinander stehen ... Wir glauben, daß Einheit grundlegend für den Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten ist. Aber diese Einheit muß sich auf Prinzipien gründen ... Dem Prinzip der Nichtkollaboration (mit dem Regime, d. Red.), dem Nicht-rassismus und dem Verständnis, daß die Unterdrückten und Ausgebeuteten an erster Stelle stehen.“

Quellenhinweis: Weekly Mail, 8.—14.12.; City Press, 10.12.; The News Line, 5.12. — (uld)

## Daimler zahlt 180 Millionen weniger Gewerbesteuer an die Stadt Stuttgart

Oberbürgermeister Rommel will höhere Schulden, SPD und Grüne höhere Gewerbesteuern

Stuttgart. Weniger Gewerbesteuereinnahmen und mehr Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer als erwartet; Durchziehen der Großprojekte wie der Gartenbauausstellung IGA, Neubau des Kongreßzentrums u.ä. im vorgesehenen Umfang; Zahlung von höheren Zulagen für die städtischen Beschäftigten nur bei Stellenstreichungen; Verkauf städtischer Beteiligungen und Grundstücke; Er-

höhung der Kredite, bis an den Rand des gesetzlich Zulässigen, aber keine Erhöhung der Gewerbesteuer — das ist stichpunktartig der Inhalt des Haushaltsentwurfs 1990, den die Stadtverwaltung Mitte Dezember im Gemeinderat vorlegte. Am 11. Januar legten die Fraktionen erste Stellungnahmen vor. SPD und Grüne, die keine Mehrheit haben, sind für höhere Gewerbesteuern. — (alk, ccs)

Trotz längerandauernder Konjunktur, trotz zunehmender Beschäftigung, trotz wachsender Umsätze haben sich die Gewerbesteuereinnahmen in den ersten drei Quartalen 1989 um 21,1 Prozent vermindert. Bereits 1988 hatte die Stadt rund sieben Prozent weniger Gewerbesteuereinnahmen als 1987. Der Stadtkämmerer Bürgermeister Kammerer: „Die Entwicklung ist, wie Sie wissen, zum größten Teil durch einen Steuerzahler bedingt.“ Durch die Fusion der Daimler-Benz AG zunächst mit der AEG, dann mit MTU und Dornier und jetzt mit MBB sinken zwar keineswegs die Aufwendungen, die dieser Firma direkt oder indirekt aus dem städtischen Haushalt zukommen, wohl aber das, was der Konzern an die Stadtkasse abführen muß. Die rechnerische Gewinnverminderung bei der Daimler AG sowie die geänderte Verteilung der Geschäftstätigkeit auf verschiedene Gemeinden führen in Stuttgart zu einem Einbruch bei dieser wichtigsten Einnahmequelle. Weitere Verluste entstanden durch zwei Geldinstitute, die ihre Rücklagen im Hinblick auf das Europagebiet deutlich erhöhten, was zugleich zu verringerten Steuerzahlungen führt. Ursprünglich sollten 865 Millionen aus Gewerbesteuern eingenommen werden, im Haushaltsansatz des Kämmers war der Betrag bereits auf 720 Millionen reduziert, nach der letzten Meldung aus der Daimler-Zentrale kann nur noch mit 685 Millionen Mark gerechnet werden.

Obwohl die Stadt Stuttgart (abgesehen vom Sonderfall Westberlin) mit 400 Punkten den niedrigsten Gewerbesteuerhebesatz unter den BRD-Großstädten

hat — auch bei der Grundsteuer B liegt Stuttgart mit 250 Punkten an letzter Stelle —, lehnt die Verwaltung eine sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer als Ausgleichsmaßnahme ab, „mittelfristig“ denke er allerdings darüber nach, meinte OB Rommel. Begründungen, warum jetzt keine Gewerbesteuererhöhung sein soll, findet man weder bei Bürgermeister Kammerer noch dem Oberbürgermeister Rommel. Sie sagen nur lapidar: „Die Verwaltung macht dazu keine Vorschläge.“ Man kann aber einiges zwischen den Zeilen lesen.

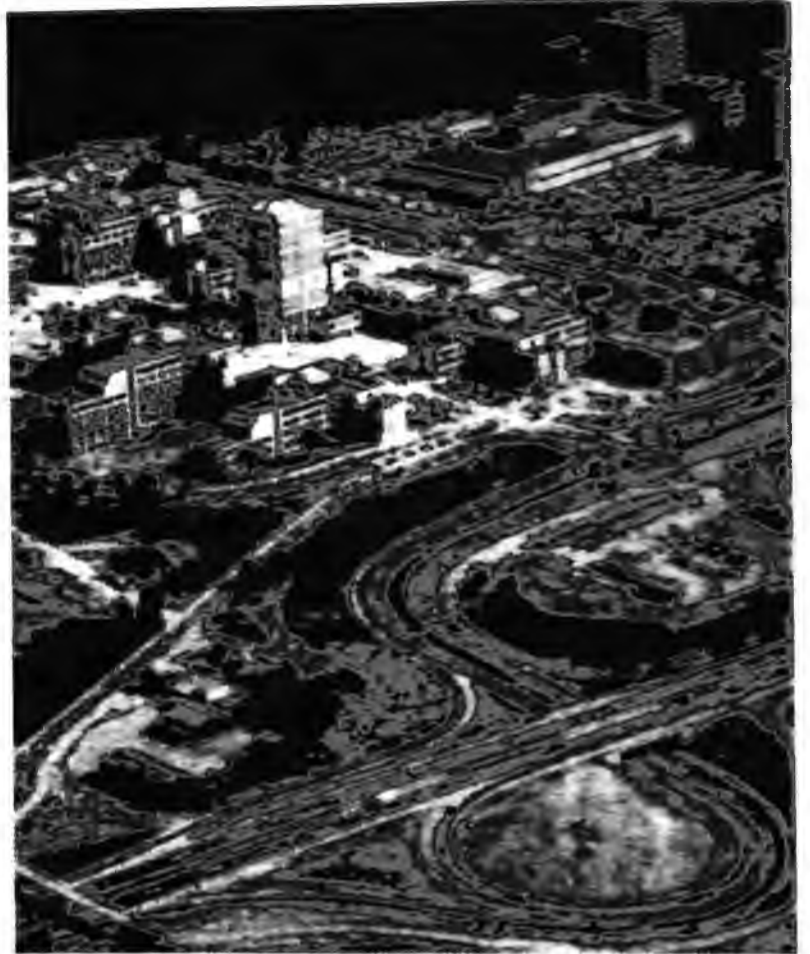
Erstens sind die Einnahmen der Stadt aus dem Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer bereits 1989 höher als erwartet. Trotz Steuerreform werden sie auch 1990 kaum geringer sein als im Vorjahr. Gründe: Die Beschäftigung dehnt sich aus, eine größere Zahl von Lohnabhängigen als bisher zahlt Steuern. Sinkenden Steuereinnahmen bei den Kapitalisten steht also ein verhältnismäßig wachsendes Steueraufkommen durch die Lohnabhängigen gegenüber. Das kommt den politischen Wünschen der Konzerne stark entgegen: Eine verringerte Bedeutung der Gewerbesteuer in den Kommunalhaushalten der großen Städte erleichtert das für den kommenden Bundestag vorgeschlagene Vorhaben, diese Steuer weitgehend abzuschaffen.

Zweitens wächst mit den verringerten Einnahmen der Druck auf den Gemeinderat, „mit der Erfüllung von Wünschen zurückzustecken“ (Kammerer). Auch dies im Interesse der Konzernpolitik. Entsprechend der Parole „Freiheit, Marktwirtschaft, Privateigentum“

werden im Haushaltsansatz 1990 gestrichen: 4,1 Millionen Mark für das Kindertagesheim Stuttgarter Straße in Feuerbach; 4,9 Millionen Mark für eine Einfachsporthalle in Botnang. Im Krankenhausbereich wird der Ansatz im Vermögenshaushalt (d.h. bei Investitionen) um 1,2 Mio. DM verringert. Verkauft werden Anteile an der Südmilch AG (1,1 Mio. DM). Bei den Personalausgaben sieht der Haushaltsentwurf nur die bereits abgeschlossene Tarifierhöhung und Arbeitszeitverkürzung vor; Mittel für eine Erhöhung der Zulagen, wie sie von der ÖTV gefordert wird und über die bereits Verhandlungen stattfinden, sind nicht vorgesehen. Der Stadtkämmerer vertritt, der frühere Grundsatzbeschluss des Gemeinderats „Neufassung von Stellen nur gegen Streichung“ müsse wieder konsequent angewandt werden.

„Durchgezogen“ werden sollen aber die den „Standort“ Stuttgart prägenden Projekte: Die Gartenbauausstellung IGA, das Kongreßzentrum, der Neubau des Rotebühlzentrums bleiben im finanziellen Umfang und der zeitlichen Abfolge unverändert. In der gesamten Vorstellung des Haushaltsentwurfs durch den Stadtkämmerer findet sich keine einzige Streichung bei Projekten, die für die Konzerne interessant sind!

Drittens verschafft die im Entwurf vorgesehene Erhöhung der Kreditaufnahme den Konzernen im doppelten Sinne ein gutes Geschäft: So werden jene Geldinstitute, die ihre Gewerbesteuerzahlungen reduziert haben, mit Freude wachsende Zinseinnahmen aus Krediten an die Stadt Stuttgart einstre-



Auf dem Bild ist einiges von dem zu sehen, was die Stadt Stuttgart aus ihrem Haushalt an Leistungen für den Neubau der Daimler-Benz-Konzernzentrale erbringen mußte. Für den im Sommer 1989 fertiggestellten Komplex waren fällig: Ausbau der Straßenkreuzung (im Vordergrund); verbilligte Abgabe des Grundstücks einschließlich Erschließungsleistungen (genaue Angaben fehlen, da die Entscheidung in nichtöffentlicher Sitzung fiel); Verbesserung der Straßenbahnlinie — jetzt senkt die Daimler-Benz AG ihre Gewerbesteuerzahlung um rund 180 Millionen Mark.

chen. Das Anspannen des Kreditrahmens bis zum äußersten hat weiter zur Folge, daß in den kommenden Jahren der Druck auf alle sozialen Ausgaben anhalten wird — und zwar dann, wenn die konjunkturellen Umstände für eine deutliche Erhöhung der Gewerbesteuer viel schwieriger sein könnten als derzeit.

Eine sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer auf die

Sätze, wie sie z.B. in München üblich sind, brächte etwa 100 Millionen DM mehr Steuereinnahmen — das wäre wenigstens rund die Hälfte dessen, was der Daimler-Konzern weniger zahlt, als noch vor zwei Jahren erwartet. Eine solche Forderung müßte auch bei der CDU-Fraktion nicht auf glatte Ablehnung stoßen — schließlich führt sich OB Rommel gern als Verteidiger der kommunalen Selbstverwaltung vor.

## Bürgerliche Fraktionen sprechen gegen Gewerbesteuererhöhung

Die CDU, mit 20 Sitzen größte Fraktion und in Gemeinschaft mit den drei Gemeinderäten der Freien Wähler, sprach sich zu Beginn der Haushaltsberatungen für den Vorschlag der Stadtverwaltung aus, die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen durch höhere Verschuldung zu decken. Der CDU-Sprecher Schell erklärte, daß es auf „die Wirtschaftskraft der Stadt ankomme“. Deshalb seien Ausgaben für zusätzliche Industrieansiedlungen nötig, aber auch der Ausbau des Neckarstadions, um mit großen Sportveranstaltungen die Bedeutung Stuttgarts hervorzuheben. Bei den „großen Sozialproblemen“, vor allem der Versorgung mit Wohnungen, setzt die CDU ebenfalls auf die Förderung des Privateigentums: Städtische Gelder im Umfang von einer Million Mark sollen in ein Prämiensystem für Hauseigentümer fließen, damit diese zusätzliche Wohnungen anbieten.

Während es die CDU immerhin für möglich hält, im kommenden Jahr die Gewerbesteuer zu erhöhen, lehnt das die FDP (sechs Sitze) strikt ab: „Wir müssen die Wirtschaft unterstützen.“ Die Stadt solle pauschal alle im Haus-

halt veranschlagten Ausgaben generell um zehn Prozent kürzen. Beim Wohnungsbau solle sich die Stadt zugunsten der Hauseigentümer zurückhalten.

Die Republikaner (sechs Sitze) versuchen, beim Handwerk und Mittelstand vorhandene Ablehnung von Konzernpolitik für reaktionäre Ziele zu mobilisieren: Der Rep-Gemeinderat verknüpfte die Ablehnung von Großprojekten wie der Gartenbauausstellung, Verzicht auf eine Olympia-Bewerbung, Einsparung bei den im Bau befindlichen Projekten mit der Forderung nach Abschiebung von Asylbewerbern. Zur Gewerbesteuer äußerte er sich nicht.

Die SPD (18 Gemeinderäte) forderte eine sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer- und Grundsteuerhebesätze, um den Sozialen Wohnungsbau zu fördern.

Für die Grünen sprach Stadträtin Shala Blum von der Gruppe „EinwanderInnen“. Sie forderte mehr Rechte für die ausländische Bevölkerung, weitere besondere Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und im Bereich Kultur. Auch die Grünen fordern eine sofortige Erhöhung der Gewerbesteuer.

## Lehrstück zur kommunalen Demokratie

Stadtverwaltung handelt schnell — wenn es um Konzerninteressen geht!

In Stuttgart-Feuerbach lief vor kurzem ein Lehrstück zur kommunalen Demokratie über die Bühne. Beteiligte dieses Stückes: Tagheimeltern, -kinder, -erzieherinnen, örtliche Vereine (vor allem auch ausländische), Bezirksbeirat und einige Gemeinderatsmitglieder einerseits, Stadtverwaltung und ein Konzern andererseits. Inhalt: die notwendige Sanierung von zwei Tagheimen, dringend benötigten Vereinsräumen und einem Bürgerhaus. Die wichtigste Nebenrolle: ein früheres Bahnhof direkt am Feuerbacher Bahnhof.

Die beiden Tagheime (St. Pöltener Str. 49 und Stuttgarter Str. 102) sind vor Jahrzehnten in Häusern untergebracht worden, die nie als Kinderbetreuungseinrichtungen gebaut wurden. Kosmetische Verbesserungen wurden oft vorgenommen, vor allem Entlastung der völlig überfüllten Häuser durch Herausnahme von Gruppen. Erst jahrelang andauernder Eltern- und Erzieherprotest hat erreicht, daß grundsätzliche Verbesserung zugesagt wurde. Das Gebäude der Wiener Straße 102 soll von Grund auf saniert und das der St. Pöltener Straße abgerissen und neu aufgebaut werden — solche Pläne wurden vom Bezirksbeirat unterstützt und vom Gemeinderat im Grundsatz beschlossen. Aber — die Bebauungspläne ließen auf sich warten, die drängenden Eltern wurden von Monat zu Monat vertröstet.

Ein Grund: Wegen der umfangreichen Sanierungsmaßnahmen brauchen beide Häuser Übergangsräumlichkeiten. Die hat das Jugendamt in dem ehemaligen Bahnhof, direkt am Feuerbacher Bahnhof gefunden, das durch den Auszug der Hauswirtschaftsschule seit 1986 leerstand. Schnell wurden einige Räume hergerichtet und zwei Gruppen der St. Pöltener Straße dorthin ausgelagert. Die Vereine machten sich — berechtigterweise — Hoffnungen auf Räume. Das war vor drei Jahren! Seitdem verfällt der restliche Teil des alten Bahnhofs zusehends. Die Sanierungsbedürftigen Tagheime auch. Die Verwaltung überraschte dann mit

dem Vorschlag, die Sanierung der alten Tagheime erst mal hintenanzustellen und zuerst das alte Bahnhof für 6 Mio. DM zu sanieren. Nachdem es als Übergangslösung für die Tagheime ausgedient habe, solle damit Feuerbach ein zusätzliches Tagheim zur Verfügung stehen. Dieser Plan hat die meisten Beteiligten verblüfft. Die Eltern lehnten an diesem Standort, dem am meisten luftverschmutzten und lärmgequälten Ort Feuerbachs, eine ständige Tagheimeinrichtung ab. Die Vereine, deren Raumbedarf so groß ist, daß leicht das ganze Haus belegt werden könnte, sollten sich mit einigen Räumen im Dachgeschoß zufrieden geben. Die geradezu ideale Nutzung des Hauses als Bürger- oder Vereinshaus war damit weg vom Tisch.

Während dieser Plan noch heftig diskutiert und mehr oder weniger zähneknirschend — damit überhaupt etwas vorangeht — akzeptiert wurde, fanden hinter verschlossenen Türen Verhandlungen statt, in denen die Karten neu gemischt wurden, ohne daß Bezirksbeirat und Gemeinderäte (zumindest nicht alle) darüber informiert wurden. Im Zusammenhang mit der Suche nach Gewerbeflächen war man im Stadtplanungsamt auf das zwei Hektar große, verkehrsgünstig gelegene Gelände am Feuerbacher Bahnhof gestoßen, auf dem sich neben dem alten Bahnhof noch ein Wohnhaus befindet. Als sich dann auch noch der Bosch-Konzern dafür interessierte bzw. mit Interesse ein solches Angebot wahrnahm, war der Verkauf dieses städtischen Geländes beschlossene Sache, damit auch der Abriß von Bahnhof und Wohnhaus. Es wurde nur noch ausgehandelt, daß das Gebäude fünf Jahre lang als Unterbringungsmöglichkeit für die Tagheime während der Sanierungen stehen bleiben soll.

Für die Eltern der sanierungsbedürftigen Tagheime hat dieser Coup (jetzt noch) die positive Auswirkung, daß die Vorbereitungen für die kurzfristige Unterbringung der Kinder durch eine schnelle provisorische Sanierung des

alten Bahnhofs rasch über die Bühne gehen kann. Die Konzerninteressen für eine eigene Nutzung beschleunigen die Aktivitäten der Stadtverwaltung ungewöhnlich. Ungewöhnlich für alle die, die sonst ganz andere Erfahrung in der Umsetzung sozialer Belange haben.

So bleiben jetzt die Vereinsräume und ein Bürgerhaus auf der Strecke. Für die Forderung der Vereine, die auch vom Bezirksbeirat unterstützt wird, den Verkaufserlös von 30 Mio. DM für neue Räumlichkeiten anderswo in Feuerbach zu nutzen, will die Verwaltung keine Zusage geben. Da stehen ganz andere Bauprojekte zur Debatte, wie IGA, Erweiterung des Messegeländes und der Liederhalle, Ausbau der Kulturmeile, Großsportstätten etc. — solches ist ja schließlich auch im Interesse der Konzerne für ein Stuttgart, das sich am Weltmaßstab messen soll. Und nachdem der städtische Haushalt wegen der Gewerbesteuerausfälle von über 100 Mio. DM durch Daimler-Benz in Schwierigkeiten mit diesem Programm kommt, sind diese 30 Mio. DM willkommen.

Augenfällig für alle, die diesen Prozeß miterlebt haben, war die Behandlung von Bezirksbeirat und Gemeinderat bei der Entscheidung von Beschlüssen. Die Vorlagen waren jeweils so weit von der Verwaltung vorgezeichnet und von deren Sachverständigen begründet, daß letztendlich die Zustimmung vor allem des Bezirksbeirats wirkungs- und bedeutungslos war. Paradox aber wurde es, als die Verwaltung vom Bezirksbeirat die Zustimmung zu genau dem Vorschlag wollte, den sie selbst zuvor vehement verworfen hatte (kurzfristige Sanierung des alten Bahnhofs).

Eine wichtige Erfahrung war aber auch, daß der Zusammenschluß der Betroffenen und ihr ständiges Bohren es überhaupt möglich gemacht haben, daß ihre Interessen zur Kenntnis genommen und Verbesserungen eingeleitet wurden. — (Kommunale Berichte Stuttgart 25/89)

DKP fordert 400 neue Wohnungen in Hallschlag:

## Wohnen ist ein Menschenrecht

Am 10. Mai gab Oberbürgermeister Rommel bekannt, daß in der städtischen Notfallkartei inzwischen bereits 4250 Menschen erfaßt sind, die dringend eine Wohnung suchen. Weil Bundes- als auch Landesregierung aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbau ausgetiegen sind, könne die Stadt aber 1989 nur noch 170 Wohnungen bauen.

Die DKP-Hallschlag, die aktiv in der Bürgerinitiative mitarbeitet, hat in einem offenen Brief an OB Rommel und den Vorstandsvorsitzenden von Daimler-

Die Alternative Linke Liste Stuttgart forderte in ihrem Programm zu den Kommunalwahlen im Oktober den Bau von städtischen Sozialwohnungen und Zahlungen der Konzerne, weil sie durch ihre Arbeitsmarktpolitik zur Wohnungsnot beitragen. Bild: Aktion der DKP für öffentlichem Mietwohnungsbau im Jahr 1988.

## Professoren herrschaft ausgebaut

Entwurf eines Landeshochschulgesetzes Hamburg vorgelegt

**Hamburg.** Die Behörde für Wissenschaft und Forschung in Hamburg hat den Referentenentwurf für die Novellierung des Landeshochschulgesetzes (LHG) vorgelegt. Das neue LHG soll im ersten Halbjahr 1990 in der Hamburg-Bürgerschaft verabschiedet werden.

Das „Hamburg-Tor-zur-Welt“-Programm des Hamburger SPD/FDP-Senats beinhaltet die bedingungslose Verfügbarmachung sämtlicher Ressourcen für die Interessen der Kapitalisten. Dabei sollen die Hochschulen als Forschungseinrichtungen den Kapitalisten fürs Geschäft nützliche Ergebnisse liefern. Als öffentliche Ausbildungsanstalten mit über 60.000 Studenten liefern die Hochschulen Personal für die Kapitalisten.

Rund 15% aller Erwerbstätigen in Hamburg haben eine Hochschulausbildung. Dieser große Bedarf an wissenschaftlichen, leitenden und planerischen Erwerbstätigen für die Expansion der „Hamburger Wirtschaft“ macht deutlich, daß es sich der Senat nicht erlauben kann, an den Hochschulen Zustände zu dulden, die es ermöglichen, das Programm in Zweifel zu ziehen. Dabei hat der Senat sich nicht nur mit Widerstand der Studenten herumzuschlagen, sondern muß vor allem auf die Klagen und Bedürfnisse der Kapitalisten reagieren; diese monieren z.B. beständig, daß die Hochschulabsolventen nicht reibungslos in den Produktionsablauf eingebettet werden können, sondern noch eine Zusatzausbildung brauchen, die dann von den Kapitalisten bezahlt werden muß und nicht aus dem Hamburger Haushalt.

Kernpunkte des Referentenentwurfes sind denn auch die Schaffung von Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Hochschulen zu Selbstbedienstetenen für die Kapitalisten und ein stärkerer Zuschnitt der Ausbildung auf das Anforderungsprofil der Wirtschaft. Dies soll über die „Kooperation“ von Hochschulen und privaten Unternehmen gewährleistet werden. Dabei reißt die Behörde für Wissenschaft und Forschung mit dem neuen LHG die Möglichkeit an sich, neue Studiengänge einzurichten bzw. aufzulösen je nach Nachfrage der Kapitalisten. Der direkte Einfluß von Kapitalisten wird über befristete Stiftungslehrstühle ermöglicht. Private Unternehmen sollen in Zukunft zusammen mit einer Hochschule gemeinsame Forschungen betreiben können. Eine Voraussetzung für dieses Programm ist: Keine Rechte für Studenten und Assistenten. Es stellt sich nämlich die Frage, auf welche Kräfte stützt sich der Senat an den Hochschulen, wer bietet sich als Sachwalter der Interessen der Kapitalisten an den Hochschulen an? Es sind — wen wundert's — die Professoren. So werden die Hochschulassistenten jetzt wieder direkt einem

Professor unterstellt. Der entscheidet, was gearbeitet und unterrichtet wird. Die Laufbahnaussichten von Hochschulassistenten hängen damit im entscheidenden Maße vom Gustus des Professors und der Aufopferungsbereitschaft des Assistenten ab. Bisher hatten die Assistenten die Möglichkeit, die Hälfte der Arbeitszeit für die eigene Qualifikation zu verwenden, jetzt müssen sie zwei Drittel der Arbeitszeit ihrem Professor zu Diensten stehen. Zwecks Verlängerung dieses Abhängigkeitsverhältnisses wird in der Hochschulhierarchie die zusätzliche Stellenkategorie des Oberassistenten geschaffen. Solch ein Oberassistent hätte zwar an den heutigen Maßstäben gemessen die Einstellungs Voraussetzung für eine Professorenstelle erfüllt, wäre aber nach dem Referentenentwurf nichts anderes als ein seinem Professor ausgelieferter Hilfslehrer.

„An der Entscheidung über Vorschläge für die Berufung von Professoren“ sollen in Zukunft alle Professoren eines Fachbereiches stimmberechtigt mitwirken können. Bisher war es so, daß die Professoren an einem Fachbereich mit mehr als 16 Professoren mit acht Professoren in dem Gremium vertreten waren und damit sowieso schon die absolute Mehrheit innehatten. (Die Studenten können zum Vergleich maximal drei Vertreter in das Gremium wählen.) Mit der neuen Regelung wird die Festigung einer konservativ-reaktionären Professorenenschaft weiter erleichtert. Nicht stimmberechtigt sind bei Personalentscheidungen Hochschulangehörige, die der Personalvertretung angehören, was ein weiterer Angriff auf gewerkschaftliche Einflußnahme an den Hochschulen ist. Hingegen wird die öffentliche Kontrolle stark eingeschränkt. Forschungsergebnisse sollen „in der Regel in absehbarer Zeit veröffentlicht werden“. Eine Veröffentlichungspflicht besteht aber nicht! ... Die Professoren können darüber hinaus die Drittmittelgelder selbst verwalten und können an der Hochschule vorbei Arbeitsverträge mit aus den Drittmitteln bezahlten Leuten abschließen. Wenigstens sollen sich die Arbeitsverträge „mindestens (an) die im öffentlichen Dienst für vergleichbare Tätigkeiten üblichen Vergütungs- und Urlaubsregelungen“ orientieren.

Gegen den Referentenentwurf führt das Studentenparlament eine Unterschriftensammlung durch, in der u.a. gefordert wird: „Keine Verschärfung der Selektion an den Hochschulen. Das Landeshochschulgesetz muß umfassende Kontrollmöglichkeiten und Genehmigungspflicht für Drittmittelprojekte sicherstellen, die Forschungsergebnisse müssen in jedem Fall veröffentlicht werden.“ — (gekürzt aus „Lokalberichte Hamburg“/stg)

## Berufsverbotekomitees bitten um Spenden

**Stuttgart.** Der bundesweite Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ hat sich im Dezember an die antifaschistische Opposition gewandt und sie gebeten, die Arbeit der Berufsverbotekomitees durch Spenden und Beiträge zu unterstützen. Anlaß des Aufrufs ist, daß „die Deutsche Friedensunion nicht mehr in der Lage (ist), wie in den vergangenen 18 Jahren der Berufsverbotebewegung personelle, bürotechnische und organisatorische Unterstützung ... zur Verfügung zu stellen.“ Zur Zeit beliefert der Arbeitsausschuß 1.500 Rundbriefadressen, 700 fürs Ausland, dazu Presse, Abgeordnete, Organisationen und trägt damit maßgeblich dazu bei, den Widerstand gegen die Berufsverbotspraxis der BRD zu organisieren. *Spendenkonto:* BfG Hamburg, BLZ 200 101 11, Kontonr.: 1499 5577 00 (Ingrid Kurz). — (zem)

## Demonstration gegen „CSU-Klausur“ in der DDR

**Nürnberg.** Aus Anlaß der Verlegung der CSU-Klausurtagung nach Leipzig in die DDR demonstrierten am 12.1. ca. 500 Menschen auf Initiative des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD unter den Losungen: Nie wieder Deutsches Reich! Kein Viertes Reich — Stoppt seine Geburt und seine Geburtshelfer! Für die Souveränität der DDR! Im Demonstrationaufruf hieß es u.a.: „... Natürlich weiß die CSU, was sie tut, wenn sie in dieser Situation in Leipzig aufkreuzt und dort berät, wie man am schnellsten zur Wiedervereinigung kommt ... Man tut alles, damit der Ruf nach Wiedervereinigung in der DDR so laut wird, daß man ihm folgen muß! Und vielleicht schon deshalb folgen „muß“, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen! ...“ Auf der Abschlussskundgebung sprachen u.a. der Landesvorsitzende der SDAJ sowie ein Vertreter der Grünen und der MLPD. Ähnliche Aktionen fanden u.a. in Augsburg und Regensburg statt. — (ola)

## DGB-Vorsitzender Westberlins politisch unter Beschuß

**Westberlin.** Aufgrund der Unterstützung der Demonstration gegen die Wiedervereinigung am 9.12.1989 gerät der DGB-Vorsitzende Pagels unter Beschuß. Besonders die GdP hat wütend reagiert. Der Bezirksvorstand der ÖTV faßte zu diesem Thema nach hitziger Diskussion einen sehr widersprüchlichen Beschluß: „Der Bezirksvorstand tritt für das Recht der BürgerInnen in der DDR und in der Bundesrepublik ein, in freier Selbstbestimmung über ihre eigene staatliche und nationale Zukunft selbst zu entscheiden ... Deshalb steht eine sogenannte ‚Wiedervereinigung‘, ... nicht zur Debatte ... der DGB Berlin hat nicht ... (zur) Demonstration aufgerufen.“ — (har)

## Italianische Gefangene gegen Haftbedingungen

**Bochum.** Am 11.12.1989 sind fünf italienische Gefangene in der JVA Krümmen in Bochum in den Hungerstreik getreten. Vorausgegangen war ein Brief an den Justizminister in NRW und verschiedene Organisationen:

„Nachfolgend führen wir einige markante Mißstände auf:

1. Keinerlei Vollzugslockerungen, zum Beispiel Ausgang, Urlaub usw. bis zum Zeitpunkt der Abschiebung ...
2. Isolationshaft ...
3. Einbehaltung der Arbeitslosenversicherung vom Gefangenenlohn, aber keine Möglichkeit, Arbeitslosenhilfe nach Entlassung zu bekommen, da Abschiebung.
4. Keinerlei Vollzugsplanungen — reinen Verwahrvollzug ...
5. Repressalien seitens einiger JVA-Bediensteter (Ausländerhaß).
6. Telefonate nur mit Dolmetscher ...
7. Keinerlei Betreuung ...

All diese Punkte zusammengefaßt wirken auf uns als eine neue Art psychischer Folter, die sich natürlich auch im physischen Gesundheitsbild auswirkt.

Wir bitten Sie daher, eine Verlegung in eine italienische Haftanstalt zu unterstützen, da uns dann auch, aufgrund unserer bisherigen — mehrjährigen — Strafverbüßung, Vollzugslockerungen gewährt werden können, die uns hier in Bochum vorenthalten werden ... Elf italienische Gefangene.“

Die fünf Gefangenen setzten den Hungerstreik mittlerweile für einen Monat aus, da ein Vertreter des Vollzugsamtes Hamm eine mögliche Überführung in italienische Gefängnisse prüft. Sollte die Forderung der Gefangenen abgelehnt werden, wollen diese weiter streiken. — (tja)



**Rosenheim.** Am 13./14.1. fand der Bundesparteitag der Republikaner statt. Die Delegierten haben das neu bearbeitete Programm abgestimmt. Die Positionen des alten Programms wurden nicht geändert, sondern intellektualisiert und kosmetisch abgerundet. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einem „Deutschland der Deutschen“. 3.000 Antifaschisten demonstrierten. — (ecg)

## 600 Antifaschisten gegen Rep-Landesparteitag

Schönhuber gelingt Befriedung des Landesverbandes NRW/Wahlbeteiligung beschlossen

**Essen.** Am 6.1. haben die Rep in Hamm ihren Landesparteitag NRW abhalten können. Der Zweck: Befriedung des zerstrittenen Landesverbandes. Obwohl der Termin erst

wenige Tage vorher bekannt wurde, gab es Gegenaktionen. Rund 600 Antifaschisten — überwiegend aus Hamm und nächster Umgebung — beteiligten sich.

DKP, SOAG, Grüne, Jusos, DGB u.a. beteiligten sich am 2.1. an örtlichen Aktionseinheitsveranstaltungen. Eine Einigung auf eine gemeinsame Aktion kam zwar nicht zustande, immerhin meldete der DGB jedoch gemeinsam mit den Jusos eine Kundgebung mit anschließender Demonstration an, die zum Ausgangspunkt des Protestes aller Antifaschisten wurden. Bei der Kundgebung sprach neben dem stellv. Landesvorsitzenden des DGB, Haas, u.a. Bürgermeister Heinlein als Vertreter der Stadt. Nach Abschluß der Demonstration — zum Ärger vieler Teilnehmer in einem menschenleeren Industriegebiet — gingen die meisten geschlossen zu dem von der Polizei abgeriegelten Versammlungslokal der Rep zurück, wo viele mehrere Stunden blieben.

Die meisten Delegierten der Rep waren zu diesem Zeitpunkt längst in der Gaststätte. Die „sofortige Verwirklichung“ der Wiedervereinigung war der Schwerpunkt der Rede des anwesenden Parteivorsitzenden Schönhuber. Landesinnenminister Schnoor griff er an, weil er die Rep in den Verfassungs-

schutzbericht aufnehmen ließ. Stattdessen forderte Schönhuber die Überwachung von Jusos und Grünen.

Der Streit im Landesverband der Rep konnte offensichtlich tatsächlich geschlichtet werden. Schönhubers Wunschkandidat, der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Voigt, wurde mit 227 von 335 Stimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Voigt war Gründungsmitglied der Rep, trat jedoch nach Querelen wieder aus und erst Ende 1989 wieder ein. Er hat zunächst die Aufgabe, mit dem organisatorisch schwachen Landesverband an den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 1990 teilzunehmen.

An der Berichterstattung der bürgerlichen Presse über den Parteitag fällt auf, daß die antifaschistischen Aktionen im Gegensatz zu früher nur eine Nebenrolle spielten. Neben dem Parteitag selbst waren der bürgerlichen Presse vor allem einige Eier auf Schönhuber und die Festnahme von drei Antifaschisten, die in eine Schlägerei mit Rep-Delegierten verwickelt wurden, wichtig. Zwar waren bei der Gegenaktion die Widersprü-

che unter den Beteiligten spürbar — der DGB wollte noch nicht einmal einen Redner der VVN/BdA sprechen lassen, was die nötige Kritik an Ideologie und Politik der Rep schwächt. Dennoch haben sich viele unterschiedliche politische Kräfte beteiligt, 600 Teilnehmer sind nicht wenig. Volksfront-Mitglieder verteilten ein eilig erstelltes Flugblatt „Nie wieder Großdeutschland! Für Ausländerrechte!“

Unseres Wissens erstmals ließen die Rep eine Ordnertruppe in ockergelben Fliegerjacken mit einheitlichen Abzeichen aufmarschieren. Sie konnte sich trotz zahlreicher Beschwerden von Demonstrationsteilnehmern lange provozierend vor dem Versammlungslokal aufbauen — von Polizeiabsperrungen geschützt. Nach einer Meldung der „Westfälischen Rundschau“ bestand diese Truppe aus DVU-Mitgliedern. Gegen die Truppe wurde Strafanzeige wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gestellt, nach dem uniformähnliche Kleidung bei Versammlungen untersagt ist. Nach Rundfunkmeldungen wird auch wegen Waffenbesitzes ermittelt. — (wof)

## Totalverweigerer soll ausgeliefert werden

**Westberlin.** Der Senat will Gerhard Scherer an westdeutsche Stellen ausliefern. Gerhard Scherer ist zu einer fünfmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil er seinen Wehrersatzdienst abgebrochen hat. Da er im Anschluß an die Verbüßung einer Haftstrafe in der BRD erneut dem Kriegs- oder Kriegersatzdienst zugeführt würde, läuft das auf einen Verstoß gegen den entmilitarisierten Status der Stadt heraus. Deshalb hat der Senat die Stellungnahme der Alliierten erbeten, die darauf der Auslieferung zugestimmt haben. G. Scherer hat sich inzwischen unauffindbar gemacht. Die Koordinationsstelle für Totalverweigerer hat mitgeteilt, daß der SPD/AL-Senat bereits eine Auslieferung eines Totalverweigerers im April 1989 durchgeführt und eine weitere versucht hat. — (chk)

## Die Polizei „besteht aus ganz verschiedenen Organisationen“

**Augsburg.** So urteilte der 1. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichtes in Kempten und sprach einen 27-jährigen Füssener frei. Das Füssener Amtsgericht hatte in dem Autoaufkleber „Wenn Schweine fliegen könnten, brauchten Bullen keine Hubschrauber“ eine kollektive Beleidigung der Polizei gesehen. Das Landgericht sagte dagegen: Der Vergleich von Polizisten mit Schweinen sei im Einzelfall eine schlimme Beleidigung, eine Beleidigung der Polizei als Gesamtheit sei dies im rechtlichen Sinne aber nicht. „Die Polizei ... besteht aus ganz verschiedenen Organisationen mit völlig unterschiedlichen Einrichtungen und Aufgabenstellungen.“ — (ba)

## Antifaschistischer Ratschlag

Zusammenarbeit der Antifaschisten in München verbessert

**München.** Am 13./14. Januar fand in München im Gewerkschaftshaus ein „Antifaschistischer Ratschlag“ statt, der von über 40 Gruppen und Organisationen unterstützt wurde: Einzelgewerkschaften, SPD, Grüne, DKP, Friedensinitiativen, VVN-BdA, verschiedene Gruppen aus dem Spektrum der revolutionären Linken. Das war für die Münchner CSU Anlaß genug, von einem „absurden Spektakel“ zu reden. Laut dem Vorsitzenden der Münchner CSU, Erich Kiesel, würden mit diesem „Volksfrontbündnis“ SPD und Gewerkschaften die DKP, den „westdeutschen Ableger der skrupellosen SED-Herrschaft in der DDR“, aufwerten und dem Rechtsradikalismus eine „fandenscheinige Rechtfertigung“ liefern. Doch dem nicht genug. Der Leiter des Fachausschusses Sozialpolitik der CSU München forderte in einem Brief an den Münchner DGB-Vorsitzenden Klaus Dittrich sogar einen „Unvereinbarkeitsbeschluß von DGB- und DKP-Mitgliedschaft“.

Fast 200 Menschen kamen jedenfalls zu dem zweitägigen Ratschlag, der Schwerpunkt der Konferenz lag dabei in Arbeitsgruppen: Programm und Praxis der Republikaner, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Faschismus und Kapitalismus, Nationalismus und deutsche Frage, Jugend und Neofaschis-

mus, Frauen und Neofaschismus, Anforderungen an eine antifaschistische Kommunalpolitik, antifaschistische Widerstands- und Bündnisarbeit in München, antifaschistische Gewerkschaftspolitik und Betriebsarbeit. Die Arbeitsgruppen stellten dem Abschlußplenum ihre Diskussionsergebnisse dann kurz vor. Mehrere Arbeitsgruppen haben sich fest konstituiert und wollen weiterarbeiten, so z.B. die Arbeitsgruppe antifaschistische Kommunalpolitik und die Arbeitsgruppe zur Betriebsarbeit. Es gab auch konkrete praktische Ergebnisse, so soll z.B. an über 50 Münchner Schulen eine Flugblattaktion gestartet werden. Die AG antifaschistische Kommunalpolitik will bis zur Kommunalwahl im März einen Forderungskatalog erstellen.

An das Schlußplenum wurden nur wenige Beschlüsse gestellt. Bei drei Gegenstimmen unter fast 150 Anwesenden wurde eine Resolution gegen eine „Neuvereinigung Deutschlands“ verabschiedet. Einen entscheidenden Schritt für ein stabiles antifaschistisches Bündnis in München wurde durch den Mehrheitsbeschluß für einen neuen, neutralen Namen des „Aktionsbündnisses für Offenheit und kulturelle Vielfalt in München — gegen Rassismus und Neofaschismus“ gefaßt. Dieses Bündnis war offiziell Veranstalter. — (chl)

## Frauenlöhne bei C. Freudenberg

Niedrigsteinkommen — jetzt auf einmal wieder gerechter?

Weinheim. Insgesamt sind bei C. Freudenberg Weinheim, dem Hauptwerk des Freudenberg-Konzerns, ca. 8000 beschäftigt, davon ca. 4700 im gewerblichen Bereich, 3500 als Angestellte. Für Angestellte gibt es je fünf Gehaltsstufen für kaufmännische, technische (noch mit vier Jahresstufen versehen) und M-Angestellte. Im gewerblichen Bereich gibt es 13 Lohngruppen, dazu noch vier „Zwischenlohngruppen“. Bei jeder dieser Lohnstufen gilt: Vereinbarung ist der „Tarif“ mit 60 Arbeitsminuten (zwischen 11,74 DM und 17,51 DM pro Stunde); üblich im Zeitlohn sind 72 Arbeitsminuten (14,09—21,01 DM), im Akkord ca. 75 Arbeitsminuten (14,68—21,89 DM). Eine jetzt endlich von Betriebsratsmitgliedern erstellte Lohngruppenübersicht zeigt: Die Hälfte aller Frauen im gewerblichen Bereich sind in der Lohngruppe 3 eingestuft, fast drei Viertel in den Lohngruppen 1—4 und sogar 90 % in 1—6! 60 % der Frauen sind im Simrit-Bereich mit brutalen Bedingungen: Viele tausend Stück Simmeringe am Tag müssen oft in unglaublicher Geschwindigkeit bearbeitet und kontrolliert werden. Lärm; krebserzeugende Nitrosamine und andere gesundheitszerstörende Stoffe; zigtausendmal am Tag monoton wiederkehrende Bewegungen in Akkord und Schichtarbeit; alles in allem

viele tausend Kilogramm am Tag zu heben. Das geht auf die Gesundheit: Die meisten Frauen haben ein kaputtes Kreuz, lädierte Arme, Muskeln, Kreislaufprobleme, Schlafstörungen usw. Viele der Frauen dort sind jung, viel zu schnell werden sie verschlissen, viel zu viele sind „fertig“ oft lange vor dem Rentenalter, halten das Ganze nicht lange durch! 14,49 DM sind in Lohngruppe 3 die „normalen“ 72 Arbeitsminuten. Das sind 1989 weniger als 1350 DM netto (in Steuerklasse V). Selbst mit 75 Arbeitsminuten Akkord werden das nur rund 100 DM netto mehr. Und obwohl in den entsprechenden Bereichen mit die höchsten Akkordminuten geklebt werden (bis zu 80 AM in Einzelfällen), kommt kaum eine Frau auf über 1500 DM netto in Steuerklasse V bzw. 1800 DM in Steuerklasse I. 97 % in den Lohngruppen 1—3 sind Frauen. Die werden herabgewürdigt zum „Zuverdienenden“. Das Gros der Männer in der Produktion ist in den Lohngruppen 7—9 eingestuft (48 %), Handwerker liegen bei 10—13 (40 %).

Die Personalleitung hat „mehr Gerechtigkeit“ versprochen: Sie hat jetzt auch Männer in die Lohngruppen 1—4 eingestuft! Die uralte Forderung nach Streichung der Lohngruppen 1—4 hat dadurch in breiteren Kreisen Zustimmung gefunden. — (bef/BWK, hs/VSP)

### Warnstreik der Techniker beim NDR-Hörfunk

Hamburg. Am 4. Januar unterbrachen Techniker für drei Minuten das Programm von NDR 2 und verlasen eine Erklärung. Die Aktion zielte auf Verhandlungen über den NDR-Tarifvertrag, der seit 1974 gilt und für Techniker im Vergleich zu anderen Sendern niedrigere Gehälter vorsieht.

Der Intendant lehnt eine Höhergruppierung wegen der schlechten Finanzlage infolge des „Verdrängungswettbewerbs der Privaten“ ab. Betroffen sind etwa zehn Prozent der 3200 Beschäftigten. Wie Volker Bräutigam, Ortsvereinsvorsitzender der IG Medien, erklärte, habe ein wochenlanger „Dienst nach Vorschrift“ keine Wirkung auf die Leitung des Senders gehabt. Daher müsse man jetzt demonstrieren, „daß wir kein Harmoniegesangsverein sind“. — (ulj)

### Bosch GmbH erhöht Renten statt Sonderzahlung

Stuttgart. Auf der letzten Sitzung mit der Geschäftsführung hat der Gesamtbetriebsrat der Robert Bosch GmbH nochmals eine weitere Erhöhung der Arbeits- und Erfolgsprämie gefordert wegen der erhöhten Anforderungen an die Beschäftigten und wegen des guten Geschäftsergebnisses im Jahr 1989. Der Bosch-Konzern hat 1989 seinen Umsatz real um knapp 8 % gesteigert, wobei das Feuerbacher Werk allein eine Produktionssteigerung von 14 % erbrachte. Die Geschäftsführung lehnte ab, kündigte aber gleichzeitig an, die Betriebsrenten und die Anwartschaften gering zu erhöhen. Mit diesen Rückstellungen werden die Gewinnsteuern stark verringert. — (ros)



Stuttgart. Im Rahmen einer bundesweiten Aktion der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamter, Arbeiter und Angestellten protestierten die Busfahrer der Regionalbus-Stuttgart-Gesellschaft am 8.1. mit Flugblättern und Unterschriftensammlung gegen Einkommenskürzungen bis 10 %. Ab Oktober 1989 wurde eine seit 25 Jahren gezahlte Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten von 300 DM halbiert. — (evc)

### Umfrage zur Lohnforderung Druck in Baden-Württemberg

Stuttgart. Auf den Bezirkstagen und dem Landesbezirkstag der IG Medien Baden-Württemberg Ende letzten Jahres wurden mehrheitlich kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen für die kommende Tarifrunde gefordert. Nun führt gegenwärtig der Landesbezirksvorstand der IG Medien eine Umfrage in den Ortsvereinen und Betrieben der Druckindustrie zur Lohn- und Gehaltsforderung durch. Das Umfrageergebnis soll auf den Sitzungen der Tarifkommissionen Ende Januar vorliegen. Dem Schreiben lag Material zur Konjunktur, Produktivität, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung bei. Aus dem Begleitschreiben: „Unsere Lohnforderung wird sich aus den Faktoren Preissteigerungsrate, Produktivitätsfortschritt und dem Faktor Umverteilung zusammensetzen. Die Erhöhung der realen Löhne und Gehälter ist für uns kein Nebenschauplatz, die Gesamtlage der Unternehmen, die hohen Gewinne und die gute Konjunktur machen beides möglich — die 35-Stunden-Woche und deutlich höhere Löhne und Gehälter. Der geschäftsführende Landesbezirk kann sich eine Lohn- und Gehaltsforderung zwischen 9 und 10 % vorstellen. Der IG Metall-Bezirk Stuttgart hat für Baden-Württemberg eine Forderung von 8,5 %, mindestens aber 200 DM aufgestellt. Im Volumen liegt diese Forderung dann auch bei 9,5 %. Für den Bereich der Druckindustrie können in dieser Runde Sockel- bzw. Festgeldforderungen juristisch nicht gestellt werden, da die Prozentrelationen zwischen den Lohngruppen im Lohnrahmentarifvertrag festgelegt sind und dieser erstmals zum 30. Juni 1992 gekündigt werden kann.“ — (uba)

### Berufsverbot für die Lehrerin Gabi Sonntag?

Heilbronn. Die Sonderschullehrerin Gabi Sonntag war zum 31.12.1987 aus dem Schuldienst entlassen worden, weil sie als Kontaktadresse der MLPD in der „Roten Fahne“ stand. Die Entlassung wurde bisher nicht durchgesetzt. Gabi Sonntag hatte dagegen Klage erhoben und unterrichtete weiter bis zum Sommer 1988, bis sie sich auf eigenen Wunsch, bedingt durch einen Unglücksfall in der Familie, beurlauben lassen mußte. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden vom Heilbronner Solidaritätskreis gegen Berufsverbote über 1000 Protestunterschriften gesammelt. Jetzt wurde ihr kurzfristig, bevor die Beurlaubung abgelaufen ist, der Prozeß gemacht. Am 10.1.1990 fand vor knapp 100 Zuhörern der Termin vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart statt. Das Urteil lag bis zum Redaktionsschluß noch nicht vor. — (jom)

### Zweite Woche Kita-Streik Keine Notdienstvereinbarung

Westberlin. Der SPD/AL-Senat ist weiterhin nicht zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen Kita-Tarifvertrag bereit. Dies ist das Ergebnis der Senatssitzung vom 9.1. Ein „ausführliches Gespräch“ zwischen Familiense-natorin Klein (AL), Innensenator Pätzold und Finanzsenator Meisner (SPD) soll Unstimmigkeiten in der Koalition beseitigen und einen „finanzierbaren Vorschlag zur Verbesserung der Situation in den Kindertagesstätten“ erarbeiten. Statt Tarifvertrag will der Senat die Gewerkschaften mit einer „Absichtserklärung“ über „qualitative Verbesserungen im Landeshaushalt '91“ abspeisen. Auch eine Notdienstvereinbarung kam nicht zustande, weil der Innensenator darin die Rechtmäßigkeit des Streiks infrage stellte und die Gewerkschaften nicht akzeptieren konnten, daß die Notdienste in den Räumen der städt. Kitas organisiert werden sollten. Inzwischen fordern auch die Beschäftigten der evang. Kitas Verbesserungen. — (har)

### Siemens schluckt jetzt auch Nixdorf

Paderborn. Der Siemens-Konzern will zunächst 51 % der Nixdorf Computer AG übernehmen und diesen Anteil später durch Einbringung der Siemens-Bereiche Daten- und Informationssysteme auf mehr als 70 % erhöhen. Das neue Unternehmen namens Siemens-Nixdorf Informationssysteme wird mit etwa 12 Milliarden DM Umsatz und noch knapp 50000 Beschäftigten Europas größter Datenverarbeitungskonzern. Das Bundeskartellamt muß noch zustimmen. Die Auswirkungen für die Beschäftigten sind noch nicht konkret bekannt. Personalabbau und Rationalisierung wird die Devise heißen. Am 22.1. will der Nixdorf-Vorstand die neuen Plannungen vorstellen. — (luf)

## Kündigung und Hausverbot vom Tisch!

Kollegen der Fa. Wamsler machen Front gegen politische Entlassung

München. Bei der Wamsler Herd- und Ofen-GmbH wurde wegen angeblich ehrverletzender Äußerungen gegen die Geschäftsleitung und Störung des Betriebsfriedens eine politische Kündigung ausgesprochen; aus dem hier doku-

mentierten Flugblatt, das mit „Kollegen der Fa. Wamsler“ unterzeichnet ist, geht der Hintergrund hervor. Mit einer Klage beim Arbeitsgericht soll gegen die am 22.1. ausgesprochene Kündigung vorgegangen werden. — (ch)

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

genau 19 Stunden nach seinem Redebeitrag auf der Betriebsversammlung am vergangenen Donnerstag (14.12.1989) wurde Lothar Steinert am Freitag mit sofortigem Hausverbot belegt. Die Kündigung soll nach Anhörung des Betriebsrates erfolgen.

Was war passiert?

Auf der Betriebsversammlung kritisierte Lothar, daß nach der eingegangenen Bombendrohung für Stanzei und Email-Werk (Ende August) die Gebäude nicht geräumt und durchsucht wurden, sondern daß weitergearbeitet wurde, ohne daß wir darüber informiert wurden. Dieses Verhalten der Verantwortlichen bezeichnete Lothar wörtlich als *fast menschenverachtende Haltung*. Weiter kritisierte er auch, daß angesichts ständiger Steuererhöhungen der Lohn einfach zuwenig ist und deshalb eine Lohnerhöhung dringend nötig ist. Die Zustimmung der Teilnehmer der Betriebsversammlung für diese Forderung war nicht zu überhören.

Wie steht's mit der Meinungsfreiheit?

Während die Presse und ihre Hintermänner bei uns ganz scheinheilig die korrupten und menschenverachtenden Methoden der SED-Bonzen anprangern und bis zum Erbrechen nach Freiheit und freier Meinungsäußerung schreien, wird in *„unserer Freiheit“* die Meinungsäußerung mit Hausverbot und Kündigungsandrohung belegt. Die Geschäftsleitung bezeichnet die Meinung von Lothar als Störung des Betriebsfriedens und schon hat man einen Kündigungsgrund. Eine wirkliche Störung des Betriebsfriedens aber ist, a) daß nicht evakuiert wurde, b) daß der Lohn einfach zuwenig ist.

Nicht der, der die Störung verursacht, sondern der, der sie beim Namen nennt, der ist schuld! Das ist die Logik der Geschäftsleitung! Ihre panikartige Reaktion beweist aber auch, wie groß ihre Angst vor der Meinungsäußerung der Kollegen ist. Unter Androhung von Polizeieinsatz mußte Lothar, wie er uns später berichtete, unverzüglich die Firma verlassen. Doch auch die Polizei wird die berechtigten Meinungen und

Forderungen der Kollegen nicht akzeptieren.

Wir von Wamsler fordern von der Geschäftsleitung die sofortige Rücknahme von Hausverbot und Kündigungsandrohung. Vom Betriebsrat erwarten wir, daß er sich für die Weiterbeschäftigung von Lothar einsetzt und sich selbstverständlich gegen die Kündigung ausspricht. Denn das ist nicht ein Angriff auf eine Person, sondern ein Angriff auf uns alle und auf unsere berechtigten Forderungen.“

Aus der Erklärung von Lothar Steinert „Denn diese Kündigung ist weniger ein Angriff auf meine Person als vielmehr ein Angriff auf Wamsler-Kollegen und überhaupt auf die Leute, die sich für ihre Rechte und Freiheiten einsetzen oder z.B. bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern. „Unsere Herren“ hier schreien heuchlerisch nach Meinungsfreiheit für die DDR und verurteilen scheinheilig die menschenverachtenden Methoden im Ostblock. Uns hier aber wollen sie mit Polizei und Kündigung mundtot machen und niederhalten.“

## Neue Malerei bleibt ungesund

Gesundheits- und Umweltbelastung bei Gildemeister GmbH

Hannover. Die Gildemeister Max-Müller GmbH ist ein Unternehmen des Gildemeisterkonzerns und produziert in Hannover CNC gesteuerte Drehmaschinen und Fertigungssysteme. Eine Abteilung, die weniger von Innovation und technischer Ausstattung der Maschinen abhängig ist, aber aus Arbeitsschutz- und Umweltsicht immer schon kritisch zu betrachten war, ist die Lackiererei.

Zwei Lackierereien wurden bisher betrieben. Das Vorbereiten der Bleche beinhaltete das Säubern mit Trichlormethan und Lappen oder Pinsel, das Entfetten durch Abwaschen mit Trichlormethan, wobei das herablaufende Mittel auf dem Boden verdunstet bzw. im Erdreich versickert ist. Danach wurden die Rückstände aus den Teilen mit Druckluft weggeblasen. Der Verbrauch betrug zwischen 80-100 Litern täglich. Danach wurden die Bleche und Teile teilweise abgedichtet und abgeklebt. Schutzkleidung war für diese Arbeitsgänge nicht vorhanden. Absaugungen an den entsprechenden Arbeitsplätzen waren teilweise vorhanden, aber bei einer Überprüfung durch die Berufsgenossenschaft (BG) wurde keine Wirkung festgestellt. Das Lackieren selbst wurde mit Atemschutzmasken durchgeführt. Die Lackierkabine wurde mit einer Bodenanlage abgesaugt, wobei die BG auch hier eine schlechte Absaugwirkung feststellte.

Durch Interventionen der Sicherheitsbeauftragten und des Betriebsrates, aber auch durch Routinebegehungen der BG und des Gewerbeaufsichtsamtes sind lange Mängelkatalogen entstanden, die aber von der Geschäftsführung so gut wie nicht ernst genommen wurden. Der Betriebsrat hat versucht, im Zusammenwirken mit dem arbeitsmedizinischen Dienst sowie dem zuständigen Werksarzt die Bedingungen zu verbessern, konnte aber nur mit sehr hohem Zeitaufwand kleine Neuerungen wie etwa bessere Absaug- und Waschanlagen durchsetzen. Die Beschwerden der Kollegen wurden in einem Zeitraum von vier Jahren von der zweimal ausgewechselten Geschäftsführung und den dreimal ausgewechselten Werksärzten nicht konkret verfolgt. Investitionen im Bereich der Malerei wurden nur getätigt, um den Arbeitsablauf zu rationalisieren. Die Installation der ersten Hängebahn war ein totaler Fehlschlag. An den Beschäftigten vorbei wurde eine Anlage realisiert, die nie funktionierte und durch das Lackieren in Brusthöhe ohne effektive Absaugung riesige Mengen Farbnebel produzierte und somit die Arbeitsbedingungen nochmals stark verschlechterte. Entsprechend wurde die Anlage von den Behörden und der Feuerpolizei nicht abgenommen.

Erst veranlaßt durch die Krankheit eines Beschäftigten, die auf seine Tätigkeit als Spritzlackierer zurückzuführen

war, wurden Schadstoffmessungen durchgeführt und in aller Eile Verbesserungen an den Absauganlagen vorgenommen. Die anschließenden Messungen von gefährlichen Arbeitsstoffen haben dennoch ergeben, daß durch die Addition der verwendeten Gefahrstoffe — Isocyanat, Dichlormethan, 1,1,1-Trichlormethan, Xylol und 2-Ethoxyethanol — die Richtwerte für die maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen überschritten wurden. Außerdem wurde der große Verbrauch von Trichlormethan mittels Entsorgung durch den Fußboden festgestellt. Bodenproben auf dem Werksgelände wurden entnommen und eine notwendige Bodenluftsanierung eingeleitet. Die Verantwortlichen des Unternehmens sprachen von Altlasten, versprachen ein Konzept. Die Betriebserlaubnis wurde nur bis zur Fertigstellung einer neuen Malerei verlängert. Die neue Lackiererei wurde geplant. Hierbei sollten alle Beteiligten einbezogen werden, die Realisierung auf der Grundlage neuester Erkenntnisse des Gesundheits- und Umweltschutzes geschehen und beide Malereien zusammengelegt werden. Doch mit der Erteilung der Aufträge an verschiedene Unternehmen und den kalkulierten Kosten kam der Sinneswandel. Gesundheits- und Umweltauflagen wurden zwar bisher eingehalten, aber der Arbeitsablauf und die Auslastung der neuen Anlage so geplant, daß statt Ökologie nunmehr Ökonomie im Vordergrund stand. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt: 1. Einführung von Schichtarbeit, um die Auslastung der Anlage zu erhöhen. 2. Reduzierung der Malereibeleger durch die Automatisierung des Arbeitsablaufes.

Nicht einmal Waschmöglichkeiten und Pausenräume für die Lackierer waren vorgesehen. Zwar entfällt in der Lackieranlage das Vorbereiten der Bleche von Hand, jedoch wird das gesamte Blechspektrum ab einer gewissen Größe, die nicht in die Anlage paßt, wie bisher von Hand abgewaschen, lackiert etc. Das Ganze passiert zwar in einer Kabine mit Bodenwanne und leistungsstarker Absaugung, jedoch sind die betroffenen Beschäftigten den gleichen Gefahrstoffen und Bedingungen ausgesetzt wie in der Vergangenheit. In der neuen Anlage soll nur ein Beschäftigter lackieren, für den in der Vergangenheit ausgeführte Tätigkeiten entfallen und der bisher nicht einmal Sichtkontakt nach außen hat.

Zusammenfassend kann man sagen, daß trotz Betriebsrat, Arbeitsschutzschieß, Vertrauenskörper, Werksarzt, Gewerbeaufsichtsamts und BG kein zufriedenstellendes Ergebnis zustande gekommen ist. Im Gegenteil, es geht jetzt um die Verhinderung von Schichtarbeit, Arbeitsintensivierung und Arbeitsplatzabbau. — (dia, rog/AGM)



Köln. Mit einer Protestkundgebung vor dem Rathaus bekräftigten etwa hundert Roma die Forderung nach ersatzloser Abschaffung der städtischen „Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“. Dieses rassistische Amt registriert nur Roma und Sinti. Einen entsprechenden Antrag der Grünen-Ratsfraktion lehnten die Gemeinderäte von SPD, CDU, Republikaner und FDP einmütig ab. — (uld)

## Personalnot an Stuttgarter Kitas

Arbeitsgemeinschaft von Eltern und Erziehern gegründet

Stuttgart. In den letzten Jahren spitzte sich die Personalsituation in den städtischen Kindertagesstätten bedingt durch verzögerte Stellenneubesetzung und hohen Krankenstand im Herbst immer besonders zu. Die Situation verschärfte sich dadurch, daß immer weniger Leute bereit sind, den Beruf des Erziehers zu lernen und im Kindertagesheim zu arbeiten. Die Informationen über zeitweise nicht besetzte Stellen in diesem Bereich schwanken zwischen 20 und 35, wobei es im Bereich der Springkräfte, wo die Arbeitsbedingungen am extremsten sind, am schlechtesten aussieht.

Nachdem die Bemühungen der Eltern und Erzieher in den letzten Jahren, hier Abhilfe zu schaffen, nicht viel genützt haben, wurde auf der letzten Gesamtelternversammlung im Oktober beschlossen, einen Zusammenschluß der Kindertagesstätten nach Stadtteilen anzustreben. Im Stuttgarter Westen fanden dazu Ende November zwei Versammlungen statt. Die eine war eine Protestversammlung von Eltern, Erziehern und Tagheimleitungen aus städt. Einrichtungen aus den Stadtteilen Cannstatt, Stuttgart-West und Botnang. Grund war der Verdruß und Unmut über die ständigen Betreuungsprobleme der Kinder im pädagogischen und hauswirtschaftlichen Bereich. Es wurde ein Brief an das zuständige Jugendamt verabschiedet, in dem die Personalmisere in den letzten Monaten angeprangert und eine Aufklärung über die genaue Personalbesetzung in den einzelnen Einrichtungen verlangt wurde. Außerdem wurde beschlossen, das Treffen als Arbeitsgemeinschaft fortzuführen, wobei die Mitarbeit von Interessierten aus

Einrichtungen anderer Träger angestrebt wird.

Die andere Veranstaltung war das erste Treffen für eine Arbeitsgemeinschaft, die eine stadtteilbezogene Zusammenarbeit zwischen städtischen, konfessionellen und freien Kindergärten zur Lösung verschiedener Probleme in diesen Einrichtungen erreichen will. Das sind schlechte Arbeitsbedingungen der Beschäftigten durch unzureichende Stellenbesetzung und mangelnde Qualität in der Betreuung der Kinder bzw. veraltete pädagogische Konzepte.

Angesprochen sind alle Eltern, Elternbeiräte und die Beschäftigten der Kindertagesstätten in Stuttgart-West. Es wurde festgelegt, die Arbeitsgemeinschaft in der oben genannten Weise fortzuführen. Als weiteres dringendes Problem — zu dem der Personalnot — stellt sich der Mangel an Ganztagsplätzen besonders im Kleinkind- und Schülerhortbereich dar, das zunächst über eine genaue Erfassung der Wartelisten angegangen werden soll.

Das erste gemeinsame Treffen beider Initiativen fand am 13.12. statt, bei der erste Schritte für öffentliche Aktionen beraten wurden:

— Auf der nächsten Sitzung soll zur Beratung ein Flugblattentwurf vorliegen. Das Flugblatt soll bei der nächsten Jugendwohlfahrtsausschußsitzung zu den Haushaltsberatungen eingesetzt werden. Die Jugendwohlfahrtsausschußsitzung soll von Protestaktionen vor dem Rathaus begleitet sein. Dazu werden Vertreter der Presse eingeladen.

— Es werden Fragebögen in die Kindertagesstätten gegeben, die den Personalstand ermitteln sollen. — (mok)

## Schwangerschaftsabbruch am Ort ermöglichen

Stadtratsfraktion der GABL fordert städtische Abbruchambulanz in Hannover

Hannover. In der Novembersitzung des Stadtrats brachte die GABL den unten dokumentierten Antrag ein. Diese erfreuliche Initiative geht zurück auf eine Veranstaltung über den Memminger Prozeß, wo von vielen Teilnehmenden deutlich gemacht wurde, wie schwer es mittlerweile in Niedersachsen geworden ist, eine soziale Indikation zu bekommen und eine Klinik zu finden, die den Abbruch dann auch vornimmt.

Offenbar gibt es auch in Hannover zunehmend Schwierigkeiten. Um einen ambulanten Abbruch vornehmen zu lassen, fahren viele Hannoveranerinnen in die angrenzenden Bundesländer, da in Niedersachsen ein Schwangerschaftsabbruch immer mit einem stationären Krankenhausaufenthalt verbunden ist. Ein Erlass des Sozialministeriums schreibt dies vor.

Aber auch Abbrüche aufgrund sozialer Indikation sind in Hannover immer schwerer möglich. In einer Stellungnahme gegen die Einrichtung einer Abbruchambulanz im städtischen Oststadtkrankenhaus betonte der Leiter der gynäkologischen Abteilung, Professor Schneider, daß man bei Abtreibungen aus sozialen Gründen „zurückhalten“ sei und die betroffenen Frauen an niedergelassene Kollegen verweise.

Eine hannoversche Studentin, die sich wegen Verdachts auf eine Eileiterschwangerschaft einer Ausschabung unterziehen mußte — der ambulante Abbruch in Bremen wurde deshalb nicht beendet, und es bestand hohe Infektionsgefahr —, wurde vom Oststadtkrankenhaus wegen angeblich fehlender Betten in die Landesfrauenklinik überwiesen. Hier weigerten sich zwei Ärzte aus Gewissensgründen, die Ausschabung vorzunehmen, und die Studentin mußte, trotz der hohen Infektionsgefahr zwei Tage in der Klinik zubringen, bis sich ein Arzt fand, der den Eingriff vornahm.

Leiter und Oberärzte maßen sich zudem an, gleich im Namen aller ihrer Kollegen zu sprechen: Oberärztin Ihle (Landesfrauenklinik) meinte, so ein „faules Ei“, gemeint ist die Studentin, könne sie nicht ihren Assistenzärzten unterziehen; Professor Schneider vom Oststadtkrankenhaus: „Unsere Ärzteschaft wird alles tun, um sich gegen die Ambulanz zu wehren.“

Eine städtische Ambulanz für Schwangerschaftsabbrüche wäre nicht nur für die betroffenen Frauen eine große Hilfe, sondern auch für die Ärztinnen und Ärzte, die noch soziale Indikationen stellen oder Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, obwohl sie großem moralischem Druck ausgesetzt sind und nach Memmingen befürchten

müssen, ihren Beruf zu verlieren. Ihnen würde durch einen solchen Beschluß des Stadtrats der Rücken gestärkt.

Obwohl dieser Zusammenhang offensichtlich ist, legt die GABL darauf Wert, daß es ihr mit dem Antrag vor allem um die Schaffung einer Möglichkeit für ambulante Abbrüche geht und nicht um die Sicherung der sozialen Indikation. Das wird die Auseinandersetzung um die Durchsetzung einer solchen Ambulanz erschweren. — (rec)

### Der Antrag im Wortlaut

Der Rat möge beschließen:

1. In der Frauenklinik des Oststadtkrankenhauses wird eine Institutsambulanz für ambulant durchzuführende Schwangerschaftsabbrüche eingerichtet.
2. Ambulante Abbrüche sollten dort zukünftig vorrangig mit der als schonend bekannten Absaugmethode durchgeführt werden, sofern keine medizinischen Gründe dagegen sprechen. Das einzusetzende Fachpersonal ist entsprechend auszubilden.
3. Für Frauen, die dies wünschen, ist eine psychische Betreuung vor und während des Abbruchs durch personelle Maßnahmen sicherzustellen.

### Begründung:

In Niedersachsen dürfen durch Ministererlaß keine ambulanten Schwangerschaftsabbrüche von niedergelassenen

Ärzten durchgeführt werden. Allerdings sind ambulante Schwangerschaftsabbrüche in Kliniken möglich.

Nach Angaben von pro familia wünschen 30 bis 40% aller Frauen, die in der Beratung zu einem Abbruch entschlossen sind, einen ambulanten Abbruch. Viele von ihnen fahren nach Bremen oder Hamburg. Es ist unzumutbar, daß Frauen, die einen ambulanten Abbruch wünschen, lange Fahrten und möglicherweise damit verbundene Komplikationen in Kauf nehmen müssen. Frauen sollten die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen Behandlungsmethoden vor Ort zu wählen. Dazu gehört auch die Bereitstellung eines Ambulatoriums.

Die Kommune sollte daher ihren politischen Handlungsspielraum als Krankenträgerin nutzen, um die Möglichkeit der Durchführung ambulanter Schwangerschaftsabbrüche in städtischen Krankenhäusern zu schaffen.

Die Absaugmethode gilt bis zur 10. Woche als die schonendste Methode für Schwangerschaftsabbrüche. Deshalb sollte sie — wo medizinisch möglich — auch angewendet werden. Fachpersonal muß dafür entsprechend ausgebildet sein. Erfahrungen in Beratungsstellen mit ambulanter Abbruchmöglichkeit (Bremen, Hamburg) zeigen darüber hinaus die Notwendigkeit eines Betreuungsangebots für Frauen, die dies wünschen.



Der auf Betreiben der Bayerischen Staatsregierung in Memmingen durchgeführte Massenprozeß wegen angeblich illegaler Schwangerschaftsabbrüche führt auch in anderen Bundesländern zur Einschüchterung von Ärzten und Krankenhausbeschäftigten. Bild: Der inzwischen verurteilte Arzt Theissen bei einer Demonstration 1988.

## Aus Ländern und Gemeinden

### Olympiade 2000 in Westberlin?

Westberlin. Auf der Tagung des NOK der DDR am 6.1.1990 wurde beschlossen, die Durchführung der olympischen Spiele in Westberlin und Berlin (Hauptstadt) für das Jahr 2000 oder 2004 zu befürworten. Vorausgegangen waren mehrere Vorstöße Mompers, die aber mit dem Hinweis auf Leipzig als möglichem Austragungsort beantwortet worden waren. Anfang des Jahres äußerte sich Ministerpräsident Modrow als erster auf DDR-Seite positiv zu dem Vorschlag. M. von Richthofen, Landessportbundvorsitzender in Westberlin und sein Kollege R. Ebemeyer aus der DDR-Hauptstadt richteten inzwischen Aufforderungen an Senat und Magistrat, alsbald den definitiven Antrag für die Ausrichtung der Spiele zu stellen. — (cht)

### Demonstration in Kempten unterstützt Asylbewerber

Kempten. In der Sammelunterkunft lehnen seit Mitte Dezember 174 Asylbewerber die Annahme von Lebensmittelpaketen ab. Sie haben einen Brief an die Regierung von Schwaben verfaßt, in dem sie auf die menschenunwürdigen Zustände in ihrer Unterkunft hinweisen. Sie fordern die Aufhebung des fünfjährigen Arbeitsverbots und der räumlichen Aufenthaltsbeschränkung sowie die Verkürzung von Asylverfahren und Bargeld statt Pakete. Am 13.

Januar demonstrierten 300 Kemptener. Sie trugen Transparente wie „Wir wollen kein Arbeitsverbot“, „Laßt Kemptens Mauern fallen“, „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen Fremdenhaß in unserem Land“. Auf der Kundgebung, die der Verein „Solidarität Dritte Welt“ organisiert hatte, unterstützten Redner die Asylbewerber, die ihre Forderungen in einer Erklärung an die Bevölkerung erläuterten. Asyl-Arbeitskreise aus Marktoberdorf, Kaufbeuren und Obergünzburg sowie die Kontaktgruppe Heimenkirch (Kreis Lindau) unterstützten die Aktion mit Grußworten. — (baf)

### „Mehr Stromgeld für Sozialhilfeempfänger/innen“

Köln. Mit dieser Forderung wendet sich die Erwerbsloseninitiative Ehrenfeld an die Stadt, weil sich in den Arbeitsloseninitiativen immer mehr Leute melden, denen der Strom abgestellt wird bzw. sogar die Stromzähler abgeklemt werden. Die Initiative rechnet vor, daß mit dem im von der Stadt gezahlten Sozialhilferegelsatz enthaltenen Stromgeldzuschuß von 34,- DM monatlich gerade je 30 Minuten Radiohören, 11,3 Minuten Fernsehen am Tag, 30 Minuten Bügeln, 1 Stunde Kühlschrank laufen lassen und 20 Minuten Licht am Tag sowie das Waschen von 7,5 kg Wäsche im Monat finanzieren lasse. „Sollte der/die Sozialhilfeempfänger/in einen Durchlauferhitzer zum Baden oder Duschen benutzen müssen, wird das Bad oder die Du-

sche zum unerschwinglichen Luxus. Das muß aufhören! Übernahme der tatsächlichen Stromkosten! Keine Stromsperre bei Armen (Rentnern, Erwerbslosen usw.)“, schreibt die Initiative in einem Flugblatt, mit dem sie sich an die Stadt und an andere von Sozialhilfe abhängige Leute wendet. — (uld)

### Bayernwerk AG weiter für Atomreaktoren

München. Auf der Weltenergiekonferenz befürwortete der Bayernwerkvorstandsvorsitzende Holzer die weitere Nutzung des Atomstroms: „Vieles spricht dafür, daß etwa ab dem Jahr 2000 in größeren Umfang Hochtemperaturreaktoren zur gekoppelten Erzeugung von Strom und Fernwärme gebaut werden.“ Das ist gut möglich, denn auf dem Umweg über eine Tochtergesellschaft und den Beteiligungsverflechtungen der Energiewirtschaft ist die Mehrheitlich im Besitz des Freistaates Bayern befindliche Bayernwerk AG nämlich an der Hochtemperaturreaktorgesellschaft mbH beteiligt. — (chl)

### Initiative für Kita-Gesetz erzielte erste Erfolge

Schleswig. In Schleswig-Holstein fehlen mehrere tausend Plätze in Kindergärten und Kindertagesstätten. Die Versorgungsquote bei Kitas liegt mit 52% unter dem Bundesdurchschnitt von 75%. Vor gut einem Jahr hat sich der Interessenverband Kindertagesstätten Schleswig-Holstein e.V. gegründet und Arbeit in einem Entwurf investiert. Darauf aufbauend haben die Grünen

Mitte Dezember ihren Entwurf vorgestellt. Kernpunkte sind: das Recht auf einen Kindertagesstättenplatz als soziale Leistung bei Abschaffung der Elternbeiträge, die Beteiligung des Landes an den Investitions- und Betriebskosten mit 50 Prozent, die Demokratisierung der inneren Strukturen durch verstärkte Mitbestimmungsrechte der Eltern und die Einrichtung von Kindertagesstättenbeiräten, die paritätisch von Eltern, Personal und Trägern besetzt werden sollen. Minister Jansen hatte Anfang 1989 für 1991 ein Kindergartenrahmengesetz angekündigt. Die Initiative will ihre Erfahrungen in einem Informationsblatt öffentlich machen. In Elmshorn wird am 25.1. eine Veranstaltung mit Politikern durchgeführt. — (ale)

### Mannesmann kauft die Waffenschmiede Krauss-Maffei

München. Nachdem 1986 mit direkter Unterstützung des damaligen Finanzministers Stoltenberg Fichtel & Sachs übernommen wurde, wird jetzt Mannesmann auch Mehrheitsaktionär von Krauss-Maffei. Die in Nürnberg ansässige Diehl GmbH & Co hat ihren Anteil an der „Rüstungsschmiede“ auf 25,1% erhöht. Vor allem durch zwei größere Wehrtechnikaufträge über insgesamt 330 Mio. DM — Instandhaltung und Aufrüstung von Leo-1-Panzer für die Türkei und Norwegen — stieg in den ersten vier Monaten 1989 der Auftrags-eingang wieder um 270% auf 765 Mio. DM. In diesem Zusammenhang enthält Ministerpräsident Streibls Feststellung, Mannesmann verfüge unter anderem über ein ausgezeichnetes, weltweit or-

ganisiertes Vertriebsnetz, eine besondere Note. Der Freistaat Bayern hatte sich 1985 zusammen mit industriellen Partnern und Banken an Krauss-Maffei beteiligt. Heute, da Krauss-Maffei wieder voller Optimismus in die Zukunft blicke, könne sich der Freistaat Bayern aus dieser Beteiligung zurückziehen und seinen Anteil reprivatieren, meinte Streibl. Der Mannesmann-Konzern hat sich im Gegenzug zu „großen Investitionen in Bayern“ verpflichtet. Das sieht z.B. so aus: In Schweinfurt baut der Konzern jetzt ein neues Werk für das Unternehmen Star-Rexroth. Voraussetzung war, daß die Stadt Baugebiete vom SKF-Konzern zurückkauft und etwa zum halben Preis dann an Mannesmann verkauft hat. Das macht eine Subvention allein dafür von ca. 7,2 Mio. DM aus. Quellen: Bayer. Staatsztg. 16.6.89, 15.12.89 — (cls, dil)

### Kein Musikunterricht an der Orientierungsstufe Uetze

Hannover. In der Orientierungsstufe in Uetze wird seit einhalb Jahren kein Musikunterricht erteilt. Seit über einem Jahr stehen die Elternvertreter mit der Bezirksregierung in Verhandlungen, die die Einstellung eines Musikpädagogen ablehnt, weil an der Orientierungsstufe keine Planstelle frei sei. Die Unterrichtsversorgung betrage 109,2% und liege damit über dem Landesschnitt von 108%. Der Hauptpersonalratsvorsitzende lehnt diese Begründung ab, denn der Berechnungsschlüssel stamme von 1986 und berücksichtige nicht den neuen Grundsatzersaß für Orientierungsstufen. — (ibm/AGB)

# Negativer Patriotismus — Argumente für die Zweistaatlichkeit

Beitrag von Prof. G. Fülberth in der „UZ“ zum Verhältnis DKP und Sozialismus und deutsche Frage / Beiträge zur Diskussion aus VSP und BWK

Die „UZ“ hat in ihrer ersten Ausgabe in diesem Jahr einen Beitrag von Prof. G. Fülberth veröffentlicht zum Verhältnis von DKP und Sozialismus und zur Haltung der DKP zur „deutschen Frage“. Wir dokumentieren diesen Beitrag zusammen mit einem Diskussionsbeitrag aus der VSP, um den wir die SoZ-Redaktion gebeten hatten, sowie mit einem Beitrag aus dem BWK. — (Red.)

Auf großes Interesse sind die nachfolgenden Überlegungen des Marburger Politikwissenschaftlers Prof. Georg Fülberth gestoßen. Er hat sie auf dem Wuppertaler Forum des Parteivorstands der DKP am 2. Dezember des vergangenen Jahres zum Thema „Die DKP und der Sozialismus in der DDR“ vorgetragen. Wir veröffentlichen die überarbeitete Fassung des Vortrags. (UZ, Nr. 1/1990)

Die gegenwärtige Krise der nachkapitalistischen Gesellschaften kann nicht nur aus der Geschichte dieser Gesellschaften selbst erklärt werden, sie ist zugleich eine Episode in der Geschichte des Kapitalismus.

## Fünf Perioden kapitalistischer Entwicklung

Dieser Kapitalismus hat bislang fünf Perioden durchlaufen.

Die erste war die industrielle Revolution. In dieser entwickelte sich die neue Gesellschaft so barbarisch und anarchisch, daß viele Zeitgenossen ihr baldiges Ende voraussagten.

Sie täuschten sich. Statt des Untergangs des Kapitalismus folgte seine Festigung im Imperialismus, in Deutschland etwa 1871 bis 1914.

Zwischen 1914 und 1945 gerieten die imperialistischen Staaten in eine mörderische Konfrontation untereinander. Gleichsam als Abfallprodukt dieser Auseinandersetzung entstanden 1917 in Rußland und ab 1945 auch in Europa, außerdem in China und Indochina nachkapitalistische Gesellschaften.

Die vierte Periode der kapitalistischen Entwicklung — zirka ab 1945 — war bestimmt durch die Systemauseinandersetzung: In den antikolonialen Befreiungsbewegungen und im Ost-West-Konflikt schien der Kapitalismus an seine Grenzen zu stoßen.

Nun aber, in der fünften Periode, beseitigt er diese Grenzen wieder: die Völker der ehemaligen Kolonien und die nachkapitalistischen Gesellschaften Asiens und Europas schwenken auf den kapitalistischen Weg ein.

## Vier Typen kommunistischer Parteien

Während der Kapitalismus inzwischen fünf Phasen durchlaufen hat, sind die kommunistischen Parteien gleichsam auf der vierten Stufe stehen geblieben.

In der industriellen Revolution waren sie nur kleine Propagandagesellschaften.

Danach, im Imperialismus, hörten sie sogar wieder zu bestehen auf. Da gab es nur sozialdemokratische Parteien, keine kommunistischen. Die bolschewistische Partei in Rußland war gleichsam eine Regionalerscheinung. Ihr Organisationsmodell war durch die Bedingungen des Absolutismus und der nachholenden Industrialisierung geprägt. Nach der Oktoberrevolution hat sie bald in ihrer ursprünglichen Form aufgehört zu bestehen, sie wurde zum Verwaltungsapparat. Ein Vorbild für die kommunistischen Parteien im Westen hätte sie in keiner der beiden Formen jemals werden dürfen.

Zwischen 1917 und 1923 allerdings entstanden auch in den kapitalistischen Zentren kommunistische Parteien.

Sie waren Revolutionshaufen, welche die isolierte russische Revolution durch einen Umsturz in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern gleichsam befreien wollten. Dies scheiterte spätestens 1923.

Danach bildete sich im Westen ein Typus der kommunistischen Partei heraus, der bis heute bestehen geblieben ist, der aber längst keine Existenzberechtigung mehr hat. Stalin hat den kommunistischen Parteien im Westen die Aufgabe ge-

stellt, den sogenannten „Sozialismus in einem Land“ politisch, propagandistisch und auch in den innenpolitischen Auseinandersetzungen der kapitalistischen Länder zu verteidigen. Dem lag folgende strategische Überlegung zugrunde: Wenn die Sowjetunion sich in der Systemauseinandersetzung behauptet, dann wird sie auf die Dauer den kapitalistischen Ländern überlegen sein, diese werden gleichsam auf den Weg des Sozialismus nachgezogen werden.

Das war nun allerdings das gerade Gegenteil dessen, was sich die kommunistischen Revolutionäre bis 1923 gedacht hatten, aber sie hatten ja keinen Erfolg gehabt.

Doch auch die Stalinsche Strategie ist gescheitert, nicht zu seinen Lebzeiten, aber heute. Die nachkapitalistischen Länder konnten sich nirgends auf ihren eigenen Grundlagen weiterentwickeln. Damit sind aber auch die Hoffnungen der Kommunistinnen und Kommunisten im Westen fehlgeschlagen.

## Weshalb unterlagen die nachkapitalistischen Gesellschaften?

Marx und Lenin gingen davon aus, daß eine neue Gesellschaftsformation sich nur dann durchsetzen kann, wenn sie sich im Schoße der alten bereits weitgehend herausgebildet hat. Dies kann natürlich nur für die am meisten entwickelten kapitalistischen Länder gelten, und diese Zukunftsperspektive ist auch nach wie vor gültig. Aber der Weg, der bis dahin zurückgelegt werden muß, ist weit länger, als wir alle annahmen. Der Kapitalismus ist noch jung, es kann sein, daß er eine weitere Lebensdauer von Jahrhunderten vor sich hat. Sozialismus kann in dieser gesamten vor uns liegenden Zeit eigentlich nur ein Prinzip der Gegenwehr sein, ein System von vorläufigen Problemlösungen, welche den Kapitalismus immer wieder daran hindern, die ihm unterworfenen Menschen und die stofflichen Lebensgrundlagen zu vernichten. Er ist auf abschbare Zeit nur eine Strategie der gezielten Negation, nicht eine neue Gesellschaft.

## Der historische Ort der DDR

Als 1944/45 die Rote Armee mehrere Länder Ost- und Mitteleuropas befreite, hatte dies in erster Linie die Konsequenz, der UdSSR ein militärisches Sicherheits-Glacié zu verschaffen. Zugleich allerdings wurden die alten Eigentumsordnungen beseitigt, es entstand in diesen Ländern nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. Zum Sozialismus fehlte u.a. die demokratische Legitimation, etwa durch Räte in der Produktion oder durch freie politische Willensbildung.

Diese demokratische Legitimation ist aber notwendig, damit die Menschen den gesellschaftlichen Prozeß tatsächlich bestimmen, über die Investitionen entscheiden, ihre gesamten Lebensbedingungen sich aneignen können: reale Vergesellschaftung. Diese ist der einzige vernünftige Begriff des Gorbatschowismus. In der DDR, in der UdSSR und in den anderen nachkapitalistischen Ländern überzog stattdessen der Sicherheitsaspekt. Unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung war dies vielleicht unausweichlich, aber damit eben auch der Weg zum Sozialismus verrammelt.

In Ungarn und Polen war der Kapitalismus vor dem Einmarsch der Roten Armee nur schwach ausgebildet, der von ihr importierte Staatskapitalismus hat die Produktivkräfte eine Strecke weit entwickelt, er mündet heute dort aber nicht in den Sozialismus, sondern in Privatkapitalismus. In der DDR und in der Tschechoslowakei bestanden andere Voraussetzungen, es handelte sich auch 1945

schon um hochentwickelte kapitalistische Gesellschaften. Auch dort kam 1945 ff. nicht der Sozialismus, sondern der Staatskapitalismus. Jetzt stehen die beiden Länder am Scheideweg: entweder vorwärts zum Sozialismus oder zurück in den Kapitalismus. Angesichts der globalen ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse ist das Letztere wahrscheinlich.

Der sowjetische Weg wird unter Umständen hinter das Jahr 1917 zurückführen.

## Die Selbstopferung der DKP

Die KPD nach 1945 und die DKP nach 1968 hatten sich zwei Ziele gesetzt:

Erstens Interessenvertretung der arbeitenden, leidenden, kämpfenden und denkenden Menschen.

Zweitens: außenpolitische Interessenvertretung der UdSSR und der anderen nachkapitalistischen Gesellschaften. Das ist nichts Schlimmes, denn es folgte ja einer Strategie, die letzten Endes auch die Umwälzung bei uns hier im Lande bringen sollte. Für einen solchen guten Zweck darf man auch Geld nehmen.

Beide Ziele: unmittelbare Interessenvertretung und außenpolitische Stellvertreterpolitik, waren nicht allezeit deckungsgleich. Im Konfliktfall siegte die außenpolitische Loyalität. Die Gewerkschafter in der KPD haben dies 1951 am Beispiel der These 37, die Intellektuellen in der DKP in den Fällen Biermann und Bahro jeweils schmerzlich erfahren.

Nunmehr werden die außenpolitischen Dienste der Kommunistinnen und Kommunisten nicht mehr gebraucht. Sie haben es vor lauter Außenpolitik aber versäumt, ihrer Partei in der Vergangenheit genügend innenpolitische Verankerung zu erkämpfen. Im Nachhinein zeigt sich, daß wir auf dem falschen Bein Hurra geschrien haben. Hierfür sind wir — strömungsübergreifend — alle verantwortlich.

## Reicht das „Prinzip Gegenwehr“? Anmerkungen zu Georg Fülberths Aufsatz

Der Beitrag von Georg Fülberth behandelt die Frage von Neubestimmungen kommunistischer Politik angesichts der aufgebrochenen Systemkrise der nachkapitalistischen Gesellschaften und des Scheiterns früherer Konzepte und Hoffnungen. Dies geht die gesamte Linke an, und keine der revolutionär-sozialistischen Strömungen und Organisationen kann die hier aufgeworfenen Probleme als etwas ihnen Äußerliches betrachten.

Die verallgemeinernde Einschätzung des Genossen Fülberth, die die größte Tragweite hat und gleichsam die Grundlegung seiner Schlußfolgerungen bildet, betrifft die Perspektiven des Weltkapitalismus: „Der Kapitalismus ist noch jung, es kann sein, daß er eine weitere Lebensdauer von Jahrhunderten vor sich hat.“ Direkt im Anschluß kommt die Schlußfolgerung: „Sozialismus kann in dieser gesamten vor uns liegenden Zeit eigentlich nur ein Prinzip der Gegenwehr sein, ein System von vorläufigen Problemlösungen, welche den Kapitalismus immer wieder daran hindern, die ihm unterworfenen Menschen und die stofflichen Lebensgrundlagen zu vernichten. Er ist auf abschbare Zeit nur eine Strategie der gezielten Negation, nicht eine neue Gesellschaft.“

Damit ist das Hauptproblem auf die „objektive“ Seite der Angelegenheit verlagert. Falsche Konzepte, Fehlentwicklungen und Entartungsprozesse auf der beeinflussbaren, subjektiven Seite werden damit wesentlich zu Nebensachen erklärt. Eine solche Herangehensweise ist nicht neu. Die Führung der deutschen Sozialdemokratie begründete ihren bewußten und mit aller Energie betriebenen Kampf gegen die Durchsetzung einer Rätemacht, gegen den Sieg einer sozialistischen Revolution in Deutschland 1918/19 theoretisch mit der mangelnden Reife der objektiven Verhältnisse. Die Vorstellung des „Wettkampfs der Systeme“, von denen sich die meisten KPDen leiten ließen, und die sich — wie Genosse Fülberth zu Recht schreibt — als illusionär erwiesen hat, beinhaltet ebenfalls die Vorstellung, daß die sozialistische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern Sache einer unbestimmten grauen Zukunft sei. Doch handelte es sich nicht nur um eine Vorstellung, sondern es leitete sich daraus politische Einflußnahme auf Mitglieder, Umfeld und Bewegungen ab. Zum Beispiel hat die KP Frankreichs alles getan, um die Krise von 1968 im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zu halten.

In Wirklichkeit hat der Kapitalismus nicht Jahrhunderte vor sich. Obwohl es selbstverständlich keinen Automatismus des immanenten „ökonomischen Zusammenbruchs“ gibt, ist es doch so, daß wir heute bereits eine „Überreife“ des kapitalistischen Systems feststellen können. Der Umschlag von Produktivkräften in schreckliche Zerstörungskräfte untergräbt mehr und mehr die Möglichkeiten einer befreiten Gesellschaft. Der Klassenkampf muß nicht mit dem Sieg einer der beiden Hauptklassen enden, er kann auch in den „ge-

## Weshalb Zweistaatlichkeit?

Warum treten wir Kommunistinnen und Kommunisten für die Eigenstaatlichkeit der DDR ein?

1. Genosse Bachmann hat heute den friedenspolitischen Aspekt dieser Frage überzeugend herausgearbeitet.

2. Verteidigung der Eigenstaatlichkeit der DDR bedeutet nicht Verteidigung des Sozialismus, sondern nur die Offenhaltung eines möglichen Weges der DDR in den Sozialismus. Noch ist dieser dort weit leichter zu begehen als in der BRD. Ob die DDR sozialistisch wird, können nur die Menschen dort selbst entscheiden.

3. Wir Kommunistinnen und Kommunisten in der BRD kämpfen für die Zweistaatlichkeit mit einer Haltung, die ich negativen Patriotismus nennen möchte. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die Bundesrepublik und folgt der Maxime von Friedrich Engels, daß die Opposition nichts unterstützen und alles unterlassen muß, was die Macht der Regierung über das Volk verstärkt. Eine Einverleibung der DDR würde nicht nur dort den staatsmonopolistischen Privatkapitalismus einführen, sondern auch die Macht des Kapitals in der BRD selbst stärken. Deshalb sagen wir: ob eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung will oder nicht, ist ihre Sache. Unseren Interessen aber entspricht die Feststellung: Wir wollen die DDR nicht haben.

1979 beschloß die NATO die sogenannte Nachrüstung. Ein Jahr später gab es in ganz Europa eine breite Friedensbewegung, in der BRD den „Krefelder Appell“. Spätestens seit September 1989 hätte es eigentlich schon Vorbereitungen für ein „Europäisches Kuratorium gegen die Wiedervereinigung“ geben müssen. Davon ist nichts zu spüren. Hierin zeigt sich, wie weit die demokratische Bewegung und auch die kommunistischen Parteien innerhalb eines Jahrzehnts zurückgefallen sind. — (Georg Fülberth)

(Dokumentiert nach: UZ 1/1990)



Moderne Landwirtschaft in der DDR. Wo früher der preußische Junker wirkte, steht heute die LPG. Diese große Umwälzung hat auch heute in der DDR eine breite demokratische Legitimation.

anderer Länder zu ermutigen, den gleichen Weg zu gehen. „Diktatur des Proletariats“ (nicht: einer Minderheit im Namen, anstelle und über das Proletariat), Herrschaft der breiten Volksmassen, sozialistische Demokratie sind keineswegs exklusive Luxusartikel für reiche Länder.

Obwohl der gute alte Marx schon anlässlich der Pariser Kommune — wo die entsprechenden Tendenzen und Gefahren nicht einmal Gelegenheit hatten, das Stadium der keimhaften Andeutung zu überschreiten — das Problem der Entwicklung von Eigeninteressen und Verselbstständigung von Funktionsträgern sehr ernst nahm und die bewußten Gegenmaßnahmen anführte (jederzeitige Abwählbarkeit, Bezahlung nicht höher als Facharbeiterlohn und dergleichen), scheinen weite Teile der marxistisch orientierten Linken an solche Kinkerlitzchen keinen Gedanken zu verschwenden. Dabei hat diese Angelegenheit in der UdSSR und vergleichbaren Ländern die bekannten monströsen Ausmaße angenommen, nicht seit gestern, und hat so manchen Qualitätssprung hinter sich. Das Verschwinden emanzipationsorientierter Politik und die gründliche Diskreditierung des sozialistischen Weges verdanken sich Führungen, die schon lange zum politischen Ausdruck der Sonderinteressen des Partei- und Staatsapparats geworden waren. Wer meinte, daß auf diese Weise dauerhafte Bollwerke gegen den Imperialismus gezimmert werden können, ist inzwischen sinnfälliger widerlegt.

## Negativer Patriotismus und Zweistaatlichkeit — Übereinstimmung und Einwände —

Die im folgenden dargelegten Einwände gegen einzelne Punkte der Fülberth'schen Argumentation sollen nicht die Übereinstimmung in der Zielsetzung wegreutschieren. Übereinstimmung besteht vor allem in dem Grundsatz des revolutionären Defätismus, der bei Fülberth negativer Patriotismus heißt, und in der Konsequenz für die Haltung zu den Wiedervereinigungsbestrebungen. Wenn Fülberth sagt: „Ob eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung will oder nicht, ist ihre Sache. Unseren Interessen aber entspricht die Feststellung: Wir wollen die DDR nicht haben“, gibt es Übereinstimmung.

### Zu den „Fünf Perioden . . .“

Die Einteilung der Geschichte des Kapitalismus unterstellt Einheitlichkeit der Weltentwicklung. Dabei geht unter, daß wir heute ein Nebeneinander von Gesellschaftsformen und Entwicklungsstufen vorfinden. Vielfältige Interessen verbinden sie miteinander, unter politischen Gesichtspunkten entscheidend ist jedoch ihr Nebeneinander, aus dem sich die Notwendigkeit konkreter Entwicklungswege ergibt. Die künstliche Einfassung in eine Periode, in der, wie es heißt, die Völker der ehemaligen Kolonien und die nachkapitalistischen Gesellschaften Asiens und Europas auf den kapitalistischen Weg einschwenken, verstellt den Blick für das notwendige Nebeneinander konkreter und konkret verschiedener revolutionärer Strategien.

Der Mangel wird sichtbar, wo Fülberth ganze Völker und Gesellschaften im wesentlichen widerspruchsfrei einschwenken sieht, während wir gerne verstanden hätten, wer von wem geschwenkt werden soll und wer wen schwenken will. Die Annahme einer Art schicksalhaften Ablaufes steht nicht nur unvermittelt neben der Ansicht, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, sie wirkt auch entpolitischierend. Suchen wir in den politischen Prozessen der verschiedenen Gesellschaften oder auch Länder nach den Klassen-gegensätzen, die sie bewegen, so finden wir in diese Gegensätze eingenistet die imperialistische, z.B. die BRD-Politik. Sie begründet ihr Auftreten mit der Einheitlichkeit der Weltgesellschaft, einer allgemeinen Interdependenz.

Die Folge der einheitlichen Typisierung der Welt ist der Zwang, Ausnahmen dann besonders begründen zu müssen. Das angemaßte Recht der imperialistischen Staaten auf allumfassende Einmischung erscheint als Normalzustand, der nur in hoch speziellen Fällen kritisiert werden kann.

### Zu den „Vier Typen . . .“

Die bolschewistische Parteibildung habe sich aus der Bedingung der nachholenden Industrialisierung gleichsam als eine Regionalerscheinung ergeben. Dagegen wäre schon zu sagen, daß die Bedingung der „nachholenden Industrialisierung“ für die große Zahl der Menschen galt und gilt, eher schon wäre der entwickelte Kapitalismus als Regionalerscheinung zu bezeichnen. Dies erstens, weil er nur den geringeren Teil der Erde umfaßt, zweitens weil es erwiesenermaßen nicht möglich gewesen ist, diese Produktionsweise zu verallgemeinern. Der Kapitalismus hat im Gange seine Modernisierung sich als eine Produktionsweise gezeigt, die bis in ihre einzelnen Erscheinungsformen davon lebt, daß sie nicht allgemein werden kann, sondern parasitär und ausbeuterisch im Verkehr zwischen den Gesellschaften wie im Inneren bleiben muß.

Eine allgemeine Typisierung der Parteibildung ausgebeuteter und unterdrückter Menschen sollte besser nicht versucht werden, sie macht blind für die Vielfalt der Parteibildung des Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Wegen des Nebeneinanders recht verschiedener gesellschaftlicher und politischer Konstellationen

Die ersten Schritte des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus müssen bereits mehr demokratische Rechte und Freiheiten für die Masse der Bevölkerung realisieren, als die demokratischste bürgerliche Republik es kann, sonst hat eine „alternative Entwicklungslogik“ keine Chance.

Der Kampf gegen das Wiedervereinigungsge-schrei, gegen den Zugriff des BRD-Kapitals und seines Staats auf die DDR, gegen die Stärkung des BRD-Imperialismus, für die „Offenhaltung eines möglichen Weges der DDR in den Sozialismus“ ist heute die wichtigste Aufgabe der Linken in der BRD. Genosse Fülberth will diesen Kampf auf die Grundlage einer ehrenwerten „negativen“ Gesinnung stellen. Das ist sympathisch, genügt aber nicht für eine neue Grundlegung kommunistischer Politik. Die neue politische Kraft der Linken, die wir brauchen, müßte sich darauf orientieren, alle Interessen und Bestrebungen aufzugreifen und zu mobilisieren, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet sind, deren Realisierung nur möglich ist, wenn „die Menschen den gesellschaftlichen Prozeß tatsächlich bestimmen, über die Investitionen entscheiden“. Menschen, die sich gegen ihre Herren wehren, sind nicht Schachfiguren, die dem „höheren“ Interesse von Staatsapparaten oder „wissenschaftlichen“ Weltbildern geopfert werden dürfen, sondern die einzige Hoffnung kommunistischer Politik.

— (Manuel Kellner, VSP)

auf der Erde gibt es auch ein Nebeneinander von Parteibildungen, muß es sie geben, und die Vorstellung, daß die eine Form die andere ablöst, ist verkehrt. Sie hat schlimme Folgen: Erstens müssen anderen Ländern moderne und angebrachte Parteibildungen vorgeschrieben werden, denn es ist offenbar grausam, jemanden das Sinnlose tun zu lassen. Zweitens verlegen wir uns den Schlüssel zur Erklärung der doch immerhin wichtigen Frage: Warum in den Ländern mit weiter entwickelter kapitalistischer Industrie in Mittel- und Westeuropa solche Parteien gebildet wurden und warum derartige Parteibildungen im östlichen Europa so lange die politische Macht ausübten. Daß dies hätte nie geschehen dürfen, wie Fülberth sich ausdrückt, ist kurz geschlossen.

Daß die Partei Leninschen Typs Fuß gefaßt hat, wird unter anderem damit zusammenhängen, daß eine solche Partei die Möglichkeit bietet, die Widersprüche zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten Klassen unter Bezug auf eine einheitliche Ideologie und unter Bezug auf eine einheitliche gesellschaftliche Zielsetzung, ein Programm, auszugleichen. Ohne Zweifel nimmt diese Art Partei gesellschaftliche Auseinandersetzungen vorweg, verlegt sie in ihre eigenen Reihen und entzieht sie der unmittelbaren Behandlung durch alle Betroffenen. Sie hat ihre demokratische Rechtfertigung nur soweit und hält auch nur so lange, wie das Lager der Ausbeuteten und Unterdrückten in sozial strikt voneinander getrennte Sphären zerklüftet ist. Wenn diese Zerklüftung tief reicht, kann sie durch unmittelbare Vertretungsorgane nicht aufgehoben werden. Zwischen dem Dorfsowjet und dem Stadtsowjet liegen trennende Welten. Wenn diese Situation in den westeuropäischen Ländern auch bei weitem nicht so bestimmend gewesen ist wie in den osteuropäischen, so verhalten sich hier erst seit allerjüngster Zeit Stadt und Land zueinander als industrialisierter ländlicher Raum zur Industriestadt.

Angesichts der konkreten Entwicklung ist mehr als fraglich, ob diese Art Partei wirklich so undemokratisch und wirklich so überholt ist, wie Fülberth andeutet. Es ist ja eine der großen Schwierigkeiten der heutigen UdSSR, daß die KPdSU in der einen Sowjetrepublik ihre Aufgabe (kurz gesagt, bestünde sie darin, die Gesellschaft zu repräsentieren) bereits verloren hat und durch ihr bloßes Weitermachen breite Massen um elementare Rechte betrügt, während sie in anderen Gegenden bitter nötig ist und dringend gebraucht wird, um den Interessenausgleich zu vollbringen und zu vermeiden, daß sich in sozialen Gegensätzen reaktionäre Kräfte einnisten und Mord, Totschlag und Kollaboration mit dem Imperialismus betreiben.

Wir müssen nicht davon ausgehen, daß politische Konzeptionen entweder immer und überall auf der Welt angebracht sind oder eben verwerflich. Wir müssen nicht diese Parteikonzeption in Bausch und Bogen verwerfen, sie wird gebraucht, und dort, wo sie gebraucht wird, wird sie gebraucht als der einzige Weg des Fortschritts und in Richtung Emanzipation und Selbstverwaltung.

### Zu: „Weshalb unterlagen die . . .“

Was unterlegen ist, wird von dem, dem es unterlegen ist, beherrscht. So weit ist es nicht. Die nachkapitalistischen Gesellschaften sind einem imperialistischen Expansionsstreb nachgesetzt. Es gibt überhaupt keinen Anlaß für die Annahme, daß Länder wie die DDR oder auch Polen oder Ungarn oder oder . . . die von ihren Einwohnern auf die Tagesordnung gesetzten Probleme lösen könnten, indem sie sich auf den kapitalistischen Weg begeben. Es ist nicht einmal klar, ob sie sich auf diesen Wege begeben können. Es ist eher wahrscheinlich, daß jeder Schritt in eine solche

Richtung die Probleme dieser Gesellschaften vervielfachen wird. Gerade wer sagt, daß der Sozialismus ein Prinzip der Gegenwehr, ein System von vorläufigen Problemlösungen sei, wird feststellen müssen, daß gerade jetzt und gerade hier die Situation der Gegenwehr besteht.

### Zu „Der historische Ort . . .“

In der deutschen politischen Geschichte hat es immer Nebeneinander von Trümmern verschiedener Gesellschaftsformationen gegeben. Der junkerliche Großgrundbesitz, die Militär- und Beamtenkaste, die ihn besaß, Ostelbien, der preußische Staat, das sind Verhältnisse, die für Gründung und Bestand des Deutschen Reiches wirksam waren. Der Bestand einer grundbesitzenden, aus kolonialer Geschichte gewachsenen Menschenklasse war sowohl für die Inangriffnahme des ersten Weltkriegs wichtig, wie wohl auch der zweite Weltkrieg ohne die preußische Militär- und Staatskunst nicht hätte begonnen werden können.

Wir können nicht darüber hinwegsehen, daß die Revolution in der DDR diese Geschichtskontinuität unwiederbringlich verlegt hat. Das Junkertum ist fort. Wo früher der Junker wirkte, steht heute die LPG, weiter im Osten der befreite polnische Landarbeiter als Kleinbauer. Diese große Umwälzung hatte eine breite demokratische Legitimation. Es versteht sich wohl schon, daß für diese große Umwälzung eine soziale Basis da gewesen ist und daß wegen der immer noch sehr deutlichen sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land einer Avantgardeorganisation eine erhebliche Bedeutung zukam. Es versteht sich auch, daß sie diese Bedeutung nicht mehr hat.

Führen wir uns nun vor Augen, daß die politische Revolution in der DDR eine soziale Umwälzung, nämlich die Ablösung des kapitalistischen Großgrundbesitzes, erledigt, die es in dieser Weise westlich der Elbe gar nicht gegeben hatte, so wird verständlich, daß sich das Deutsche Reich, das eine starke Klammer dargestellt hatte, bei dieser Gelegenheit zerlegte. Es ist hin. Zugleich erhalten wir die Frage, was auf diesem Sektor eigentlich geschehen sollte im Falle eines Schwenks auf den kapitalistischen Weg? Die Umwandlung in bäuerliche Privatwirtschaften, für die es an allem fehlt, an einer Rechtsform für die Landaufteilung, an den Investitionsgütern für die wer weiß wie vielen Einzelgütern, an einem darauf zugeschnittenen Absatzmarkt, an Menschen, die in der Form des Familienbetriebes leben wollen. Es ist an allen Ecken und Enden unklar, wie der kapitalistische Weg, d.h. ein Weg zum Kapitalismus, aussehen soll. Oder ist zu vermuten, daß die LPG-Genossen an die hier im Westen vorhandenen Junker schreiben, sie möchten doch auf die Güter zurückkehren und sie ab und zu, so wie früher, auch mal mit Ohrfeigen bescheiden, wenn's ein Problem gibt?

### Hat sich die DKP selbst geopfert?

Wer kennt in der kommunistischen Weltbewegung nicht die Schwierigkeiten, die entstehen, wenn Regelungen zwischen den Staaten getroffen werden, die Rückwirkungen auf den Klassenkampf im eigenen Land haben. Fülberth meint, die DKP habe sich den außenpolitischen Interessenlagen vor allem der DDR untergeordnet. Das Unglück soll darin bestanden haben, daß die SED auf den Klassenkampf in der BRD durchgreifenden Einfluß nahm.

Umgekehrt ist jedoch festzustellen, daß es wohl die DKP war, die sich anbot. Für einen so gefährdeten Staat wie die DDR ist es äußerst verlockend, sich auf Kräfte im Lager des potentiellen Angreifers stützen zu können. Die SED gab dieser Verlockung nach. Das hatte für die innere wie die äußere Politik der DDR schlechte Folgen. Die DDR mußte mehr oder weniger stillschweigend dulden, daß die Kirchen aus der BRD und Westberlin heraus eine Riesenorganisation in der DDR aufgezogen haben. Verglichen mit dem Unglück, das diese Art Verbindung zwischen DKP und SED der DDR einbrachte, ist es ein bißchen daneben, von einer Selbstopferung der DKP zu reden. Es soll nicht bestritten werden, daß es für Mitglieder und Anhänger der DKP schwer und politisch folgenreich gewesen sein mag, einzelne Schritte der Politik der SED zu begründen, und es geht dabei auch nicht um die sogenannte Selbstständigkeit. Diese Probleme treten auf, wenn man versucht, eine einfache Einheitlichkeit des weltweiten Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung vorzuspiegeln. So wird z.B. die jetzt vorgeschlagene strikte Periodisierung und Typisierung ganz ähnliche Problemlagen hervortreiben. Mit diesem Gedankengang soll angedeutet werden, daß die Problemlage der DKP mit der Entwicklung in der DDR wahrscheinlich so gut wie nichts zu tun hat. Es gibt wohl eher eine gemeinsame Problemlage der doch recht verschiedenen sozialistischen und revolutionären Strömungen. Erklärungsversuche, die allzusehr auf Spezialitäten der DKP-Geschichte eingehen, werden nicht zu Ergebnissen führen, die der ideologische Zerbröselung der sozialistisch orientierten Linken entgegenwirken.

### Zu: „Zweistaatlichkeit . . .“

Die Begründung der Eigenstaatlichkeit der DDR aus dem Gesellschaftssystem der DDR ist nicht unproblematisch, weil sie die Kritik der Mißhandlung der deutschen Frage durch den BRD-Imperialismus einengt. Die der deutschen Sprachgemeinschaft zugehörigen Leute befinden sich, wie jeder weiß, heute in ganz verschiedenen Ländern, teils als sprachliche Mehrheit, teils als Minder-

heit. Diesem Zustand hält die BRD anmaßende Fiktionen vor. Sie führt sich als Schutzmacht aller in der Fremde hausenden Deutschen auf, sie hält den Reichsgedanken hoch, d.h. den politischen Verein der Menschen deutscher Zunge. Sie kritisiert noch nicht einmal die faschistische Vergangenheit und läßt den staatlichen Anspruch auf alle Deutschen rechtsgeschichtlich weiterleben.

Stattdessen wäre doch wohl zuerst festzustellen, daß es niemandem gestattet werden darf, als Deutscher-Reich-Nachfolger Angehörige der deutschen Sprachgemeinschaft in anderen Ländern zu beanspruchen.

Es ist gefährlich, diese Frage mit der Beschreibung des gesellschaftlichen Zustandes zu verknüpfen. Sie muß heute so allgemein beantwortet werden, daß sie auf die Gesamtheit der großdeutschen Bestrebungen zutrifft. Denn es ist doch recht gut zu sehen, daß die BRD den Anschluß Österreichs betreibt und durch ihren Vertretungsanspruch Unruhe in alle Weltgegenden trägt, wo Angehörige der deutschen Sprachgemeinschaft hausen.

Hier in der BRD kann es nicht um die Verteidigung der DDR gehen. Uns muß interessieren, den Angriff der BRD zu stoppen. In dieser wichtigen Frage sehen wir wachsende Übereinstimmung, die politisch zu nutzen ist.

Der enge Bezug auf den Realsozialismus als Um und Auf ihrer Politik kann die DKP jedoch dazu verleiten, Änderungen dieser Gesellschaften vor-schnell zu beurteilen. Dies wäre gefährlich, weil das Ausmaß an Aggression und Repression, das im Zuge einer Ostexpansion der BRD eintreten müßte, unterschätzt wird. Es ist nämlich eine völlig aus der Luft gegriffene Propagandalüge, daß der Kapitalismus Entwicklungsperspektiven für diese Gesellschaften bereit hielte. Stattdessen sehen wir tagtäglich Nachrichten, die zeigen, daß jeder Versuch, kapitalistische Methoden anzuwenden, diese Gesellschaften zurückwirft.

— (maf, BWK)

### Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich  
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)  
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
Tel.: 0221/21 64 42

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider  
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 360

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM. ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM.  
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Verstandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMa, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

**Nachrichtenhefte**, hrsg. von  
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM  
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

**Antifaschistische Nachrichten**, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

**Bezugsbedingungen** Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

**Bestelladressen:**  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

**Kurdistan-Rundbrief**, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

**Angehörigen-Info**, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

# Kohl sammelt Anhang ein — aus Propagandaschriften der Regierung

## Wohnungsratgeber für Kapitalanleger

Die Bundesbauministerin Hasselfeldt gibt seit Januar 1990 kostenlos eine Broschüre heraus mit dem Titel: „Das Programm für eine Million neue Wohnungen“. Die 16seitige Broschüre soll einen propagandistisch gefaßten Überblick über Art und Umfang der wohnungspolitischen Maßnahmen geben, die 1989 von der Bundesregierung beschlossen bzw. seitdem vorbereitet werden. „Sie soll Investitionsentscheidungen für den Bau neuer Wohnungen anregen und erleichtern.“ Damit sind die Maßnahmen selbst auch gut charakterisiert: Sie sollen Kapitalanlegern und sonstigen Wohnungseigentümern profitable Anlagemöglichkeiten im Wohnungsbau bieten. Deshalb reicht das Programm von verschiedenen verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten beim Wohnungsbau, bei Sanie-

rung, beim Baulandverkauf und bei der Entnahme aus dem Betriebsvermögen über zinsgünstige Bundesmittel bis hin zur Förderung von „Übergangswohnheimen“ und der Baulandbereitstellung sowie den Mietrechtsänderungen auf Kosten der Mieter. Außerdem werden vom Bundesbauministerium seit kurzem ein Informationsdienst „Bauen und Wohnen in Europa“ sowie die Broschüren „Wohngeld“ und „Das Mietrecht“ herausgegeben. — (iss)

## Rentenreform '92 alle bevorzugt?

Direkt geschwindelt wird nicht — sieht man einmal davon ab, daß das Ministerium in dem 16-seitigen Faltblatt, das kürzlich der Tagespresse beilag, Pläne verschweigt, den Erhalt von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten zu erschweren, um die höheren Altersgrenzen auch wirksam werden zu lassen. Ent-

sprechend bebildert wird der Leser verführt, seinen „Fall“ zu suchen, und dann erscheint er als Begünstigter: Der „jüngere Versicherte“: keine horrenden Beitragssätzen; „Mütter“: Erziehungsleistung anerkannt; „ältere Versicherte“: „mündiger Bürger“ entscheidet, ob er für mehr/weniger Rente länger/kürzer arbeitet; „Rentner“: stabiles Rentenniveau — damit ist nur noch schwer zu finden, wie alles zusammenwirkt, damit die Kapitalisten für lebenslange Arbeitskraftvernutzung weniger zahlen müssen. — (alk)

## Haussmann und die Niedriglöhne

Der lange Boom der BRD-Wirtschaft hat viele Gründe, u.a. die Verbilligung von Teilen des konstanten Kapitals der Kapitalisten, das neokoloniale Rollback gegen die Dritte Welt (Öl, Kaffee, Tabak, Kakao, Süßfrüchte u.ä. weiter spottbillig) und die enorme Lohndifferenzierung zu Lasten der schlecht bezahlten Lohnabhängigen, die sog. „Angebotspolitik“. Hochtechnologie z.B. ist zu großen Teilen Billiglöhne-Produktion. In einer Broschüre propagiert das Bundeswirtschaftsministerium nun offen die Rückkehr zu „Leichtlohngruppen“: „Die Beseitigung der untersten Tarifgruppen bei den Löhnen ... wirkte sich letztlich zu Lasten der weniger qualifizierten Beschäftigten aus.“ Billiglöhne sind das Glück des angeblich Geringqualifizierten. Früher hieß das: Jedem das Seine. BMWi, 40 Jahre Soziale Marktwirtschaft, Bonn 1989 — (rül)

## Kohl und die US-Kriegswirtschaft

Aus Anlaß der Feiern zum 40. Jahrestag der Währungsreform hat das Bundespresamt eine Broschüre mit Reden Kohls veröffentlicht. Bei ihrem Studium fallen einige „Schlüsselsätze“ auf. Zum Beispiel dieser: „Neh-



Die Bundesregierung versucht, soziale Widersprüche ins Reaktionäre zu drehen. Das Eigentum, und sei es noch so klein, wird mobilisiert gegen kollektive Interessen, die sich aus der Arbeit ergeben. Beispiel Wohnungspolitik: Den Hauseigentümern wird Zerstörung von Mieterrechten als Voraussetzung für wirtschaftlichen Nutzen aus dem Besitz empfohlen. Bild: Demonstration in Hamburg am 16. Dezember 1989.

## Riesenhuber umwirbt kleineres Kapital

Ohne Konkurrenzfähigkeit der „kleinen und mittleren Unternehmen“ keine Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus — so die Essenz eines Propagandahäftchens des Riesenhuber-Ministeriums. Da diese Unternehmen nur konkurrieren können, wenn sie sich die jeweils neuesten Ergebnisse von „Forschung und Entwicklung“ zunutze machen, hat das Ministerium verschiedene Programme zum Technologietransfer aufgelegt. Sie reichen von Personalkostenzuschüssen für Forschungspersonal in Betrieben und deren Abordnung in Forschungseinrichtungen, Subventionierung der Kooperation von Betrieben und Forschungseinrichtungen bis zur Vereinheitlichung von Normen und Rechtsvorschriften.

Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, Hrsg. BMFT/BMWi — (chf)

## Nicht gelogen und doch betrogen

Die 128seitige Broschüre des Finanzministeriums, in zweiter Auflage im August 1989 erschienen, enthält eine ausführliche Sammlung der Regierungsargumente, mit denen die Steuerreform als „große Steuerreform — Rückenwind für unser Land“ angepriesen wird. Weniger Staat und die Wirtschaft blüht; mehr Geld für Leistung, statt Bestrafung von Mehrarbeit und Engagement; Vorfahrt für die Familie; Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung des Spitzensteuersatzes; Streichung von Steuerprivilegien sind die wesentlichen Stichpunkte. Viel Wert wird darauf gelegt, auf die

von der SPD vorgetragenen Kritikpunkte an der Steuerreform einzugehen. Um den Vorwurf zu entkräften, die Steuerreform sei unsozial, werden dann auch schon mal tricke Beispiele vorgeführt. Die Linie ist ähnlich wie im Faltblatt zur Rentenreform: Dadurch, daß viele begünstigt erscheinen, verschwindet, wie im Zusammenspiel von weniger Steuern und Kürzung von staatlichen Leistungen am Ende weniger Geldmittel in die Haushalte der Lohnabhängigen fließen und ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Produkts bei der Kapitalistenklasse landet. — (alk)

## Mehr Mobilität am Arbeitsmarkt

„Arbeitsmarkt — Analysen/Konzepte/Maßnahmen“ lautet der Titel einer 120seitigen, vom Blüm-Ministerium herausgegebenen Schrift. Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung behauptet, daß die hohe Arbeitslosigkeit vor allem internationale Ursachen habe, u.a. die sogenannten Ölpreiskrisen. Die Broschüre fordert eine größere Flexibilität der Erwerbslosen: „Wir brauchen die Mobilität der Arbeitnehmer, d.h. die Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel auch in andere Regionen und Branchen.“ Blüms Schrift spricht sich außerdem für weitere steuerliche Entlastungen der Kapitalisten aus, um deren Investitionskraft zu stärken und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es sollen den Unternehmen mehr Gelder für Einarbeitungszuschüsse, Teilzeitarbeitsplätze, Umschulungen und Weiterbildung zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sei eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten unumgänglich. — (mal)



Einige Tricks sind schon nötig, um die Steuerreform sozial erscheinen zu lassen: Der angelernte Arbeiter mit „100% Entlastung“ (= 1782 DM/Jahr von 1985 bis 1990, davon rd. 380 DM von 1989 auf 1990) ist Alleinverdiener mit zwei Kindern (StKl. III/2). Das hat er gemeinsam mit dem Manager, mit dem kleinen Unterschied, daß dessen Entlastung von „nur 28,6%“ runde 16000 DM ausmacht (davon rd. 9000 DM jetzt fällig), womit ersterer immerhin den größten Teil seines Jahresunterhalts bestreiten muß. (aus: Steuerreform 1990)

## DGB kritisiert Wohnungspolitik der Bundesregierung

In der gemeinsamen Erklärung von DGB mit dem Mieterbund fehlt der Bezug zur Lohnbewegung

Am 30. Oktober 1989 verabschiedeten DGB und Deutscher Mieterbund eine „Düsseldorfer Erklärung“ zur Wohnungspolitik. Neben einer Bestandsaufnahme unter dem Stichwort „Wohnungsnot im Wohland“ enthält die Erklärung auch Forderungen zu einem „Kurswechsel in der Wohnungspolitik“ und nimmt Stellung zu den „aktuellen Vorschlägen“, die in der Wohnungspolitik diskutiert werden. Beide Organisationen, in denen viele Lohnabhängige organisiert sind, versuchen, Einfluß auf die Regierungspolitik zu nehmen. Gelegenheit hierzu besteht dann, wenn der Städtebauausschuß auf Antrag einer im Bundestag vertretenen Partei Sachverständige zu einer Anhörung einlädt. Auf Antrag der Grünen soll nun am 17. Januar 1990 über die Auswirkungen des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Gesetzentwurfs „zur Erleichterung des Wohnungsbaus im Planungs- und Baurecht“ und zu den geplanten Änderungen des Mietrechts (11/5972) Stellung genommen werden. Die Bundesregierung will eine Minderung des Mieterschutzes im Mietrecht und „Verfahrensvereinfachung“ bei der Bauleitplanung, was auf eine Beschneidung von Rechten der Städte und Gemeinden hinausläuft. Die Kritik des Mieterbundes wurde von der CDU/CSU-Fraktion als „unverantwortlich“ kritisiert. In der „Düsseldorfer Erklärung“ wird von einer Erweiterung des Mieterschutzes ausgegangen: „Der gesetzliche Mieterschutz muß unantastbar sein. Seine Verbesserung ist unumgänglich, um die Verdrängung von Mietern durch spekulative Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, durch Übermodernisierung und unbezahlbare Mieten zu verhindern ...“

Die Grünen befürchten, daß die Lockerung des Kündigungsschutzes der Mieter dazu führen werde, daß Normalmietverträge „die Ausnahme“ bilden könnten. Die FDP wandte sich gegen eine Kritik der Mietrechtsänderung, weil dadurch Investoren diskriminiert würden und dazu veranlaßt würden, ihr Geld woanders und nicht im Mietwohnungsbau anzulegen. Woran es fehle, sei eine „sozialgerechte Beurteilung der Ware Wohnung“. Weitere Mietersteigerungen also zu erwarten? Bei der Anhörung vor dem Städtebauausschuß am 6. Dezember wurde diese Auffassung von Instituten und Wohnungssachverständigen — für ältere Mietwohnungsobjekte — geteilt. Die städtischen Wohnungsämter teilen jetzt in Presseerklärungen mit, daß Mieterhöhungen von bis zu fünf Prozent pro Jahr in Wohnungen von ehemals gemeinnützigen Unternehmen von nun an bis 1995 hingenommen werden müßten. Anschließend sei dann wie bei allen freifinanzierten Wohnungen gesetzlich erlaubt, die Miete innerhalb von drei Jahren bis zu 30 Prozent anzuheben.

DGB und Mieterbund nehmen in ihrer „Düsseldorfer Erklärung“ insbesondere gegen diese Entwicklung Stellung:

„Die gesetzlichen Bindungen im öffentlich geförderten und gemeinnützigen Wohnungsbau müssen dauerhaft gesichert werden. Die überwiegend preiswerten und sozial gebundenen Wohnungen stabilisieren das Mietniveau und sind eine unersetzliche Versorgungsreserve für einkommensschwache und am Markt benachteiligte Haushalte.“

Das Auslaufen der Bindungen, insbesondere durch vorzeitige Rückzahlung der öffentlichen Darlehen, muß gestoppt werden. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft darf nicht am 1.1.1990 mit der Steuerreform in den freien Markt überführt werden. Dieser Beschluß ist auszusetzen mit dem Ziel, die Wohnungsgemeinnützigkeit sozialgerecht zu reformieren ...

Die soziale Schutzfunktion der Vergleichsmiete muß wiederhergestellt werden, bei ihrer Ermittlung dürfen nicht nur die teuren Mieten aus den letzten drei Jahren, sondern müssen alle Mietpreisvereinbarungen berücksichtigt werden.

Bei Neuvermietungen muß der Mißbrauch von Mangelsituationen und Marktmacht unterbunden werden, deshalb ist der Mietanstieg wirksam zu begrenzen ...

Für diese wirksame Begrenzung des Mietanstiegs fehlt hier allerdings eine konkrete Forderung. Mietenstopp? Was heißt dies für Neuvermietungen? Miethöchstgrenzen — wer legt diese fest und kontrolliert? Durch die von der Regierung beabsichtigte Mietrechtsänderung ist zu befürchten, daß diese Spreizung der Mietpreise für Neuvermietung und Bestandsmiete noch weiter nach oben verschoben wird. DGB und Mieterbund weisen in ihrer Bestandsaufnahme auf diesen Umstand hin.

Ein gravierender Schwachpunkt in dieser Erklärung muß aber auch genannt werden. Obwohl immer wieder von „einkommensschwachen Mietern“ gesprochen wird, enthält diese Erklärung keinen Hinweis darauf, daß die niedrigen Einkommen angehoben werden müssen. In einer Lohnbewegung könnten zumindest auch die ausländischen Lohnabhängigen ihre Kraft entfalten, während ihnen die kommunalpolitische Einflußnahme durch die geltenden Sondergesetze stark eingeschränkt werden. Dies würde noch am ehesten Eindruck auf die Kapitalisten, die Bundesregierung und ihre mieterfeindliche Politik machen.

Quellenhinweis: Woche im Bundestag 23/89 und 24/89, Wohnungswirtschaft und Mietrecht 12/89, SZ 15.1.90 — (dil)

## Anzeige

Nachrichten - Analysen - Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

**Antifaschistische Kommunalpolitik**

Nr. 2 11. Jg. 19. Januar 1990

Preis: 1,20 DM

### Ein Kommunalhaushalt, wie er den Konzernen paßt

Stuttgart: Oberbürgermeister Rommel und Stadtkammerer legen Entwurf für 1990 vor

Weniger Gemeindefunktionen und mehr Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer als erwartet: Durchziehen der Großprojekte wie KGA, Neubaueisen- und Stahlwerke, die bei der Verwirklichung der Stadtentwicklung 1985, die die Stadtentwicklung des Oberbürgermeisters Rommel und der Stadtkammerer im Oktober 1989 beschlossen, werden am 11. Januar mit 12. Februar der Öffentlichkeit und den Ratsmitgliedern vorgelegt.

Erscheint vierzehntäglich mit Nachrichten und Beiträgen zu: Gebühren und Finanzen, Kommunale Rechte, Wirtschaft/Verkehr/Umwelt, Sozialpolitik. Zu beziehen über die regionalen Adressen des GNN-Verlags.

Weiter lieferbar:

**Keine Abschaffung der Gewerbesteuer! Gegen Kontrolle der Kommunen durch Konzerne und Staat! Für den Ausbau kommunaler Rechte!** Beiträge zu Kommunalwahlen, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik, erschienen im Mai 1989. 44 Seiten, Preis: 3,50 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.